

Gesunde Städte nachrichten

2023/2024



Gesunde Städte-Netzwerk
der Bundesrepublik Deutschland

Gesundheits- verantwortung im Heute und Morgen

Kommunen
mittendrin!



Besuchen Sie doch mal unsere Homepage!
gesunde-staedte-netzwerk.de



© Bild: guteksk7/Shutterstock.com; Gesunde Städte-Netzwerk

Impressum

Ausgabe Januar 2024

Anschrift Herausgeber und Redaktion

Gesunde Städte-Sekretariat
 c/o Stadt Frankfurt am Main
 - Der Magistrat -
 Gesundheitsamt
 Breite Gasse 28
 60313 Frankfurt am Main

Telefon: 069 212 36270
gesunde.staedte-sekretariat@stadt-frankfurt.de
www.gesunde-staedte-netzwerk.de

Redaktion

Anette Christ, Jana Bauer, Reiner Stock

Gestaltung und Konzeption

Kathrin Blumentritt,
kathrin.blumentritt@blume-im-inter.net

Titelbild

Daniel Sessler – unsplash.com

ISSN 2509-3045, 26. Jahrgang,
 1. Auflage 3.000 Stück

Die Gesunde Städte-Nachrichten sind ein Forum des Informationsaustausches. Die Beiträge müssen daher nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers entsprechen.

Gender-Formulierung

Die Redaktion hat darauf verzichtet, in den Texten eine einheitliche Verwendung geschlechtsbezogener Sprachformen festzulegen. Wir möchten damit die bevorzugten Schreibweisen der unterschiedlichen Autor*innen respektieren.

Nachdruck einzelner Artikel nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und der Autor*innen.

Inhalt

4 Editorial

Titel

Klima und Gesundheit

- 6 **DRESDEN – Wie können sich Städte und Gemeinden bei gesundheitlicher Hitzeanpassung aufstellen?**
- 9 **DÜSSELDORF – Hitzeaktionspläne in der kommunalen Praxis**
- 12 **NÜRNBERG – Hitzeaktionsplan der Stadt Nürnberg**
– kein Plan für sich allein
- 14 **FRANKFURT am Main – Vierte Frankfurter Stadtgesundheitskonferenz thematisiert Hitze in der Stadt**
- 17 **Klimawandel, Hitze und Gesundheit – die Stadt Frankfurt am Main hat sich auf den Weg gemacht:**
„Der Klimawandelaktionsplan“
- 20 **BAD HONNEF – Generationsübergreifender Hitzeaktionstag im Rathaus**

Dialog zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen

- 22 **Welchen Nutzen hat die Zusammenarbeit von Kommunen und Initiativen im GSN?**
- 26 **MÜNCHEN – „Dialog zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Vertreter:innen“**
- 28 **BERLINER BEZIRK FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG**
Besser geht's gemeinsam!
- 30 **KREIS PADERBORN**
Zivilgesellschaftliches Engagement als wichtige Säule unserer Gesellschaft und Gesundheit
Ehrenamtskampagne im Kreis Paderborn

- 32 **ROSTOCK – Regionalnetzwerk Nord des Gesunde Städte-Netzwerkes**
- 34 **NÜRNBERG – Gemeinschaftliche Selbsthilfe ... ist doch nicht von gestern!**
Gedanken zu 40 Jahre Selbsthilfeunterstützung in Mittelfranken

Gesundheitsprävention Neu Denken

- 37 **KREIS LIPPE**
Praxisbericht aus dem Gesundheitskiosk Hörstmar

Aus den Kommunen

- 40 **ENZKREIS – Die Kindergesundheitswochen 2022**
Gesund aufwachsen – FÜR ALLE!
- 42 **Unterstützung zum Anhören – ein „Stärkezeugkasten“** (nicht nur) für Selbsthilfe-Engagierte
- 44 **MÜNCHEN – „Hands up 4 your future – Mach dich fit für dein Leben!“**
Ein stadtteilorientiertes Programm zur Kinder- und Jugendgesundheitsförderung
- 47 **TRIER**
Impuls Trier – Stadt und Quartier in Bewegung
- 50 **KREIS LIPPE – Lotsenprojekt für Arztpraxen –**
„Beratungs- und Informations-Dienst“ (BID) im Kreis Lippe
- 52 **HÖCHSTADT A.D. AISCH**
„Flinke Liese“ macht Senioren mobil
- 54 **BAD HONNEF – Impfen und Krebs – Interaktive Ausstellung mit Impfen gegen Krebs**
- 56 **DARMSTADT – Bewegungsförderung im Quartier –**
Einführung von Bewegungstonnen

Aus dem Netzwerk

- 59 **Der Sprecher*innenrat – ein Update**
- 60 **Vorankündigung 6. Kompetenzforum des Gesunde Städte-Netzwerks zum Thema**
„Soziale Ungleichheit als Herausforderung in der Gesundheitsförderung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes“
- 61 **Vorstellung der Kompetenzzentren**
- 64 **30 Jahre „Netzwerk Gesunde Städte Österreich“**
- 66 **Berliner Gesundheitspreis 2023**
- 69 **Unser neues Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk**
– Bielefeld
- 72 **Jahressymposium 2023 des Gesunden Städte-Netzwerk Deutschland in Wiesbaden**
„Alles hängt mit allem zusammen“ – Kommunen auf der Suche nach konkreten Auswegen aus der Gesundheits- und Klimakrise
- 77 **Feedback hilft!**
Mitgliederversammlung & Bundessymposium Wiesbaden 2023
- 78 **Gesundheitsinformation.de**
Zugang zu verlässlichen Gesundheitsinformationen erleichtern und persönliche Entscheidungen unterstützen
- 80 **Aktivitäten des Gesunde Städte-Netzwerks in 2022/23**
- 82 **Gesunde Städte-Netzwerk Deutschland**
Gute Gründe für Ihren Beitritt

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser der Gesunde Städte-Nachrichten,

mit großer Freude treten wir als neue Bundeskoordinatorinnen des Gesunde Städte-Netzwerkes in den Dialog über Gesundheitsverantwortung im urbanen sowie ländlichen Raum ein. Ein Jahr im Dienst hat uns unzählige wertvolle Erfahrungen beschert und uns die immense Bedeutung dieser Gemeinschaft, des Gesunde Städte-Netzwerkes vor Augen geführt.

In einer Welt im stetigen Wandel ist die Frage nach der kommunalen „Gesundheitsverantwortung im Heute und Morgen“ von zunehmender Bedeutung. Angesichts Herausforderungen wie dem Klimawandel, globaler Krisen und Pandemien, dem demographische Wandel, sozialer Dynamiken, der Entwicklung und Umsetzung neuer Versorgungsmodelle, sowie medizinischer Innovationen spielen ländliche Regionen und Städte eine zentrale Rolle bei der Sicherung des Wohlbefindens ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie sind nicht nur Orte des Lebens, sondern auch der Gesundheitsförderung und -sicherung.

Die Notwendigkeit von Klimaanpassungsmaßnahmen ist unverkennbar. Städte sind unmittelbar von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, sei es durch extreme

Hitze, Starkregen und Überschwemmungen oder Luftverschmutzung.

Um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, sind weitreichende Anpassungen im kommunalen Raum erforderlich. Die Schaffung von Grün- und Blauflächen, effiziente Abfallentsorgungssysteme und nachhaltige Mobilität sind nicht länger nur Konzepte, sondern essenzielle Bestandteile einer gesundheitsbewussten und nachhaltigen Stadtplanung. In die Gestaltung von städtischen und ländlichen Lebenswelten sollten Bürgerinnen und Bürger aktiv eingebunden werden

Ein weiterer Schlüssel für die erfolgreiche Gestaltung einer gesundheitsbewussten Stadt liegt in der engen Zusammenarbeit zwischen Initiativen von Vereinen, Selbsthilfegruppen, sozialen Netzwerken, bürgerschaftlichem Engagement sowie kommunalen Verwaltungseinrichtungen und der Kommunalpolitik.

Gesundheitsverantwortung ist eine gemeinschaftliche Aufgabe – Entscheidungsprozesse und gezielte Maßnahmen, die auf die Bedürfnisse und Anliegen der Bewohner:in-



Dr. Anette Christ und Jana Bauer

© Bild: Gesunde Städte-Sekretariat

nen zugeschnitten sind, können nur gemeinsam entwickelt werden.

Das Gesunde Städte-Netzwerk schafft die Brücke zwischen diesen Gruppen. Wie dieses Jahr im Wiesbadener Rathaus deutlich wurde, sind insbesondere die Mitgliederversammlungen enorm wichtig, denn sie sind ein Ort des lebendigen Dialogs, an dem Erfahrungen ausgetauscht, neue Initiativen besprochen und langfristige Partnerschaften geschmiedet werden.

Hier wird deutlich, dass das Netzwerk mehr ist als die Summe seiner einzelnen Teile – es ist ein kollektiver Akteur für langanhaltenden Einfluss auch auf Bundesebene.

Um eine nachhaltige Gesundheitsverantwortung zu erreichen, ist eine umfassende Vision vonnöten. Kommunen müssen nicht nur auf aktuelle Gesundheitsbedürfnisse reagieren, sondern auch für kommende Generationen vorsorgen. Gesundheitsfördernde Infrastruktur, Bildung und Präventionsprogramme sind Schlüsselkomponenten, um eine robuste und widerstandsfähige Gemeinschaft zu schaffen.

Es ist unsere feste Überzeugung, dass das Gesunde Städte-Netzwerk eine unverzichtbare Plattform in dieser dynamischen Zeit ist. Die Herausforderungen der heutigen Zeit erfordern ein kollektives Vorgehen, das über die Grenzen einzelner Kommunen hinausgeht. Gerade für kleinere Kommunen stellt sich die individuelle Frage, warum sich dem Netzwerk anschließen. Es geht jedoch nicht um die einzelne Kommune, sondern um Gemeinschaft.

Gemeinsam gestalten wir nicht nur die Gegenwart, sondern legen auch den Grundstein für eine gesündere Zukunft, in der jede Stimme und jedes Engagement zählt.

Mit herzlichen Grüßen,

Bundeskoordinatorinnen des
Gesunde Städte-Netzwerkes

**Eine gesündere Zukunft für uns alle gestalten –
in der heutigen Zeit und darüber hinaus.**

DRESDEN



DRESDEN 563.311 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 1991

© Bild: UllrichG/Shutterstock.com

Wie können sich Städte und Gemeinden bei gesundheitlicher Hitzeanpassung aufstellen?

Erkenntnisse aus dem 3. Städtedialog „Kommunale Hitzeanpassung“

Zu heiß, zu trocken, zu extrem – die klimatischen Veränderungen mit neuen Temperaturrekorden waren im vergangenen Sommer deutlich spürbar. Gerade Städte mit ihren stark verdichteten und versiegelten Flächen heizen sich stark auf und kühlen nachts weniger ab. Gesundheitliche Risiken bestehen vor allem für ältere und/oder chronische erkrankte Menschen, aber auch für Schwangere, Säuglinge und (Klein-)Kinder (WHO, 2019).

Im Rahmen der „Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel“ sollen Kommunen Klimaanpassungskonzepte erarbeiten. Eine Besonderheit stellen hierbei Hitzeaktionspläne (HAP) dar, in denen der Schutz der Bevölkerung durch kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen (sog. Hitzeanpassungsmaßnahmen - HAM) unter besonderer Berücksichtigung vulnerabler Personen im Vordergrund steht. Die Empfehlungen zur Erstellung eines HAP

wurden in Deutschland vom Umweltbundesamt u. a. auf Basis der Weltgesundheitsorganisation (WHO) herausgegeben (GAK, 2017).

Aufgrund der präventiven Ausrichtung sowie der Orientierung an vulnerablen Zielgruppen zeigt sich der interdisziplinäre Ansatz bei der Erstellung und Implementierung eines HAP. Kommunale Koordinierungen sind hier meist im Umweltamt/umweltbezogenen Fachbereich (UA) angesiedelt, werden aber zunehmend durch das Gesundheitsamt/gesundheitsbezogenen Fachbereich übernommen (GA). Doch wie verorten sich die Fachbereiche innerhalb eines GA?

Im vergangenen Jahr übernahmen die Städte Dresden (LHD) und Erfurt (LHE) im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes „HeatResilientCity II“ die Veranstaltung „Städtedialog“ vom UA der Stadt Köln. Aufgrund der Durchführung der Veranstaltung durch das GA der LHD und des bundesweit gestiegenen Interesses an gesundheitsbezogenen Themen wurde beim 3. Städtedialog der Fokus auf die Beteiligung der GA gelegt. Das Interesse und der Wunsch nach Austausch waren groß: Rund 100 Vertreter*innen u. a. aus GA und UA nahmen am „Städtedialog“ teil. Im Vorfeld der Veranstaltungen wurde u. a. nach dem Fachbereich gefragt (Tabelle 1).

Eine erste Zuordnung zeigt, dass Fachpersonen v. a. aus der Gesundheitsförderung/Gesundheitsplanung und Um-



weltmedizin/Hygiene am „Städtedialog“ teilnahmen. Die strategische Ausrichtung eines HAP und die thematische Verortung wird hier deutlich. Folgende HAM wurden auf dem „Städtedialog“ erörtert:

- Aufklärung, Information und Sensibilisierung der Bevölkerung und Multiplikator*innen (z. B. über Broschüren, Flyer, Poster, Pressemitteilungen)
- Erarbeitung präventiver Angebote (z. B. Gesundheits-spaziergänge, Trinkwasserkampagne)
- Koordinierung von Netzwerken (z. B. UA, Sozialamt, Krankenkassen oder Wohlfahrtsverbände)
- Erarbeitung von Notfallplänen und Warnsystemen
- Evaluation und Monitoring

Verstetigung und Ausblick

Die Rolle des GA wird bei der Erarbeitung und Implementierung eines HAP durch den Verweis auf den Schutz vulnerabler Personengruppen und die Formulierung

Ungefähre Angabe des Fachbereichs	Anzahl der Nennungen
Leitungsebene	7
Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsplanung, Gesundheitskoordination, Stabstelle	20
Umweltmedizin und Hygiene, Krankenhaushygiene, Infektionsschutz, umweltbezogener Gesundheitsschutz	21
Sonstiges (u. a. Sozialer Dienst, Kinder- und Jugendärztlicher Dienst, wissenschaftliche Mitarbeit)	6

Tabelle 1: Zuordnung der Fachbereiche aus den Nennungen der Teilnehmer*innen nur aus den GA (n=54).

gesundheitsbezogener Präventionsmaßnahmen sichtbar. Verschiedene Personen (z. B. Amtsärzt*innen, Hebammen der Frühen Hilfe, Hygienefachkräfte oder Sozialarbeiter*innen) innerhalb des Amtes können als Multiplikator*innen dienen. Hemmnisse liegen in der fehlenden Finanzierung und unklaren Zuständigkeiten in der Gesetzgebung. Der Rückgang des intensiven Personaleinsatzes während der Covid-19-Pandemie und die strategische Neuausrichtung des ÖGD in Richtung Public Health zeigen jedoch eine positive Perspektive auf. Der Austausch und „Voneinander lernen“ sind dabei wichtige Bausteine. ■

KONTAKT

Marit Gronwald, Dr. Paula Aleksandrowicz
 Amt für Gesundheit und Prävention
 der Landeshauptstadt Dresden,
 Sachgebiet Strategische Gesundheitsplanung / WHO
paleksandrowicz@dresden.de
mgronwald@dresden.de
www.dresden.de/heatresilientcity oder
www.heatresilientcity.de

Die ausführliche **Dokumentation** des 3. Städtedialogs „Kommunale Hitzeanpassung“ findet sich unter:

www.dresden.de/de/leben/gesundheit/gesundheitsfoerderung/who/heat-resilient-city.php

Der diesjährige „Städtedialog“ wird durch die Stadt Düsseldorf durchgeführt. Eine Einladung erfolgt über die bekannten Kanäle.

Literatur:

- Bund/Länder Ad-hoc Arbeitsgruppe Gesundheitliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels (GAK). Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit. Bundesgesundheitsblatt (2017) 60, 662–672.
- WHO-Regionalbüro für Europa (Hrsg.). Gesundheitshinweise zur Prävention hitzebedingter Gesundheitsschäden. Kopenhagen. 2019.



Abbildung 1: Wie Aufklärung und Sensibilisierung auf Quartiersebene aussehen können, zeigt das Amt für Gesundheit und Prävention der LHD auf dem Stadtteilstadt in Dresden-Gorbitz mit Informationen u. a. zum richtigen Verhalten bei Hitze

© Bild: Marit Gronwald, Amt für Gesundheit und Prävention der LHD

DÜSSELDORF

DÜSSELDORF 629.047 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 2000

© Bild: pixabay, 652234

Hitzeaktionspläne in der kommunalen Praxis (Plan C)



Gemeinsam mit den hitzebelasteten Städten Düsseldorf und Karlsruhe erprobt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), wie Städte die Handlungsempfehlungen von Bund und Ländern für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen konkret und vollständig umsetzen können.

Was ist das Ziel von Hitzeaktionsplänen?

... zur Prävention gesundheitlicher Folgen dienen Hitzeaktionspläne, die umfassende Interventionsmaßnahmen zum Gesundheitsschutz berücksichtigen. Sie verfolgen einen integrativen Ansatz, der kurz-, mittel- und langfris-

tige Maßnahmen zum Gesundheitsschutz in einem gemeinsamen Rahmen vereint. Ziel des Hitzeaktionsplans ist es, konkrete Maßnahmen für den Sommer vor und während Hitzeperioden festzuschreiben. Hitzeaktionspläne umfassen unter anderem:

- die Information und Beratung der Bevölkerung
- Trinkwasserangebote,
- die Bereitstellung kühler Räume
- den Einsatz und Aufbau von Warnsystemen

Die Erstellung eines Hitzeaktionsplans erfordert die übergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwal-

tung sowie vieler weiterer Akteure. Die Hitzeaktionspläne in Düsseldorf und Karlsruhe entstehen im Rahmen des Projektes „Anwendung der Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen in der kommunalen Praxis – Plan C“. Das „C“ steht dabei für das französische Wort Canicule (Hitze) somit Plan Canicule (Hitzeaktionsplan).

Plan C – ein kommunales Leuchtturmvorhaben zur Hitzevorsorge in Düsseldorf und Karlsruhe

Klimaanalysen und -projektionen für Düsseldorf und Karlsruhe zeigen die Erfordernis für einen Hitzeaktionsplan in Düsseldorf deutlich. Bereits heute ist eine sommerliche Hitzebelastung erkennbar und in Zukunft werden häufigere und länger andauernde Hitzeperioden erwartet. Solche Hitzeperioden stellen ein Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung dar. Dem Schutz vor gesundheitlichen Schäden dienen Hitzeaktionspläne, die umfassende Interventionen zum Gesundheitsschutz beinhalten.

Plan C kompakt

Plan C ist ein neues, vom Bundesumweltministerium gefördertes Klimaanpassungsprojekt, über das Hitzeaktionspläne für die besonders hitzebelasteten Städte Düsseldorf und Karlsruhe erstellt werden. Ziel des Projekts ist es, Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger zu ermitteln und umzusetzen. Der Kern von Plan C besteht darin, die „Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum

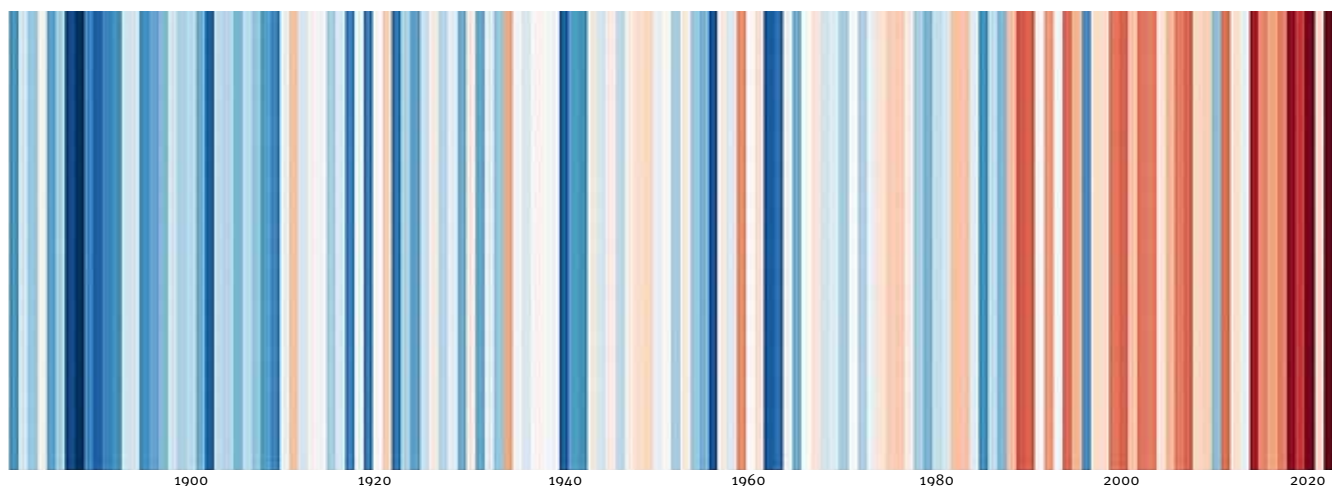
Schutz der menschlichen Gesundheit“ der Bund/Länder-Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ vollständig auf die konkrete Situation in den beiden Städten Düsseldorf und Karlsruhe anzuwenden (1:1-Piloterprobung). Hierbei wird insbesondere die langjährige Praxiserfahrung ausgewählter französischer Städte mit Hitzeaktionsplänen in Plan C einfließen. Zentrale Produkte von Plan C sind zwei Hitzeaktionspläne für die Städte Düsseldorf und Karlsruhe sowie ein digitales Rezeptbuch, um die Erfahrungen anderen Kommunen zugänglich zu machen.

Zentrale Produkte von Plan C sind:

- Zwei Hitzeaktionspläne für die Städte Düsseldorf und Karlsruhe
- Ein digitales Rezeptbuch, um die Erfahrungen anderen Kommunen zugänglich zu machen

Plan C startete im Jahr 2022. Das Verbundvorhaben wird durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz im Rahmen der Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, Förderschwerpunkt 3 (Kommunale Leuchtturmvorhaben sowie Aufbau von lokalen und regionalen Kooperationen) gefördert.

Auf Grundlage von Fokusanalysen in den Bereichen Gesundheit und Soziales in Düsseldorf und Karlsruhe und dem Erfahrungsaustausch mit den deutschen Partnerkommunen Bonn, Dresden, Esslingen, Karlsruhe (Land-



Warming Stripes Düsseldorf 1881–2022, © Bild: Deutscher Wetterdienst, bearbeitet durch LANUV NRW



© Bild: Daniel M Ernst/Shutterstock.com

kreis), Köln, Ludwigsburg, Mannheim, Stuttgart und Worms sowie den französischen Städten Toulouse und Nancy werden die acht Kernelemente der Handlungsempfehlungen mit vielen lokalen Akteuren und Institutionen umgesetzt. Weitere Kooperationspartner sind das Landeszentrum Gesundheit NRW, das Kompetenzzentrum Klimawandel im Landesumweltamt Baden-Württemberg und die Gesundheitskonferenz Düsseldorf. Die Koordination des Verbunds liegt beim Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Düsseldorf. Das Difu begleitet die Arbeiten vor Ort als wissenschaftlicher Partner, organisiert Formate für Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer und macht weiteren interessierten Kommunen Good-Practice-Beispiele, Anwendungswissen und Umsetzungserfahrungen aus dem Vorhaben in einem digitalen „Rezeptbuch“ (Flipbook) dauerhaft zugänglich.

Plan C wird in den beiden Städten, in den Hitzenetzwerken der Verbundpartner und bundesweit durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit begleitet und richtet die kommenden Treffen 2023 und 2024 des Städtedialogs „Kommunale Hitzeaktionsplanung“ aus. ■

Projektleitung

Dipl.-Geogr. Anna-Kristin Jolk Dipl.-Ing. Jens Hasse
030 39001-332 0221 340308-25
jolk@difu.de hasse@difu.de

KONTAKT

Elke Volkmann
Gesundheitsamt Düsseldorf
elke.volkmann@duesseldorf.de

Daten und Fakten zum Projekt „Plan C“:

Vollständiger Projekttitle:

Verbundvorhaben DAS: Anwendung der Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen in der kommunalen Praxis (Plan C)

Laufzeit:

11/2022 bis 4/2025

Themen (Schlagwörter):

Klimafolgenanpassung

Forschungsbereich:

Umwelt

Weitere Informationen:

Landeshauptstadt Düsseldorf

www.duesseldorf.de/umweltamt/planc

Stadt Karlsruhe

www.karlsruhe.de/umwelt-klima/klimaschutz-klimaanpassung/hitze-in-karlsruhe/hitzeaktionsplan

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

difu.de/projekte/hitzeaktionsplaene-in-der-kommunalen-praxis-plan-c

Drittmittelgeber:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)

Projektpartner:

Verbundpartner:

Düsseldorf
Karlsruhe

Kooperationspartner:

Bonn
Dresden
Esslingen
Karlsruhe (Landkreis)
Köln
Ludwigsburg
Mannheim
Stuttgart
Worms

Landeszentrum Gesundheit NRW

Kompetenzzentrum Klimawandel im Landesumweltamt Baden-Württemberg

Gesundheitskonferenz Düsseldorf

NÜRNBERG

NÜRNBERG 523.026 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 1989

© Bild: pixabay, bluefish_japan

Hitzeaktionsplan der Stadt Nürnberg

– kein Plan für sich allein

In der Sitzung des Umweltausschusses im Juli 2022 wurde der Hitzeaktionsplan Stadt Nürnberg beschlossen; im Oktober folgte der Beschluss des Gesundheitsausschusses.

Das Thema Klimaanpassung ist dabei kein neues. Bereits seit 2009 setzt sich die Stadt mit den Folgen des Klimawandels auseinander. Die bisherigen Maßnahmen zur Klimaanpassung sind überwiegend in Konzepten mit Bezug auf Planungsvorhaben verortet. So hat sich über viele Jahre ein Mosaik gebildet, in das sich der Hitzeaktionsplan, kurz HAP, einbettet. Ansätze reichen vom Masterplan Freiraum, der Nürnberger Grünplanung zur Klimaanpassung seit 2014, über Trinkwasserstellen bis zu projektierten Verschattungselementen im öffentlichen Raum. Gesteuert wird der HAP im Referat für Umwelt und

Gesundheit. Eine interdisziplinär besetzte, bereichsübergreifende Koordinierungsgruppe aus Gesundheitsförderung und -versorgung, Umweltplanung und Sozialpolitik bündelt die Fachkompetenz.



© alle Bilder: Stadt Nürnberg, Referat für Umwelt und Gesundheit

Ziel und Maßnahmen des Hitzeaktionsplans

Der HAP zielt darauf ab, gesundheitliche Folgen von Hitzeereignissen, insbesondere Hitzewellen, abzumildern. Er gliedert sich in zwei Maßnahmenteile, den akuten und den präventiven Teil. Während der HAP-akut den Fokus auf die Vorbereitung und Durchführung unmittelbarer Maßnahmen während eines Hitzeereignisses legt und den Menschen in Nürnberg im Sinne der Verhältnisprävention ermöglicht, Empfehlungen zu hitzeangepasstem Verhalten umsetzen zu können, stellt HAP-präventiv langfristige wirksame, stadt- und bauplanerische Maßnahmen in den Mittelpunkt. HAP-präventiv berücksichtigt stadtklimatische Aspekte und verzahnt sich an dieser Stelle mit den bereits vorhandenen Konzepten (siehe Abb.).

Baustein Öffentlichkeitsarbeit • Allgemeine „Sommer“-Kommunikation • Sensibilisierung für Gewerbetreibende • Maßnahmen für Pflegeeinrichtungen • Maßnahmen für Kindertagesstätten • Maßnahmen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit	Baustein Risikokommunikation • Hitzewarnsystem • Info-Service-E-Mail • Hitzetelefon und Hitzepaten-schaften • Kommunikationskaskade
Baustein Kühle Orte • Zusammenstellung von Informationen zu kühlen Orten • Schaffung kühler Orte • Versorgung mit Trinkwasser • Wasserluftbefeuchter • Brunnen und Wasserspiele im Öffentlichen Raum	Baustein Medizinische Versorgung • Aufruf zur Medikamenten-analyse • Schulungen von Ehrenamtlichen und Koordinatoren

Beispiel: Karte mit kühlen Orten

Die Schaffung kühler Orte ist ein zentraler Baustein in der Vorbereitung auf Hitzeereignisse. Im ersten Schritt wurden vorhandene kühle Orte in einer Karte zusammengestellt, die von einer online Bürgerbefragung über vier Wochen im Juni und Juli begleitet wurde. Der Fokus lag auf kühlen Orten im Innen- und Außenbereich, auf großen und kleinen Orten sowie bekannten und unbekannten Schattenplätzen im Quartier. Die Orte müssen öffentlich zugänglich sein und eine Aufenthaltsqualität haben, so dass ein längerer Aufenthalt von 30 Minuten und mehr möglich ist. Auch gewerbliche Räume können einbezogen werden, insofern die Betreiber mit dem Eintrag in die Karte einverstanden sind.

Der Befragungszeitraum fiel in eine europaweite Hitzewelle und erreichte einen beachtlichen medialen Widerhall, sowohl in Printmedien wie auch im Radio und Fern-



sehen. Rund 90 sinnvolle Empfehlungen für kühle Orte in Nürnberg gingen ein. Mit Abschluss der Befragung wird die Zusammenstellung nach redaktioneller Überprüfung als Karte auf der Internetseite des HAP integriert. Mit Blick auf einzelne Zielgruppen ist beispielsweise auch denkbar, eine „Familien“-Kategorie mit vorhandenen verschatteten Spielplätzen einzuführen. Die Karte soll fortlaufend ergänzt werden. Nachdem der Fokus in diesem Jahr auf öffentlich zugänglichen Orten lag, kann im kommenden Jahr eine Kampagne mit gewerblichen Anbietern wie Supermärkten, Kinos und weiteren helfen, „kühle Ecken“ in deren Räumlichkeiten einzurichten.

Barrierefreiheit findet an zwei Stellen Eingang in die Zusammenstellung der kühlen Orte: bei der Zusammenstellung selbst erfolgt, sofern bekannt, ein Hinweis auf barrierefreien Zugang zum Ort. Bei der Erstellung der Karte soll ein Format genutzt werden, welches die Nutzung für sehingeschränkte Menschen ermöglicht.

Fazit nach dem ersten Jahr

Die Einführung des HAP ist als Prozess zu verstehen, der fortlaufend evaluiert und weiterentwickelt werden muss. So kann er den aktuellen Bedarfen angepasst werden. Der HAP steht nicht solitär, sondern ist eingebettet in ein Mosaik von weiteren Konzepten, auf die bei der Umsetzung akuter Maßnahmen zurückgegriffen werden kann. Die erfolgreiche Umsetzung des Hitzeaktionsplans ist eine willkommene Gelegenheit für gelebte Health in all Policies. ■

KONTAKT

Stadt Nürnberg, Referat für Umwelt und Gesundheit
 romy.eissner@stadt.nuernberg.de
 hitze.nuernberg.de | kuehle-orte.nuernberg.de

FRANKFURT

am Main



FRANKFURT am Main 773.068 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 1989

© Bild: pixabay, AchimWeidner

GUT GEHT'S – gemeinsam Gesundheit fördern

Vierte Frankfurter Stadtgesundheitskonferenz thematisiert Hitze in der Stadt

Gemeinsam die Gesundheit der Menschen in der Stadt oder der Gemeinde fördern – Claudia Ostermann und Petra Thermann aus dem Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt am Main wissen, wie das gelingen kann: „Indem man möglichst viele gesundheitsrelevante Akteure aus unterschiedlichen Bereichen zusammenbringt“, sagt Claudia Ostermann. „Denn in den meisten Kommunen gibt es schon sehr viele Angebote, die Leute müssen nur davon erfahren. Und: Aus guten Angeboten lassen sich zusammen oftmals noch bessere entwickeln“, ergänzt Petra Thermann. Claudia Ostermann und Petra Thermann koor-

dinieren die GUT GEHT'S Strategie des Frankfurter Gesundheitsamts, eines der größten in ganz Deutschland, und erreichen damit Menschen jedes Alters in den Stadtteilen und Vierteln der Finanzmetropole. Dabei treten sie nicht direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt, sondern vernetzen Vereine, Institutionen, städtische Ämter, soziale Einrichtungen, Jugendhäuser, Einzelpersonen und alle, die mit ihren Projekten daran arbeiten, die Gesundheit der Menschen in der Stadt zu fördern, indem sie zum Beispiel Beratungs-, Bewegungs- oder Begegnungsangebote für diverse Zielgruppen machen.

Eines der Formate, das Claudia Ostermann und Petra Thermann dazu nutzen, ist die Stadtgesundheitskonferenz. Die fand Ende Juni 2023 zum vierten Mal statt und stellte unter dem Titel „GUT GEHT'S gemeinsam durch heiße Zeiten“ die Frage, mit welchen Präventionsmaßnahmen und Angeboten den Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit der Bevölkerung begegnet werden kann. Denn die Anzahl heißer Tage in Frankfurt am Main hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen und auch in Zukunft ist mit mehr heißen Tagen mit Temperaturen über 30°C und starker Wärmebelastung zu rechnen. Grund dafür ist der Klimawandel. Ebenso standen das Kennenlernen, die Vernetzung und der Fachaustausch von Akteurinnen und Akteuren aus verschiedensten Bereichen der Stadtgesellschaft im Mittelpunkt der Veranstaltung. „Wir stehen vor der Herausforderung, die Menschen nicht nur zu warnen vor den Auswirkungen des Klimawandels, sondern sie durch konkrete Maßnahmen zu schützen“, sagt Elke Voithl, Dezernentin für Soziales und Gesundheit. „Die vielfältige Expertise der Teilnehmenden und das große Netzwerk sind dabei die Stärken der Stadtgesundheitskonferenz. Unser Ziel ist es, gemeinsam passgenaue Angebote zu entwickeln, die direkt bei den Menschen ankommen.“ Dr. Peter Tinnemann, Leiter des Gesundheitsamts Frankfurts erläutert: „Die Akteurin-

nen und Akteure sind ganz nah dran an den Menschen in den Stadtteilen und Quartieren. Sie wissen, was gebraucht und was gewünscht wird und auch, mit wem sie sich zusammenschließen müssen, um Pläne zu verwirklichen. Wir als Gesundheitsamt arbeiten mit unseren Angeboten täglich daran, die Gesundheit der Menschen in der Stadt zu schützen und zu fördern. Je mehr Unterstützerinnen und Unterstützer wir dafür finden, desto besser kann dies gelingen.“

Insgesamt 130 städtische und kommunale Vertreterinnen und Vertreter aus Gesundheit, Bildung, Soziales, Familie, Sport, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung sowie gesundheitsbezogene Einrichtungen, aber auch Ehrenamtliche in der Selbsthilfe oder in Vereinen kamen zur Stadtgesundheitskonferenz. Sie hörten ein Impulsreferat von Dr. Anette Christ, Gesundheitswissenschaftlerin im Gesundheitsamt Frankfurt, zur Entwicklung des Klimas in Frankfurt und eines von Pädagogin und Erwachsenenbildnerin Dr. Marischa Fast, die beim Verein KLUG tätig ist, zu den gesundheitlichen Auswirkungen von Hitze auf den Menschen, insbesondere auf besonders gefährdete Gruppen. Sie diskutierten in Kleingruppen leidenschaftlich über diverse Themen, entwickelten gemeinsam Ideen, wie man den Auswirkungen von Hitzeperioden begegnen



Begrüßung bei der vierten Stadtgesundheitskonferenz „GUT GEHT'S gemeinsam durch heiße Zeiten“ in der Evangelischen Akademie Frankfurt, © Bild: Gesundheitsamt Stadt Frankfurt am Main



Diskussion in Kleingruppen bei der vierten Stadtgesundheitskonferenz „GUT GEHT'S gemeinsam durch heiße Zeiten“ in der Evangelischen Akademie Frankfurt



Vierte Stadtgesundheitskonferenz „GUT GEHT'S gemeinsam durch heiße Zeiten“ (v.l.): Dr. Peter Tinnemann, Leiter des Gesundheitsamts Frankfurt, Marischa Fast vom Verein KLUG, Dr. Anette Christ, Gesundheitsamt Frankfurt, Stefan Majer, ehem. Dezernent für Mobilität und Gesundheit, Elke Voitl, Dezernentin für Soziales und Gesundheit, Petra Thermann und Claudia Ostermann, beide vom GUT GEHT'S-Team des Gesundheitsamts, © Bilder: Gesundheitsamt Stadt Frankfurt am Main

kann, fanden Verbündete, um diese Ideen in die Tat umzusetzen. Es ging unter anderem rund um das Thema Wasser, wie Wasserverfügbarkeit, Wasserqualität und Wassersparen, um eine Informationskampagne zum Thema Hitze für Menschen über 65 Jahren, Hitzeanpassungsmaßnahmen in den Stadtteilen und Quartieren, barrierefreie und niedrigschwellige kühle Orte und die Etablierung

eines Buddy-Systems, um Menschen, die allein leben oder nicht mehr mobil sind, in ihrem Zuhause zu erreichen.

„Die Motivation und die Energie der Konferenz-Teilnehmenden, neue Wege zu suchen und zu gehen, war beeindruckend. Zudem zeigten sie eine große Bereitschaft, sich auch nach der Konferenz für das Thema Schutz vulnerabler Gruppen vor den Auswirkungen von Hitze einzusetzen“, sagt Petra Thermann. Und Claudia Ostermann ergänzt: „Es ist toll, gemeinsam mit so vielen engagierten Leuten aus der ganzen Stadt Gesundheitsförderung zu gestalten. Und gleichzeitig ist es ein gutes Gefühl, durch unsere Arbeit das Wohlbefinden der Menschen in Frankfurt zu fördern.“

Mit den einmal im Jahr stattfindenden Stadtgesundheitskonferenzen bringt das GUT GEHT'S-Team engagierte Fachleute diverser Disziplinen zusammen, die sich für die Förderung der Gesundheit der Menschen in der Stadt stark machen. Zudem finden einmal im Quartal Vernetzungstreffen statt. Ziel der Stadtgesundheitskonferenz sind die Vernetzung, der Austausch und die Bündelung von gesundheitsförderlichen Strategien und Projekten und deren Umsetzung. Jedes Jahr wird ein neues Schwerpunktthema ausgerufen. Den Vorsitz haben das Gesundheitsamt und das Gesundheitsdezernat der Stadt Frankfurt.

Das Projekt GUT GEHT'S wurde von 2017 bis 2022 durch die Techniker Krankenkasse begleitet und gefördert, nun verstetigt und in die Strukturen des Gesundheitsamtes als Teil des Sachgebiets Kommunikation, Wissenschaft und Gesundheitsförderung eingegliedert. ■

KONTAKT

Claudia Ostermann und Petra Thermann
Gesundheitsamt Frankfurt am Main

069 212 -48584 /-74741

gutgehts@stadt-frankfurt.de

www.frankfurt.de/gutgehts

Klimawandel, Hitze und Gesundheit – die Stadt Frankfurt/Main hat sich auf den Weg gemacht:

„Der Klimawandelaktionsplan“

Der Klimawandel ist eine erhebliche Bedrohung für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen in Deutschland und weltweit. Er nimmt auf vielen Wegen Einfluss auf die Gesundheit, wie zum Beispiel durch veränderte Wetterbedingungen, u. a. anhaltende sommerliche Hitzeperioden oder Starkregenereignisse. Die gesundheitlichen Auswirkungen sind sowohl physischer (u. a. Infektionen, Verletzungen, Todesfälle), als auch psychischer Art (u. a. Stress, Angstzustände und Depressionen). Die Weltgesundheitsorganisation bezeichnet den Klimawandel als „die größte Gesundheitsbedrohung für die Menschheit im 21. Jahrhundert“. Um die Bevölkerungsgesundheit zu bewahren, sind klimabedingte Anpassungsmaßnahmen notwendig. Vor allem Städte werden bereits jetzt vor große Herausforderungen gestellt, z. B.

durch anhaltende sommerliche Hitzeperioden und auch extreme Temperaturen.

Die Auswirkungen des weltweiten Klimawandels auf das Leben und die Lebensqualität sind auch in Frankfurt am Main bereits Normalität: Veränderung des Stadtklimas, Extremwetterereignisse, hitzebedingte Erkrankungen, Hitzestress von Pflanzen und Tieren, vermehrtes Auftreten neuer Tier- und Pflanzenarten mit Gefahrenpotenzial - die Auswirkungen sind vielfältig und die gesundheitlichen Belastungen werden steigen.

Die Stadt Frankfurt/Main unternimmt bereits seit den letzten 10 Jahren viel, um die Frankfurter Stadtbevölkerung vor den Folgen des Klimawandels zu schützen, u. a. durch





Kühle Orte Karte der Stadt Frankfurt: Kirsten Duggan (li.) und Antje Sauer (re.) vom Gesundheitsamt erstellen die Liste der kühlen Orte in Frankfurt am Main. © Bilder: Stadt Frankfurt/Main, Gesundheitsamt Frankfurt/Main

angepasste städtebauliche Maßnahmen, durch die Umsetzung von Förderprogrammen für eine vermehrte Stadtbegrünung und Verschattungen, durch das Pflanzen von hitze- und klimaresistenten Baumarten, durch die Schaffung von städtischen Trink- und Erfrischungsbrunnen, aber auch durch Informationskampagnen zum Thema Klima und Gesundheit. Fachleute aus zehn Ämtern, Stabsstellen und Referaten der Stadtverwaltung arbeiten hierbei koordiniert in der sogenannten Koordinierungsgruppe Klimawandel zusammen, um die Maßnahmen gezielt zu gestalten und umzusetzen. Dabei unterstützt sie nun der kürzlich veröffentlichte Klimawandelaktionsplan (KWAP) – ein interner Fahrplan für die Frankfurter Ämter zur akuten Intervention im Krisenfall.

Der KWAP ist ein wichtiges Instrument der aktiven Daseinsvorsorge und Gefahrenabwehr im Rahmen der Frankfurter Bestrebungen zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels. Er umfasst Maßnahmen der Stadt zur sofortigen Reaktion auf Phasen extremer Witterung/Belastung (z. B. Unwetter, Sturm, Überflutung, Hitze, Kälte, Trockenheit, Epidemien) inklusive deren zeitlich direkte Vorbereitung und dient somit der Steigerung der Klima-Resilienz der Stadt. Auch Präventionsmaßnahmen in diesem Sinne sind Teil des KWAP. Zentrale Ziele sind der Schutz der Bevölkerung, der sensiblen Einrichtungen, der wichtigen Infrastrukturen und der Natur.

Der Fokus des KWAP richtet sich vor allem auf:

1. Vulnerable Bevölkerungsgruppen:

ältere Menschen, Menschen mit chronischer Erkrankung oder physischer/psychischer Beeinträchtigung, Säuglinge und Kleinkinder, im Freien arbeitende Menschen, Menschen in Gemeinschaftsunterkünften sowie Obdachlose.

2. Sensible Einrichtungen/Gebäude:

u. a. Krankenhäuser, Altenheime, Kindergärten, Kindertagesstätten, Sozialdienste, Feuerwehr.

3. Sensible Infrastrukturen (Verkehr/Ver- und Entsorgung):

z. B. Bahnhöfe, Flughafen, Straßen, Gleise, Internetknoten, Wasserversorgung, Energieversorgung, Müllabfuhr, Abwasser.

4. Sensible + bedeutende Ökosysteme/Arten:

z. B. Naturschutzgebiet (NSG), Landschaftsschutzgebiet (LSG), Stadtwald, Parkanlagen, Stillgewässer, Fließgewässer, Allee-bäume, seltene Tier- und Pflanzenarten.

„Wir sind uns häufig gar nicht bewusst, in welchem Ausmaß der Klimawandel Einfluss auf unsere Gesundheit hat. Um unsere Bevölkerung zu schützen, müssen wir kon-

krete Anpassungsmaßnahmen ressortübergreifend für die Akutsituation entwickeln“, sagt Dr. Anette Christ vom Gesundheitsamt Frankfurt. Der Leiter des Gesundheitsamtes, Dr. Peter Tinnemann, fügt hinzu: „Der Schutz vor den Folgen des Klimawandels ist immer auch ein Schutz der Gesundheit. Seit 2022 haben wir im Gesundheitsamt ein neues Sachgebiet – Klima, Umwelt & Gesundheit – gegründet, um dieses Thema bewusst im Gesundheitsamt aufzugreifen.“

Das Gesundheitsamt in Frankfurt/Main verfolgt bereits seit dem Hitzesommer 2003 das Ziel, insbesondere vulnerable Bevölkerungsgruppen wie alte und pflegebedürftige Menschen, Menschen mit chronischen Erkrankungen, aber auch Säuglinge und Kleinkinder, Obdachlose, etc., u. a. an extremen Hitzetagen zu schützen. Im Laufe der Jahre wurden mehrere Systeme zur Hitzewarnung und Surveillance etabliert. Zudem berät das Gesundheitsamt sensible Einrichtungen wie Kitas, Schulen und Alten- und Pflegeheime zum Thema Hitze & Gesundheit, erstellt aber auch Klima-Infoflyer für die allgemeine Bevölkerung (www.frankfurt.de/extreme-hitze; www.frankfurt.de/hitzeaktionsplan).

Kürzlich hat das Gesundheitsamt auch eine Kühle Orte-Stadtkarte erstellt. Diese hilft den Frankfurterinnen und Frankfurtern, bei Hitze kühle Orte aufzusuchen. Antje Sauer im Gesundheitsamt, die mit Klima-Themen betraut ist, ist zusammen mit der Praktikantin, Kirsten Duggan, losgezogen, um die kühlen Orte in Frankfurt ausfindig zu machen. Diese leuchten nun als interaktive Punkte auf einer Stadtkarte hervor – vom Wald und den Parks über den Friedhof, von einigen Kirchen übers Kino bis zur Bibliothek und den Museen. Mit verschiedenen Symbolen und Farben wurde gearbeitet, um auf der Karte kenntlich zu machen, ob es ein kostenfreier oder kostenpflichtiger Ort ist. Letztlich wird mit der Karte allen Bürgerinnen und Bürgern ein praktisches Werkzeug an die Hand gegeben, um besser durch die heißen Sommertage zu kommen. Neben dem Online-Angebot wurde zusätzlich eine Stadtkarte im Miniformat mit den kühlen Orten gedruckt, damit auch Menschen, die keinen Zugang zum Internet haben, erreicht werden. Auf www.frankfurt.de/kuehle-orte



lassen sich jederzeit alle kühlen Orte in der Stadt einsehen. Zudem findet man hier viele hilfreiche Tipps für den Umgang mit Hitze.

Die Karte mit Frankfurts kühlen Orten ist eine der Maßnahmen, die im Rahmen des KWAP umgesetzt wurden. Insgesamt sind Handlungsempfehlungen des Bundes und des Umweltbundesamtes zur Erstellung von Hitzeaktionsplänen Grundlage des Frankfurter KWAP gewesen. Neben Maßnahmen bei extremer Hitze umfasst der KWAP weitere Maßnahmen zur sofortigen Reaktion auf alle relevanten Bereiche des Klimawandels. An der Umsetzung waren federführend das neue Klimareferat, das Umweltamt, das Grünflächenamt und das Gesundheitsamt, aber auch weitere städtische Betriebe beteiligt. Die Maßnahmen sind spezifisch an die örtlichen klimatischen Gegebenheiten in Frankfurt angepasst. Für eine passgenaue Umsetzung sollen zukünftig auch Initiativen und zivilgesellschaftliche Gruppen aus den Stadtteilen und Quartieren mit eingebunden werden, die die Bedarfe der Menschen vor Ort gut kennen. ■

KONTAKT

Dr. Anette Christ

Gesundheitsamt Frankfurt/Main

Abteilung Umwelt & Hygiene, Sachgebiet Klima,
Umwelt & Gesundheit

Anette.christ@stadt-frankfurt.de

BAD HONNEF



BAD HONNEF 26.061 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 2006

© Bild: pixabay, 5443882

Generationsübergreifender Hitzeaktionstag im Rathaus

Gelungener Dialog zwischen Jung und Alt

Wie kann Bad Honnef angesichts des Klimawandels und damit verbundener extrem heißer Sommer für seine Bürgerinnen und Bürger lebenswert bleiben? Welche Maßnahmen zum Schutz vor Extremhitze sind notwendig? Diese Fragen waren Gegenstand eines Workshops im Rathaus unter Moderation von Maria-Elisabeth Loevenich, an dem Dr. Hans-Christoph Anders, Barbara Boecker, Susanne Langguth und Dr. Gerd Pflaumer von der Seniorenvertretung der Stadt und sechs Schüler*innen der Privatschule Schloss Hagerhof und des städt. Siebengebergsgymnasiums sowie eine Lehrerin teilnahmen. Nach einem kurzen Einführungsvortrag der Moderatorin und Koordinatorin des Bildungsnetzwerks „Bad Honnef lernt Nach-

haltigkeit“ über die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Anpassung an den fortschreitenden Klimawandel erläuterten Schüler*innen anhand eines von ihnen nach ihren sommerlichen Hitzemessungen erstellten Plakats eindrücklich die Entstehung von Hitzeinseln in der Stadt. Mehrere Klassen beider Schulen hatten in Workshops Konzepte u. a. für mehr Bäume, mehr Wasser, genügend Schatten, Schulgärten und mobile grüne Lösungen, z. B. mit Grün umgebene Bänke, erarbeitet. Anschließend fand eine Exkursion zu einigen besonders heißen Stellen in der Innenstadt statt, die von den Schüler*innen im angefertigten Hitzekataster genannt worden waren. Ziel des Rundgangs war, die bisher entwickelten Ideen den örtli-

chen Gegebenheiten anzupassen und vor allem die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen bei Extremhitze berücksichtigen zu können. Nach der Rückkehr ins Rathaus wurde in drei jeweils mit zwei Schüler*innen und zwei älteren Teilnehmenden besetzten Arbeitsgruppen über die Themen „Mehr Schatten“, „Mehr Wasser“ und „Mehr essbar und grün“ diskutiert. Dabei brachten vor allem die Senior*innen ihre Ansichten und Ideen zu den Vorschlägen der Schüler*innen ein. Beim Thema Schatten ging es dabei z. B. um Sonnensegel und -schirme, Markisen über Schaufenstern und neue Bäume. Dem Wasserbedarf könnte mit Trinkwasserspendern und Brunnen, z. B. bei Spielplätzen, abgeholfen werden. Regenwassernutzung wäre eine ressourcenschonende Alternative zur Gestaltung von Schulgärten, zur Bepflanzung von Spielplätzen, Fußgängerzone und Balkonen, und wäre somit für neues Grün in der Stadt sinnvoll.

Als Stolpersteine für die Umsetzung der diskutierten Ideen wurden vor allem die Finanzierung der Maßnahmen, die Pflege neuer Anlagen sowie evtl. erforderliche

Genehmigungen erkannt. Erste Umsetzungsschritte könnten Anträge an die Stadt, Gespräche mit den Ratsfraktionen, mit Geschäften und der Anwohnerschaft sein. Als vordringliche Maßnahmen wurden Sonnensegel über Spielplätzen und die Pflanzung erster, möglichst schon großer Bäume genannt.

Dr. Hans-Christoph Anders bedankte sich im Namen der teilnehmenden Senior*innen bei Frau Loevenich, dem Netzwerk, seinen Förderpartnern „Bürgerstiftung“ und „Lions Club“, sowie ganz besonders bei den engagierten Schüler*innen. „Dieser Workshop ist ein gelungenes Beispiel für den immer wichtiger werdenden Dialog zwischen Jung und Alt“, betonte er abschließend. ■

KONTAKT

Iris Schwarz,

Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bad Honnef

iris.schwarz@bad-honnef.de



Die Teilnehmenden des Workshops „Hitzeaktionstag“ unter der Leitung von Maria-Elisabeth Loevenich (5. von links) vor dem Rathaus der Stadt Bad Honnef © Bild: Stadt Bad Honnef

Welchen Nutzen hat die Zusammenarbeit von Kommunen und Initiativen im GSN?

Bei der Mitgliederversammlung des Gesunde Städte-Netzwerks in Wiesbaden tauschten sich die Initiativen-Vertreter*innen im Sprecher*innenrat bei einem Podiumsgespräch dazu aus, worin die Stärke des Zusammen-

spiels von Kommune und Zivilgesellschaft liegt – also von Kommunalverwaltung und Gesundheits-Initiativen. Hier haben wir die Antworten zusammengetragen, die den Nutzen dieser besonderen Zusammenarbeit verdeutlichen.

Was schätzt ihr an der Zusammenarbeit mit der Kommune, dem Gesundheitsamt, der kommunalen Vertretung?

Ich schätze, dass mir Wertschätzung und Interesse an meiner Arbeit entgegengebracht werden. Sowohl in meiner Rolle als Vorsitzende der Alzheimer Gesellschaft Rhein-Kreis Neuss als auch als Mitglied im Sprecherinnen-Rat. Man ist offen für diese Arbeit und nimmt Anregungen aus dem Bereich der Selbsthilfe an.

Heidi Marona

- Den Input, den wir über die Selbsthilfe hinaus noch bekommen
- Das gemeinsame Organisieren von Veranstaltungen
- Die Arbeitskreise, in denen gute inhaltliche Arbeit stattfindet

Elisabeth Benzing,

Als Initiativen-Vertretung aus der Stadtteilarbeit schätze ich den Informations- und Wissenstransfer zur kommunalen Gesundheitsförderung.

Yvonne Vedder

Ich bin schon lange Initiativen-Vertretung in Frankfurt und arbeite in der Selbsthilfe-Kontaktstelle Frankfurt. Es ist immer wieder gut, über den eigenen fachlichen Bereich hinauszuschauen und beim Thema Gesundheitsförderung mit verschiedenen Ämtern und Akteuren zu kooperieren und den Blick der Selbsthilfe-Unterstützung einbringen zu können. Durch die Zusammenarbeit wird die Selbsthilfe in Frankfurt gestärkt. In den letzten Jahren seit 2015 arbeite ich beispielsweise im Sekretariat des GSN als Initiativen-Vertretung mit und hier in Frankfurt war ich fünf Jahre im Projekt zum Aufbau von Gesundheitsförderung in Stadtteilen und einer Stadt-Gesundheitskonferenz beteiligt.

Reiner Stock

In der Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsreferat der Landeshauptstadt München schätze ich die gemeinsame Neugierde auf innovative Ansätze, mit denen freie Trägerstrukturen möglichst nah an und mit Bewohner*innen gesundheitsförderliche Beiträge zum gesunden und guten Zusammenleben auf Quartiersebene entwickeln können.

Irmtraud Lechner





Elisabeth Benzing
KISS-Mittelfranken
Nürnberg



Gregor Küpper
Gesundheitsdezernent
Rhein-Kreis Neuss



Irmtraud Lechner
MAGs – München
Aktiv für
Gesundheit e. V.



Heidi Marona
Alzheimer Gesellschaft
Rhein-Kreis Neuss e. V.



Reiner Stock
Selbsthilfe-Kontaktstelle
Frankfurt



Yvonne Vedder
Stadtteilzentrum MOSAIK
Bezirk Marzahn-Hellersdorf von Berlin

Was schätzt die kommunale Vertretung an euch/eurem Engagement?

- Die Repräsentation der Selbsthilfe in vielen Arbeitskreisen
- Den inhaltlichen Input von uns zu Themen der Gesundheitsförderung
- Die Expertise im Bereich der Selbsthilfe und hinsichtlich prekären Lebensverhältnissen

Elisabeth Benzing

In Frankfurt gab es personelle Wechsel im letzten Jahr im Gesundheitsamt. Da ich das GSN und die Selbsthilfe in Frankfurt seit vielen Jahren kenne, werden meine Erfahrungen gerade sehr geschätzt.

Reiner Stock

Das Münchner Gesundheitsreferat schätzt die hohe Flexibilität und fachlich-methodische Expertise der Gesundheits- und Selbsthilfeinitiativen.

Irmtraud Lechner

„Der Rhein-Kreis Neuss schätzt den enormen persönlichen Einsatz und die Erfahrung von Frau Marona. Wir sind sehr froh, dass sie mit hohem ehrenamtlichen Engagement als Vorsitzende die Alzheimer Gesellschaft Rhein-Kreis Neuss e. V. führt, die inzwischen seit über 30 Jahren erfolgreich pflegenden Angehörigen und Menschen mit Demenz zur Seite steht. Frau Marona ist mit ihrer Erfahrung aber auch stets ansprechbar, wenn es über die Thematik Demenz hinaus um Fragen der Zusammenarbeit zwischen Selbsthilfe und Kommune geht. Ob die Besprechung von Einzelfällen, Strukturfragen zur Selbsthilfe, Unterstützung bei Gremiensitzungen etc. Frau Marona steht stets bereit, setzt sich ein, bringt Themen voran. Dabei partizipieren wir sehr von ihrer praktischen und umfangreichen Lebens- und Berufserfahrung. Wir freuen uns, dass sie den Rhein-Kreis Neuss im Sprecherrat des GSN vertritt und hoffen, dass sie dem GSN und dem Kreis noch viele weitere Jahre als kompetente Ansprechpartnerin zur Verfügung stehen möchte.“

Gregor Küpper
Gesundheitsdezernent Rhein-Kreis Neuss

Praxisbezug, Beispiele aus der Praxis, Praxis Check, Verbindung von Theorie und Praxis *Yvonne Vedder*

Was gefällt mir an der Rolle als Initiativen-Vertreter*in? Was ist das Besondere?

Mir gefällt, dass ich Ideen in die Kommune und in den Bereich Selbsthilfe einbringen kann, ich kann beide Seiten sehen und so besser verstehen. Ich glaube fest, dass sowohl das „erlebte Wissen“ der Betroffenen als auch das „gelernte Wissen“ der Profis in Planungen und Aktivitäten auch von Kommunen gehören.

Heidi Marona

- Immer wieder über den Tellerrand hinaus schauen zu können. Sowohl vor Ort als auch bundesweit
- Anregungen für die Arbeit zu bekommen durch den Austausch mit anderen Kommunen
- Einen guten Einblick in die kommunale Gesundheitsförderung zu bekommen

Elisabeth Benzing

Im Gesunde Städte-Netzwerk geht es besonders um die Gesundheitsförderung von Menschen, die sozial benachteiligt werden: Niemand soll zurückgelassen werden. Aus der Selbsthilfe-Unterstützung kennen wir Bedürfnisse von Menschen mit chronischen oder psychischen Erkrankungen oder in sozial schwierigen Lebenslagen. Und es ist gut, dass wir die Perspektive dieser Menschen mit in Planungsprozesse zur Gesundheitsförderung in den Kommunen aber auch darüber hinaus bis zur Bundesebene mit einbringen können. Es geht darum, alle mitzunehmen, was nicht einfach ist.

Reiner Stock

Ich finde es spannend und – wenn es gelingt – sehr wertvoll, dass ich die Münchner Gesundheits- und Selbsthilfeinitiativen einladen kann, an der aktuellen dynamischen Entwicklung des GSN und des Themenspektrums teilzuhaben und sich mit ihrem Erfahrungsschatz einzubringen. Das öffnet uns gemeinsam auch einen anderen Blick auf unsere Arbeit in München.

Irmtraud Lechner

Mir gefallen die gegenseitige kollegiale Beratung und Unterstützung. *Yvonne Vedder*

Welche Erwartungen habe ich selbst an mich?

Da ich relativ neu im Sprecher-Rat bin, keine zu hohen. Ich versuche, zuzuhören, Themen, die mir bis dato persönlich nicht sehr nah waren (z. B. ÖGD) zu verstehen, Positionen bzw. Strategien des GSN zu lernen, aber durchaus auch zu hinterfragen. Da ich mit meinem beruflichen Wirtschafts- und Industrie-Hintergrund aus einer „anderen Ecke“ als der rein sozial geprägten komme, verstehe ich mich ein wenig als „Sparrings-Partnerin“ für aktuelle Themen der Gesundheitspolitik, die auch das GSN bewegen:

z. B. Gesundheitskioske, Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit, Zukunft ÖGD, Klima und Gesundheit.

Heidi Marona

- Die Initiativen vor Ort im GSN gut zu vertreten
- Das GSN bei den Initiativen auf kommunaler Ebene gut zu vertreten
- Die Expertise aus der SH in die Kommune einzubringen

Elisabeth Benzing

Ich bin neu in der Rolle. Was wünsche ich mir als Unterstützung aus der Kommune, aus dem GSN?

- Schön wäre, wenn wir gemeinsam über sinnvolle Aktivitäten im Sinne der Gesundheitsförderung für den Rhein-Kreis Neuss nachdenken könnten.
- Ein systematischer Austausch über unsere Arbeit wird gerade etabliert und sollte beibehalten werden.
- Eine weitere Intensivierung der Beteiligung von Initiative/Selbsthilfe-Vertreterinnen an Projekten des Kreises. Das könnte durch den Selbsthilfebeirat und über die Gesundheitskonferenz geschehen.

Heidi Marona

- Austausch zum Rollenverständnis und der Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit der Kommunalvertretung.
- Zusammenarbeit mit der Kommunalvertretung klar definieren.
- Unterstützung zu Beginn durch Austausch, Material und Handreichungen

Yvonne Vedder

Möglichst viel Freiheit, auch Unkonventionelles denken und aussprechen zu können, gleichzeitig auch Transparenz über Entscheidungsprozesse auf den verschiedenen Ebenen. Mit der Kombination können der Schwung und die vielfältigen Kompetenzen am besten genützt werden für die aktuellen „Herausforderungen“.

Irmtraud Lechner



Wenn es mir gelingt, dass wir unsere „lokalen“ Themen und Erfahrungen aus München in den regionalen Netzwerkaustausch und in die bundesweite GSN-Diskussion einbringen und ich umgekehrt aus den Diskussionen auch wieder Anregungen für die zivilgesellschaftliche bzw. Initiativenperspektive zurücktragen kann, würde ich allen Beteiligten auf die Schulter klopfen.

Irmtraud Lechner

Ich freue mich, dass es immer wieder gelingt, für die Idee des Gesunde Städte-Netzwerks zu begeistern und engagierte Mitstreiter*innen besonders auch als Initiativen-Vertreter*innen zu gewinnen. Wichtig ist es auch, immer wieder für neue Ideen und Kooperationen offen zu sein.

Reiner Stock

- Beteiligungsstrukturen auf kommunaler Ebene transparenter machen
- Für die Menschen im Kiez mitdenken

Yvonne Vedder



MÜNCHEN



MÜNCHEN 1.512.491 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 1989

© Bild: pixabay, Duernsteiner

„Dialog zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Vertreter:innen“

zum Beispiel in München (aus Initiativen-Perspektive)

Der Dialog zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Vertreter:innen für kommunale Gesundheitsförderung ist in der Landeshauptstadt München (LHM), Gründungsmitglied des Gesunde Städte-Netzwerks, fest verankert: 1989 entstand das Koordinationsbüro Gesunde Stadt, mit dem Selbsthilfe- und Gesundheitsinitiativen und das damalige Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) in engem Austausch den Grundstein einer stadtteilerorientierten Gesundheitsförderung, -vorsorge, und -versorgung legten; Bürgerbeteiligung und Bewohnerorientierung waren im Sinn der Ottawa-Charta Grundprinzipien. Der Stadtrat der LHM unterstreicht bis heute die Wertschätzung gegenüber einer mehrjährig ausge-

richteten Strategie einiger „Dinosaurier“ der regelgeförderten Selbsthilfe- und Gesundheitsinitiativen, eben weil nur dadurch innovative Ansätze für eine gesunde Stadtentwicklung realisierbar sind. Zu den seit den 1990er Jahren existierenden Initiativen gehören Donna Mobile (www.donnamobile.org), das FrauenGesundheitsZentrum München (www.fgz-muc.de), der Gesundheitsladen München (gl-m.de), MAGs – München Aktiv für Gesundheit e.V. (mags-muenchen.de) und das Selbsthilfezentrum München (www.shz-muenchen.de).

In der früheren Abteilung „Gesundheitsvorsorge“ des ehemaligen RGU wurde der Dialog strukturell verankert:

Gemeinsame Verhandlungen und Jahresgespräche zwischen regelgeförderter Initiative, Zuschuss und Fachbereich definieren Administratives, Ziele und Leistungspunkte im Sinne bedarfsorientierter Arbeit für den zugrundeliegenden Vertrag. Zusätzlich hat der ebenfalls im Jahr 1989 gegründete Gesundheitsbeirat diverse Arbeitskreise institutionalisiert.

Noch vor der Umsetzung des Präventionsgesetzes in Bayern (Landesrahmenvereinbarung 2017) setzten sich Krankenkassen und das Gesundheitsreferat in einer „Krankenkassenrunde“ an einen Tisch, so dass präventive kommunale Pilotprojekte nach dem PräVG seit 2017 gemeinsam mit freien Trägern umgehend starten konnten; der Gestaltungsspielraum wird in dieser Konstellation auf Augenhöhe aller Beteiligten ausgehandelt. Zwischen den Projektträgern und dem RGU/Gesundheitsreferat fanden mehrfach Qualitätssicherungs-Werkstattgespräche für einen Erfahrungsaustausch statt. Darüber hinaus finden im größten krankenkassenfinanzierten kommunalen Projekt „München gesund vor Ort“ freie Träger stadtteilbezogen eine Mitwirkungsmöglichkeit.

Seit 2021 gibt es nun wieder ein Gesundheitsreferat (und ein Referat für Klima- und Umweltschutz). In der neuen Struktur sind die Gesundheitsinitiativen bzw. freien Träger der Abteilung „Stadtteilgesundheit“ zugeordnet, die ein Sachgebiet „GesundheitsTreffs“ (in Entsprechung des Gesundheitskiosk-Ansatzes) und eines zu „München gesund vor Ort und Projekten gemäß PräVG“ umfasst – alle unter dem Dach des Geschäftsbereichs „Gesundheitsplanung“. Auch in die Konzeptentwicklung der „GesundheitsTreffs“ und in Projektbeiträge gemäß § 20a SGB V bringen freie Träger ihre Expertise ein, sei es in der Entwicklung innovativer Ansätze mit dem Ziel der Übertragbarkeit und Verstetigung, sei es in dauerhafter Erbringung von Leistungen, die besondere Flexibilität und Bewohner- sowie Patientenorientierung voraussetzen.

In der Aufzählung der Dialog-Bausteine darf die Sprecher*innenrats-Rolle nicht fehlen, die seit vielen Jahren das Tandem einer Vertretung des Gesundheitsreferates und von MAGs e. V. wahrnimmt.

Kann man sagen, dass es in München eine unerschütterliche Dialog-Tradition zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Vertreter:innen gibt? Aus Initiativen-Sicht



© Bild: Marish/Shutterstock.com

können wir sicher auf eine große Wertschätzung und vergleichsweise gute Förderbedingungen bauen. Dennoch nimmt der Abstimmungsaufwand zu administrativen und verfahrensrechtlichen Fragen in der Leistungserbringung zu. Ob eine Verschlinkung administrativer Prozesse möglich ist, sollte im Einzelnen betrachtet werden. Dass fachpolitische und -strategische Fragen sowie die Bewohnerperspektive im Zentrum des Dialogs und des Gestaltungsspielraums bleiben, ist ein gemeinsames Anliegen. ■

KONTAKT

Irmtraud Lechner

MAGs – München Aktiv für Gesundheit e. V.

i.lechner@mags-muenchen.de

www.mags-muenchen.de

FRIEDRICHSHAIN- KREUZBERG

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG 293.231 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 1999

© Bild: pixabay, ThomasWolter

Besser geht's gemeinsam!

Im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat der Dialog zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention Tradition. So feiert das „Netzwerk für mehr Teilhabe älterer Menschen“ 2023 sein zehnjähriges Jubiläum – ein Netzwerk, das auf 10 Jahre erfolgreiche Zusammenarbeit von Verwaltung, Trägern und Bürger*innen im Bezirk zurückschaut. 2013 wurde das Netzwerk vom Nachbarschaftshaus Urbanstraße e. V. und der Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg gegründet.

Ziel der Netzwerkarbeit ist seither, älteren Menschen mehr soziale, gesundheitliche und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen und nähräumlich Angebote entlang der Bedarfe und Interessen Älterer zu organisieren und vorzuhalten. Im Fokus stehen nicht nur die Förderung seelischer und körperlicher Gesundheit, sondern insbesondere die

soziale und gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen. Kennzeichnend für das Netzwerk ist die Vielfalt der Beteiligten, die von Beratungsstellen, Nachbarschaftshäusern, Begegnungsstätten über Vertreter*innen der Verwaltung, Bürgerinitiativen bis hin zu engagierten Privatpersonen reicht und dadurch zahlreiche Kompetenzen und Ressourcen integriert.

Im Laufe der Jahre entwickelte sich untereinander ein großes Vertrauen. Das A und O ist ein lockerer und unkomplizierter Umgang jenseits von Hierarchien, in dem sich alle wohlfühlen, sich ungehemmt einbringen und die Kreativität fließen lassen können. Die dadurch entstandene Kraft hat im Laufe der Jahre immer wieder neue Interessent*innen zum Mitmachen animiert. Es entstanden wichtige, basisorientierte und ressortübergreifende Projekte und Angebote für die Zielgruppen und darüber hinaus – denn es wird intergenerationell gedacht. Die Effizienz der

Gemeinschaft spart für alle Beteiligten Ressourcen, weil gesellschaftliche drängende Fragen wie u. a. (Alters-) Armut, Einsamkeit, Pandemie und auch Antworten auf diese Fragen nicht von einzelnen Einrichtungen, sondern gemeinsam erarbeitet werden, immer unterstützt durch die Kommune, die Teil des Ganzen ist. Auch kleinere finanzielle Engpässe können manchmal innerhalb des Netzwerks ausgeglichen werden.

Ein Beispiel für gelungenes Miteinander von Kommune und Zivilgesellschaft ist die durch das Bezirksamt durchgeführte repräsentative Studie 60+, die sich mit den Lebenssituationen der über Sechzigjährigen im Bezirk auseinandersetzt. Die Expertise der Zivilgesellschaft wurde durch die Netzwerkmitglieder in die Entwicklung des Fragebogens eingebracht. Die Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgte von Bezirksamt und Netzwerk gemeinsam, indem Veranstaltungen in den jeweiligen Sozialräumen durchgeführt wurden. Die Studie „60+“ zeigt u. a., wo im Bezirk vermehrt Armut oder Einsamkeit auftreten, wie es mit der Gesundheitsversorgung in den Kiezen aussieht oder wo Freizeit- und Beratungsangebote rar sind und welche Wünsche und Bedürfnisse von den Befragten geäußert wurden. Die Resultate der Studie „60+“ wurden mit Bürger*innen diskutiert und sind für das Netzwerk Ausgangspunkt für ein weiteres gemeinsames und bedarfsorientiertes Handeln im Bezirk.

Auch während der Pandemie agierten Kommune und Netzwerk eng zusammen. Zum Beispiel fand das Verteilen von Schutzmasken an Bedürftige schnelle Umsetzung, weil die lange und regelmäßige Zusammenarbeit kurze Wege ermöglichte. Im Netzwerk vollzog sich auch ein reger Austausch zu Hygienemaßnahmen, positiven Beispielen, schwierigen Situationen, digitalen Möglichkeiten, etc.

Das „Netzwerk für mehr Teilhabe älterer Menschen“ ist nicht nur untereinander gut vernetzt, sondern auch eng mit dem Gesunde Städte-Netzwerk verbunden. Sowohl



Kiezsport in Friedrichshain-Kreuzberg, © Bild: Daniel Stoecker, NHU 2019

Sabine Schweele, Leiterin der Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit, als auch die Initiativenvertreterin Monika Vuong setzen sich seit Jahren als Mitglieder des GSN Bund und GSN-Regionalverbundes Berlin für die Gesunde Städte-Arbeit im Bezirk ein und haben einen wesentlichen Anteil am Entwicklungsstand des „Teilhabe-netzwerks“, wie es umgangssprachlich genannt wird. Aber allein hätte es keiner geschafft – deshalb gilt gestern wie heute: Besser geht’s gemeinsam! ■

KONTAKT

Monika Vuong, Leiterin Kontaktstelle
PflegeEngagement, Volkssolidarität e.V.
Monika.vuong@volkssolidaritaet.de

Kilian Erlen, Koordinator Gesundheitsförderung
und Prävention, Planungs- und Koordinierungsstelle
Gesundheit
Kilian.erlen@ba-fk.berlin.de

KREIS PADERBORN



KREIS PADERBORN 313.758 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 2019

© Bild: pixabay, falco

Zivilgesellschaftliches Engagement als wichtige Säule
unserer Gesellschaft und Gesundheit

Ehrenamtskampagne im Kreis Paderborn

„Gesunde Kommune“ ist ein gemeinsames Projekt des Kreises Paderborn, des KreisSportBundes Paderborn e. V. und der Techniker Krankenkasse. Ziel ist es, die neun ländlichen Kommunen im Kreis Paderborn dabei zu unterstützen, das Thema Gesundheitsförderung für die Bevölkerung voranzubringen und nachhaltig zu stärken. Da das zivilgesellschaftliche Engagement eine wesentliche Säule der Gesellschaft darstellt, hat es auch eine hohe Bedeutung für die Gesundheitsförderung und Prävention.

Im Kreis Paderborn gibt es zahlreiche ehrenamtlich organisierte Vereine und Verbände. Jede*r zweite Einwohner*in ist ehrenamtlich tätig. Allerdings ist aus Sicht

der ehrenamtlich getragenen Vereine und kommunalen Akteur*innen ein Rückgang des Ehrenamtes zu verzeichnen, welcher zuletzt durch die Corona-Pandemie verstärkt wurde. Diesen Rückgang spiegelt auch die aktuelle Datenlage für Nordrhein-Westfalen wider¹. Das Projektteam hat sich daher dazu entschieden, dem Thema anhand einer medialen Kampagne erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und den öffentlichen Dialog dahingehend zu fördern.

Die Kampagne „Ohne Ehrenamt geht es nicht!“ wurde gemeinsam mit zwei kreisangehörigen Städten, der Stadt Delbrück und der Energiestadt Lichtenau, sowie den Gemeinde- und Stadtsportverbänden des Kreises Pader-

born umgesetzt. Die Schirmherrschaft übernahm der CDU-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Sportausschusses im Landtag NRW sowie Sprecher der Gemeinde- und Stadtsportverbände des Kreises Paderborn Bernhard Hoppe-Biermeyer. Ziel der Aktion war es, die Öffentlichkeit für das Thema Ehrenamt zu sensibilisieren und für das Engagement zu werben. Gleichzeitig galt es, den Ehrenamtlichen eine besondere Wertschätzung entgegenzubringen.

Kern der Kampagne stellten die Interviews mit insgesamt 38 ehrenamtlich Engagierten aus dem gesamten Kreisgebiet dar. Dabei wurden sämtliche Bereiche des Ehrenamts abgebildet wie z. B. Wohlfahrt, Sport & Bewegung und Musik. Die Interviews thematisieren die Beweg- und Motivationsgründe für das Ehrenamt, aber auch die Herausforderungen und Probleme, die damit einhergehen. So wurde insbesondere deutlich, wie viel Leidenschaft, Zeit und Energieeinsatz im Engagement stecken. Das Knüpfen neuer Kontakte und die Dankbarkeit derjenigen, die mit dem Ehrenamt unterstützt werden, stellen außerdem eine besonders große Motivation dar. Die Interviews bzw. Kernaussagen wurden in den digitalen Medien, in der lokalen Presse sowie über verschiedene Printmedien veröffentlicht.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Kampagne einen Beitrag dazu geleistet hat, das Ehrenamt im Kreis Paderborn sichtbarer zu machen. Die öffentliche Plattform stellt für die Beteiligten auch eine hohe Wertschätzung dar. Die Zusammenarbeit mit kommunalen und politischen Vertreter*innen erwies sich stets als sehr wertvoll. So konnte dadurch ein höherer Stellenwert für das Ehrenamt in der öffentlichen Wahrnehmung erreicht werden. Die Zukunft wird zeigen, inwiefern die Maßnahmen einzelne Personen dazu bewegt haben, ein Ehrenamt aufzunehmen. Das langfristige Ziel ist es, das Thema dauerhaft in den Fokus der Öffentlichkeit zu bringen. Die Kampagne ist in diesem Zusammenhang als Startpunkt weiterer Maßnahmen zu verstehen und kann in einer ähnlichen Form auch in weiteren Kommunen umgesetzt werden. Eine Verstetigung wäre denkbar, indem die Kampagne durch eine für das Thema „Ehrenamt“ zuständige Person



Werner Peitz (Bürgermeister der Stadt Delbrück), Ute Dülfer (Bürgermeisterin der Energiestadt Lichtenau), Diethelm Krause (Präsident des KreisSportBundes Paderborn e. V.) und Bernhard Hoppe-Biermeyer (Sportausschussvorsitzender im Landtag),
© Bilder: Hoppe-Biermeyer Werbeagentur GmbH

(z. B. eine*n Ehrenamtskoordinator*in oder eine*n Gesundheitslotsen*in) in der Kommune oder durch einzelne ehrenamtlich getragene Vereine in Form einer Arbeitsgruppe fortgeführt wird. ■

KONTAKT

Lina Kemper, KreisSportBund Paderborn e. V.,
Projekt „Gesunde Kommune“, Kreis Paderborn
Lina.kemper@ksb-paderborn.de

¹ Westdeutsche Lotterie GmbH & CO. OHG (2022): Ehrenamtsatlas.
Verfügbar unter: www.ehrenamtsatlas.de/ (22.02.2023).



ROSTOCK

ROSTOCK 209.920 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 1992

© Bild: pixabay, falco

Regionalnetzwerk Nord des Gesunde Städte-Netzwerkes

Das Nordlicht der regionalen Netzwerke wurde 1999 gegründet und trifft sich seitdem ein- bis zweimal jährlich. Ihm gehören aktuell die Kommunen Flensburg, Kiel, Lübeck, Rostock, Schwerin und der Kreis Segeberg sowie die Landesvereinigungen (LVG) für Gesundheitsförderung in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein an. Die regionale Sprecherin ist Kristin Schünemann, Koordinatorin für Gesundheitsförderung aus Rostock.

Digitaler Workshop zum Thema Selbsthilfe im Frühjahr 2023

In Kooperation mit der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern wurde erstmalig ein digitaler Workshop zum Thema Selbsthilfe am

23.03.2023 ausgerichtet. Anlass dazu gaben die intensiven und dennoch stets zu kurzen Gespräche darüber, was eigentlich die Gesunde Städte-Arbeit im Kontext mit der Selbsthilfe bedeutet.

In diesem Zusammenhang widmete sich das Regionalnetzwerk Nord folgenden Leitfragen:

- Wie können Beteiligungsprozesse gestaltet und Kommunikationsräume geschaffen werden?
- Wie können wir uns gegenseitig unterstützen (Dreieck KIS-Ämter-Betroffene)?
- Welchen Nutzen hat die Gesunde Städte-Arbeit für die Selbsthilfe und KIS?
- Welche Erwartung können wir an die Selbsthilfe herantragen?

- Wie können wir das Image der Selbsthilfe stärken (Antistigma-Arbeit, mehr Anerkennung)?

Neue Gruppen sind in der Gesundheitskrise entstanden, z. B. zum Thema toxische Beziehungen, Depressionen bei Kindern- und Jugendlichen, Kinder, die sich verletzen sowie Geschädigte nach einer Corona-Impfung als auch Long Covid. Diese Entwicklungen sollten vom Gesunde Städte-Netzwerk hervorgehoben und von der Politik ernst genommen werden. Zudem spielen die Initiativen-Vertretungen eine wichtige Rolle im Gesunde Städte-Netzwerk.

Die Erkenntnisse des regionalen Workshops möchten wir mit Ihnen vertiefen und laden Sie gemeinsam mit dem Gesunde Städte-Sekretariat herzlich am 07.11.2024 in die Volkshochschule Rostock ein. ■



Regionales Netzwerktreffen Nord digital, © Bild: Kristin Schünemann



Regionales Netzwerktreffen in Schwerin (September 2022),
© Bild: LVG Mecklenburg-Vorpommern

KONTAKT

Kristin Schünemann, M.A.
Koordinatorin für
Gesundheitsförderung
Gesundheitsamt
0381 381-5376
kristin.schuenemann@rostock.de

NÜRNBERG



NÜRNBERG 523.026 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 1989

© Bild: pixabay, Duernsteiner

Gemeinschaftliche Selbsthilfe ... ist doch nicht von gestern!

Gedanken zu 40 Jahre Selbsthilfeunterstützung in Mittelfranken

Alle sozialen Bewegungen entstanden und entstehen fast immer aus der eigenen Betroffenheit heraus. Sei es, dass sich die Beteiligten von bestimmten gesellschaftlichen Vorkommnissen bedroht fühlen, dass die soziale Ungerechtigkeit sie erzürnt oder dass sie sich benachteiligt fühlen. Sie eint das Streben nach Veränderung.

Die meisten sozialen Bewegungen hatten und haben ihre Themen im „Außen“: die Aufrüstung im Kalten Krieg, die klimatischen Veränderungen oder die ungleiche Verteilung des Kapitals.

In der Selbsthilfebewegung, die in Deutschland ihre Anfänge in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts hatte,

spielt sich die Betroffenheit hingegen fast immer im „Innen“ ab – aufgrund chronischer Erkrankungen oder körperlicher Beeinträchtigungen sind die Teilnehmenden der Selbsthilfegruppen in ihrer Alltagsgestaltung fortwährend damit konfrontiert. Sie können die Betroffenheit nicht von sich weg halten, wie es vielleicht bei einem Engagement gegen einen „fernen“ Krieg möglich ist.

Und genau an diesem Punkt setzt die gemeinschaftliche Selbsthilfe an: Sich gegenseitig Unterstützung geben, um mit der Erkrankung, dem Problem besser leben zu können. Über all die Jahre hat es sich gezeigt, dass dieses Prinzip funktioniert. Die gegenseitige Unterstützung kann die Selbstwirksamkeit wieder erlebbar, die Solidar-



eine Überbrückung bis zum Termin beim Arzt und/oder einer Nachsorge sein. Aber Vorsicht: Das kann leicht zu einer Überforderung der Selbsthilfegruppen führen, denn die gemeinschaftliche Selbsthilfe kann das professionelle Hilffssystem nicht ersetzen.

- Die Digitalisierung schreitet in allen Lebensbereichen unglaublich schnell voran. Handy und Laptop sind in (fast) allen Altersgruppen nicht mehr wegzudenken. Online-Treffen, die während der Pandemie oft der rettende Anker für Selbsthilfegruppen waren, bleiben ein wichtiger Bestandteil in der Selbsthilfelandchaft. Sie ersparen lange Anfahrtswege in ländlichen Regionen oder für Menschen mit Bewegungseinschränkungen. Sie ermöglichen Menschen mit seltenen Erkrankungen bundesweite Austauschtreffen. Aber auch für alle anderen gibt es erweiterte Möglichkeiten: Online oder Präsenz im Wechsel, oder hybrid, damit alle dabei sein können oder einfach ganz „normal“ in Präsenz. Dies bedarf der Klärung und braucht Entscheidungen, die alle mittragen können.
- Gesellschaftsrelevante Themen wie die Debatte „Impfen pro und contra“ oder der Ukraine-Krieg

belasten Familien und Freundschaften – die Polarisierung ist für alle spürbar. Diese Debatten wurden und werden vermehrt in die Selbsthilfegruppen getragen und können dort wiederum zu Konflikten führen – die Gruppen brauchen eine gute Begleitung durch die Mitarbeiter*innen der Kontaktstellen. Und es entstehen auch hier neue Gruppen wie z. B. rund um das Thema „Angehörige von Verschwörungstheoretikern“. Denn die gemeinschaftliche Selbsthilfe bietet die Chance, neue Netzwerke zu finden und sich trotz herausfordernder Zeiten stabil zu halten.

Diese Beispiele zeigen, dass sich die gemeinschaftliche Selbsthilfe den Herausforderungen stellt, die gesellschaftlicher Wandel mit sich bringt. Sie kann auf die Erfahrungen der Vergangenheit zurückgreifen, den Wandel im Heute aufgreifen und uns alle für die Zukunft stärken.

Nach 40 Jahren Selbsthilfeunterstützung wissen wir jedoch auch, dass sich nicht nur der gesellschaftliche Wandel in der Selbsthilfe widerspiegelt, sondern die Selbsthilfebewegung aufgrund intensiver Lobbyarbeit zu gesellschaftlichem Wandel beigetragen hat und laufend beiträgt. Aus der jüngsten Geschichte kann auf die Diagnostik und Therapie bei Brustkrebs oder die medizinische Versorgung von Menschen mit seltenen Erkrankungen hingewiesen werden. Ohne den Druck der Betroffenen aus den Selbsthilfeverbänden wäre die verbesserte medizinische Versorgung noch in weiter Ferne.

Es lohnt sich also auch für ein Gesunde Städte-Netzwerk, sich für den Erhalt einer lebendigen und vielfältigen Selbsthilfelandchaft in jeder Kommune einzusetzen. ■

KONTAKT

Elisabeth Benzing
Kiss Mittelfranken
kiss-mfr.de
nuernberg@kiss-mfr.de

KREIS LIPPE

KREIS LIPPE 384.391 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 2001

© Bild: pixabay, falco

Praxisbericht aus dem Gesundheitskiosk Hörstmar

Wie niedrigschwellige Gesundheitsberatung im ländlichen Raum funktionieren kann

Vor knapp zwei Jahren hat der bundesweit erste Gesundheitskiosk im ländlichen Raum seinen Betrieb aufgenommen. Die Umsetzung erfolgt im ostwestfälischen Lemgo (Ortsteil Hörstmar) im Rahmen der von EU und Land NRW geförderten LEADER-Region 3L-in Lippe. Der Gesundheitskiosk Hörstmar wird gemeinsam von der Stadt Lemgo, dem Klinikum Lippe und dem Pflegedienst Diakonie ambulant betrieben, die Projektumsetzung eng vom ZIG OWL begleitet.

Angebote im Gesundheitskiosk Hörstmar

Der Gesundheitskiosk in Hörstmar (1.378 Einwohner, eine KITA, Gastronomie, Kirchengemeinde, drei Vereine, keinerlei medizinisch-pflegerische Infrastruktur) versteht

sich als niedrigschwelliges Angebot für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sowie angrenzender Ortsteile. Im Dorfbegegnungszentrum steht neben einem Büroraum für den Gesundheitskiosk auch ein Veranstaltungsraum zur Verfügung. Gefördert werden 0,9 VK Personal, verteilt auf zwei Teilzeitkräfte, die als examinierte Pflegefachkräfte mit Zusatzqualifikation über langjährige Berufserfahrung und fundiertes Wissen über die lokalen Netzwerke verfügen. Der Gesundheitskiosk arbeitet mit zahlreichen Akteuren und Akteurinnen aus Medizin, Pflege und Beratung sowie mit den Menschen im Dorf zusammen. Es zeigt sich immer mehr, dass Alleinstellungsmerkmale bestehen, die über andere vorhandene Angebote bislang nicht oder nur unzureichend abgedeckt werden und wesentliche Handlungskomponenten für das Modell „Gesundheitskiosk auf dem Land“ darstellen:

Digitale Gesundheitskompetenz entwickeln und vermitteln

Für die Bürgerinnen und Bürger selbst war es noch nie so einfach, an Gesundheitsinformationen (divergierender Qualität) zu gelangen und mit den Folgen dieser „Infodemie“ werden sämtliche Klinikpraktikerinnen und -praktiker wie auch die niedergelassene Ärzteschaft tagtäglich konfrontiert. Es ist nicht davon auszugehen, dass in den Praxen und Kliniken künftig Zeitfenster für ausgiebige Beratungsangebote entstehen. Gesundheitskioske können in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle übernehmen.

Umgang mit chronischen Erkrankungen

Wie gehe ich mit einer chronischen Krankheit um, die mich mein weiteres Leben lang begleiten wird? Ein Teil der Besucherinnen und Besucher wurde nach einem Klinikaufenthalt oder abgeschlossener Diagnostik im haus- und fachärztlichen Bereich mit einer irreversiblen Diagnose konfrontiert. Natürlich gehört die Kurzberatung zum Umgang mit der Erkrankung zum Behandlungsangebot in Klinik und Praxis. Ein Großteil der Fragen taucht aber zeitversetzt auf, und beim nächsten Arztbesuch ist die Zeit wie üblich knapp bemessen. Hier bestätigen unsere Erfahrungen im Gesundheitskiosk eine bekannte Leerstelle im deutschen Gesundheitswesen, der auch durch die gute Arbeit der Selbsthilfe nicht allein begegnet werden kann. Mit pflegerischem Fachpersonal besetzte Gesundheitskioske tragen dazu bei, die ambulante und stationäre medizinische Versorgung durch qualifizierte Patientenberatung zu speziellen Krankheitsfragen sinnvoll zu entlasten.

Orientierung im Gesundheitswesen

Welche Stelle ist für mein Anliegen zuständig? Es ist nicht einfach, den Überblick zwischen verschiedensten Leistungserbringern unterschiedlicher Fachgebiete und Sektoren, Kostenträgern und weiteren Instanzen zu er-

langen. Hier hilft der Gesundheitskiosk durch konkrete und individuelle Koordination über mehrere Instanzen. Diese Koordination ist insbesondere für hilfsbedürftige Menschen mit komplexer Lebenssituation eine große Unterstützung.

Fazit nach 2 Jahren Gesundheitskiosk auf dem Land

- Das niedrigschwellige Angebot „vor der Haustür“ wird gut angenommen und strahlt über den Ortsteil und die Stadt Lemgo hinaus.
- Der Gesundheitskiosk trägt wesentlich dazu bei, (digitale) Gesundheitskompetenz praktisch zu vermitteln und die Bürgerinnen und Bürger auch in der ländlichen Region konkret und unmittelbar zu unterstützen.
- Orientierung im Gesundheitswesen ist ein nachgefragtes Dauerthema und zwar sozialgesetzbuchübergreifend.
- Trotz Vorhandensein von Pflegestützpunkten / Beratung durch Krankenkassen stellen Nachfragen zu Pflegeleistungen einen relativ großen Anteil der Anfragen dar. Wir gehen davon aus, dass Menschen, die dies im Kiosk nachfragen, eher keinen Pflegestützpunkt o.ä. aufsuchen würden.
- Persönliche Präsenzkommunikation als Kernkompetenz des Gesundheitskiosks wird häufiger nachgefragt als telefonische oder elektronische Beratung.
- Face-to-Face-Infoabende zu Gesundheitsthemen haben keinesfalls ausgedient, die Themenabende in Präsenz erweisen sich als hoch-attraktive Veranstaltungen für Besucher*innen und Referenten*innen.
- Langzeitpraxiserfahrene Pflegefachkräfte mit „Blick über den Tellerrand“ eignen sich hervorragend für die Arbeit im Kiosk. ■

KONTAKT

Anja Rethmeier-Hanke, Klinikum Lippe,
anja.rethmeier-hanke@klinikum-lippe.de
www.gesundheitskiosk-hoerstmar.de

Aus den Kommunen



ENZKREIS

ENZKREIS 202.536 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 2012

Weinberge im Enzkreis © Bild: Jens Wegener

Die Kindergesundheitswochen 2022

Gesund aufwachsen – FÜR ALLE!

Die Lebensbedingungen und Lebensweisen von Kindern hängen stark von der sozioökonomischen Lage der Eltern ab. Fehlt den Kindern zum Beispiel aufgrund von geringem Einkommen, Bildung oder Integrationsschwierigkeiten der Eltern der Zugang zum Gesundheits-, Sozial- und Bildungssystem, zu Gleichaltrigen, zu Spielplätzen oder zu Sport und Freizeitaktivitäten, so wirken sich diese Folgen oft ein Leben lang aus. Insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten sind darüber hinaus häufig gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt.

Um das Ausmaß der Kinderarmut darzustellen, wird häufig auf den SGB II-Bezug des Kindes, bzw. der Bedarfsgemeinschaft, in welcher ein Kind heranwächst, zurückgegriffen. Im Jahr 2021 lag der Anteil der Kinder und Jugendlichen

(unter 15 Jahren) in Baden-Württemberg, welche selbst oder durch ihre Bedarfsgemeinschaft Sozialleistungen in Form von SGB II bezogen, bei 7,3 %. 2021 lebten in Pforzheim 17,2% aller Kinder (unter 15

Jahren) in Bedarfsgemeinschaften mit SGB II-Bezug. Der Enzkreis lag im selben Jahr in Bezug auf die Kinderarmut unter dem Länderdurchschnitt (5,0 %). Besonders in einzelnen Städten und Gemeinden im Enzkreis sieht die Situation im Vergleich zum gesamten Kreis jedoch



prekärer aus: so zum Beispiel in Mühlacker (7,5 %) oder Neuenbürg (10,3 %).

Aufgrund der hohen Kinderarmutsraten in Pforzheim und einigen Enzkreisgemeinden hat sich die hiesige Kommunale Gesundheitskonferenz bereits im Herbst 2018 das Thema Kinderarmut auf die Agenda gesetzt und geplant, mehr für die gesundheitliche Chancengleichheit der Kinder in der Region zu tun. Daraus abgeleitet wurden die Kindergesundheitswochen 2022 (KGW), ein Netzwerkprojekt, welches vom Sachgebiet Gesundheitsförderung und Prävention des Gesundheitsamtes Enzkreis | Pforzheim initiiert und koordiniert wurde. Im Rahmen dessen haben sich 37 Institutionen, Organisationen, Vereine und andere Kooperationspartner*innen zusammengeschlossen, um Aktionswochen unter dem Motto „Gesund aufwachsen für alle!“ im Zeitraum von Juli bis November 2022 in der Region durchzuführen.

Die dabei angemeldeten 80 Aktionen adressierten die Zielgruppen Kinder, Eltern, Fachkräfte und weitere Interessierte aus der Region. Mit Themen wie Ernährung, Zahngesundheit, Bewegung, psychische Gesundheit, Resilienz, Stressmanagement, Erste Hilfe, Impfen, Medienkompetenz und weiteren wurde die Kindergesundheitswochen in all ihren Facetten beleuchtet. So vielfältig wie die Inhalte gestalteten sich auch die Veranstaltungsformate: Fachtage, Infovorträge, Mitmachangebote und Kursreihen mit einem Spektrum von Kleingruppen bis zu Großveranstaltungen wurden im Aktionszeitraum durchgeführt. Ein Großteil der Veranstaltungen zielte auf die Vermittlung von Wissen und von Gesundheits- und Alltagskompetenzen ab, einige fokussierten den Austausch und die Vernetzung, andere sollten zur Förderung der sozialen Teilhabe und zur Partizipation beitragen. Die KGW wurden durch unterschiedliche Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit beworben, um auf die Angebote sowie auf das Thema Kinderarmut/Kindergesundheitswochen aufmerksam zu machen. Eine wichtige Säule stellten die Kooperationspartner*innen dar, die als Multiplikator*innen den direkten Zugang zur Zielgruppe sicherten. Vulnerable Gruppen wurden laut Aussagen der Veranstaltenden bei rund 78% der Angebote erreicht.

Um die Sichtweise von Menschen mit Armutserfahrungen zu erfassen, wurden darüber hinaus Beteiligungsmaßnahmen initiiert. Während Erwachsene in einer Online-Umfrage Handlungsempfehlungen abgeben konnten, hatten die Kleineren z. B. die Möglichkeit, auf Beteiligungspostkarten anzugeben, in welchen Situationen es ihnen gut geht.



Beteiligungspostkarte im Rahmen der Kindergesundheitswochen,
© Bilder: www.grafik-fuers-volk.de

Mit den KGW sollten sowohl in der Bevölkerung als auch in der Lokalpolitik Aufmerksamkeit für das Thema Kinderarmut/Kindergesundheitswochen geschaffen, die Vernetzung zwischen den agierenden Organisationen und Institutionen ermöglicht und die Bemühungen zahlreicher Kooperationspartner*innen in diesem Bereich gebündelt werden. Um an diesem wichtigen Thema weiter zu arbeiten und die Kooperationen zu verstetigen, wurde mit dem vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration geförderten Präventionsnetzwerk Enzkreis (PNE) ein Folgeprojekt aufgesetzt, das im Herbst 2022 an den Start ging.

Mehr Infos zu den Kindergesundheitswochen 2022 und zum Präventionsnetzwerk Enzkreis finden Sie auf www.kindergesundheitswochen.de und im 2023 erscheinenden Projektbericht. ■

KONTAKT

Patricia Frick, Gesundheitsförderung und Prävention
Landratsamt Enzkreis – Stadt Pforzheim
Patricia.frick@enzkreis.de

Unterstützung zum Anhören – ein „Stärkzeugkasten“ (nicht nur) für Selbsthilfe-Engagierte

Die Wohnung aufräumen und nebenher etwas über gruppendynamische Prozesse erfahren? Bahn fahren und dabei lernen, was die Europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) für die digitale Kommunikation von Selbsthilfegruppen bedeutet? Fachliche Impulse rund um die Selbsthilfe in ein alltagstaugliches Format bringen – so lässt sich der Kern der Idee, als Selbsthilfekontaktstelle einen eigenen Podcast zu veröffentlichen, wohl am besten beschreiben.

Durch die veränderten Rahmenbedingungen für Fortbildungsangebote in der Zeit der Kontaktbeschränkungen nahm die Idee des Podcasts im Sommer 2020 ihren Anfang; erste Schritte waren thematische Recherchen („Podcasten“ – wie geht das überhaupt?) sowie die Vernetzung mit bereits Podcast-erfahrenen Kontaktstellen. Anfängliche Überlegungen, das Format vollständig in Eigenverantwortung zu produzieren, wurden bald wieder verworfen: Mit den Ressourcen als kleine Kontaktstelle schien dies nicht in der gewünschten Professionalität zu schaffen. Dank einer Projektförderung durch die AOK Baden-Württemberg konnte eine Agentur einbezogen werden, die sich seither um die technischen Aspekte der Aufnahme, Schnitt und Veröffentlichung kümmert. Es folgten die weitere konzeptionelle Ausarbeitung der Podcast-Idee, Logo-Design sowie die Namensfindung: ein „Stärkzeugkasten“ soll es werden. Die Idee: Im lockeren Gespräch mit



Titelbild Podcast „Stärkzeugkasten – Impulse für die Selbsthilfe“

einschlägigen Fachexperten typische Fragezeichen rund um das Engagement in Selbsthilfegruppen ausräumen.

Das Themenspektrum der Episoden spiegelt die Vielfalt eben dieser Fragezeichen wider: von Fragen „guter“ Kommunikation, über Selbstfürsorge und eigene Rollenfindung hin zu Öffentlichkeitsarbeit, Finanzierung und rechtlichen Aspekten der organisierten Selbsthilfe. Der **Podcast „Stärkzeugkasten – Impulse für die Selbsthilfe“** erscheint seit Juli 2021 in den gängigen Podcast-Apps.



© Bild: everything bagel/Shutterstock.com

Die Inhalte sind somit bundesweit verfügbar, die Themen zeitlos und viele weisen auch über den unmittelbaren Kontext der Selbsthilfe hinaus – damit sind sie potenziell auch für einen größeren Hörerkreis interessant und nicht auf die regionale Selbsthilfelandchaft begrenzt. Inzwischen freuen wir uns über ca. 250 regelmäßige Zuhörer.

Der ohnehin schon facettenreichen Aufgabe als Mitarbeitende in einer Selbsthilfekontaktstelle wurde so noch die Rolle eines „Podcast-Hosts“ hinzugefügt – zugegeben mit immer wieder Lampenfieber, aber auch großer Neugier und Freude an den interessanten Themen, Gesprächen und Begegnungen. Auf diese Weise entsteht quasi „nebenbei“ ein Netzwerk an regionalen und überregionalen Kontakten, die wiederum Ausgangspunkt sein können für weiteren Austausch und Kooperation.

Ein relevantes Thema finden, auf zentrale Fragestellungen verdichten, passende Gesprächspartner*innen finden, weiterführende Quellen und Links für die „Shownotes“ zusammenstellen – das alles findet rund um die eigentliche Aufnahme statt und der zeitliche Aufwand ist nicht unerheblich. Wenn sich die weiteren Aufgaben der Kontaktstelle zeitlich um eine Aufnahme herum verdichten, kann es schon mal hektisch werden. Aber der Spaß am Projekt gewinnt – ein zentraler Punkt dabei ist sicherlich, dass es sowohl kundenorientiert gedacht als eben auch intrinsisch motiviert ist. Gern würde ich dies auch als Fazit des Beitrags herausstellen und ermutigen, sich auch als kleine Selbsthilfekontaktstelle an Projekte heranzutrauen.

GERN WÜRDTE ICH DIES AUCH ALS FAZIT DES BEITRAGS HERAUSSTELLEN UND ERMUTIGEN, SICH AUCH ALS KLEINE SELBSTHILFEKONTAKTSTELLE AN PROJEKTE HERANZUTRAUEN.

Der Weg zur Projektidee sollte dabei idealerweise dem „inneren Kompass“ folgen: Welchen Bedarf sehe ich derzeit und wie könnte „mein“ Beitrag zur Unterstützung aussehen? Was macht mir Freude, worin bin ich gut? Und mit wem könnte und möchte ich mich dafür zusammen-tun? So kann ein Momentum entstehen, welches auch in herausfordernderen Projektphasen trägt. ■

KONTAKT

Andrea Tese

Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe/
Selbsthilfegruppen (KISS)

c/o Gesundheitsamt

07231 308-9199

kiss@enzkreis.de

www.enzkreis.de/selbsthilfe

MÜNCHEN



MÜNCHEN 1.512.491 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 1989

© Bild: pixabay, Duernsteiner

„Hands up 4 your future – Mach dich fit für dein Leben!“

Ein stadtteilorientiertes Programm zur Kinder- und Jugendgesundheitsförderung in München

Die Themenbereiche gesunde Ernährung, ausreichende Bewegung und seelische Gesundheit waren bei vielen Heranwachsenden schon vor der Coronakrise oftmals eine Herausforderung und wurden angesichts der schwierigen Situation für Kinder und Jugendliche während der Pandemie noch nachdrücklicher in den Fokus gerückt. Besonders ein erhöhter Medienkonsum, aber auch unausgewogene Ernährung und seelische Belastungen sind Themen, die vermehrt von Fachkräften angesprochen werden. Probleme zeigen sich ebenfalls beim sozialen Miteinander. Durch die zum Teil monatelange Isolation konn-

ten die Kinder lange Zeit zu wenige Erfahrungen machen. Die Sozialkompetenz hat dadurch spürbar abgenommen. Dementsprechend berichten viele Fachkräfte und Pädagog*innen von Spannungen im Klassenzimmer und Mobbing Erfahrungen. Dies wiederum führt bei den Schüler*innen, aber auch bei den Lehrer*innen und Erzieher*innen zu Stress und seelischer Belastung.

Bereits seit 2020 nimmt sich das Konzept „Hands up 4 your future – Mach dich fit für dein Leben!“ dieser Themen an und unterstützt Fachkräfte im Stadtbezirk

Feldmoching-Hasenberg! dabei, das richtige Angebot für den jeweiligen Bedarf zu finden. Das Konzept wurde vom Gesundheitsreferat der Landeshauptstadt München gemeinsam mit Lilalu Bildungsprogramme – einem Sachgebiet der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. – entwickelt.

Ziel des Angebots für ältere Kinder und Jugendliche ist es, die Heranwachsenden in ihrer Lebenswelt nachhaltig für eine gesunde Lebensweise zu begeistern. Eine Verknüpfung der Inhalte mit den Themen Medienbewusstsein und Medienkompetenz sensibilisiert zudem für einen bewussten und sinnvollen Umgang mit digitalen Medien.

Die Bausteine des Konzepts gliedern sich in folgende Themenbereiche und können einzeln oder als Paket gebucht werden:

- Respect yourself: Körper & Bewusstsein
- Move ya: Bewegung & Selbstwirksamkeit
- Take care: Gesundheit & Entspannung
- Taste it: Kochen & Entdecken

In den verschiedenen Kursmodulen erhalten die Kinder und Jugendlichen Informationen und Tipps zu den Themenbereichen und entwickeln gemeinsam Handlungsstrategien, wie eine gesunde Lebensweise in den Alltag integriert werden kann. In altersgerecht konzipierten Workshops werden die Kinder und Jugendlichen zu körperlichen Veränderungen aufgeklärt, bereiten mit professioneller Unterstützung eigenständig gesunde und nachhaltige Gerichte zu, bekommen Hilfestellungen, wie sie in kritischen Situationen reagieren können und entwickeln Strategien zum Umgang mit Stress und seelischem Druck. All diese Themen und Impulse stärken die Resilienz der Kinder und Jugendlichen, die neue Ressourcen erschließen und nutzen können. Ein besonderer Vorteil des Angebots liegt auch darin, dass durch den direkten Austausch mit den zuständigen Fachkräften die Inhalte je nach Situation und Erfahrungen individuell an die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen angepasst werden können. Für eine strukturelle Verankerung und zur Verbesserung der Nachhaltigkeit werden zusätzlich Multiplikator*innen für die Umsetzung der Bausteine im Freizeit- oder Familien-setting miteinbezogen.



„Taste it“ (Gesundes Kochen), „Move ya“ (Selbstbehauptung und Freude an Bewegung), © Bilder: Bernadette Hülsmann/Lilalu – die Johanniter

Die Projektträgerin ist inzwischen bei Freizeiteinrichtungen und Schulen, aber auch Wohnunterkünften und anderen sozialen Einrichtungen neben der Gesundheitsmanagerin in Feldmoching-Hasenberg! feste Ansprechpartnerin. Wenn das Gesundheitsmanagement ab dem Sommer 2023 in den Stadtbezirk Milbertshofen – Am Hart weiterzieht, wird das Team des Gesundheits Treffs Hasenberg!, einer Außenstelle des Gesundheitsreferates, die Projektträgerin auch weiterhin bei der Umsetzung in Feldmoching-Hasenberg! unterstützen. Die Finanzierung ist bis auf Weiteres über städtische Zuschüsse gewährleistet.

Die starke Nachfrage nach den Modulen in Feldmoching-Hasenberg! in den letzten Monaten hat verdeutlicht, dass bei den Schulen und Einrichtungen ein großer Bedarf an Angeboten besteht, welche die Kinder und Jugendlichen, insbesondere nach den starken Herausforderungen durch die Corona Pandemie, bei der

Die starke Nachfrage nach den Modulen in Feldmoching-Hasenberg in den letzten Monaten hat verdeutlicht, dass bei den Schulen und Einrichtungen ein großer Bedarf an Angeboten besteht, welche die Kinder und Jugendlichen, insbesondere nach den starken Herausforderungen durch die Corona Pandemie, bei der Bewältigung ihrer Entwicklungsaufgaben unterstützen.

Bewältigung ihrer Entwicklungsaufgaben unterstützen. Es hat sich auch gezeigt, dass die Teilnehmer*innen großes Interesse haben und offen für neue Lern- und Lehrmethoden sind. Die spielerische und erfahrungsorientierte Umsetzung der Inhalte ermöglicht den Kindern und Jugendlichen, mit allen Sinnen zu lernen und so individuelle Handlungsstrategien für ihren Lebensalltag abzuleiten.

Die in dieser Pilotphase erprobten und weiterentwickelten Workshops sollen nun schrittweise auch auf andere Stadtbezirke ausgeweitet werden, in denen ein Gesundheitsmanagement im Rahmen des Projekts „München gesund vor Ort“ aktiv ist oder sich ein GesundheitsTreff befindet.

„Hands up 4 your future – mach dich fit für Dein Leben!“ wurde im Rahmen des von der AOK-Bayern – Die Gesundheitskasse geförderten Projekts München – gesund vor Ort entwickelt und wird nun durch das Gesundheitsreferat gefördert. ■

KONTAKT

Christina Schub

Landeshauptstadt München, Gesundheitsreferat

Geschäftsbereich Gesundheitsplanung

Abteilung Stadtteilgesundheit

München gesund vor Ort, Präventionsgesetz,

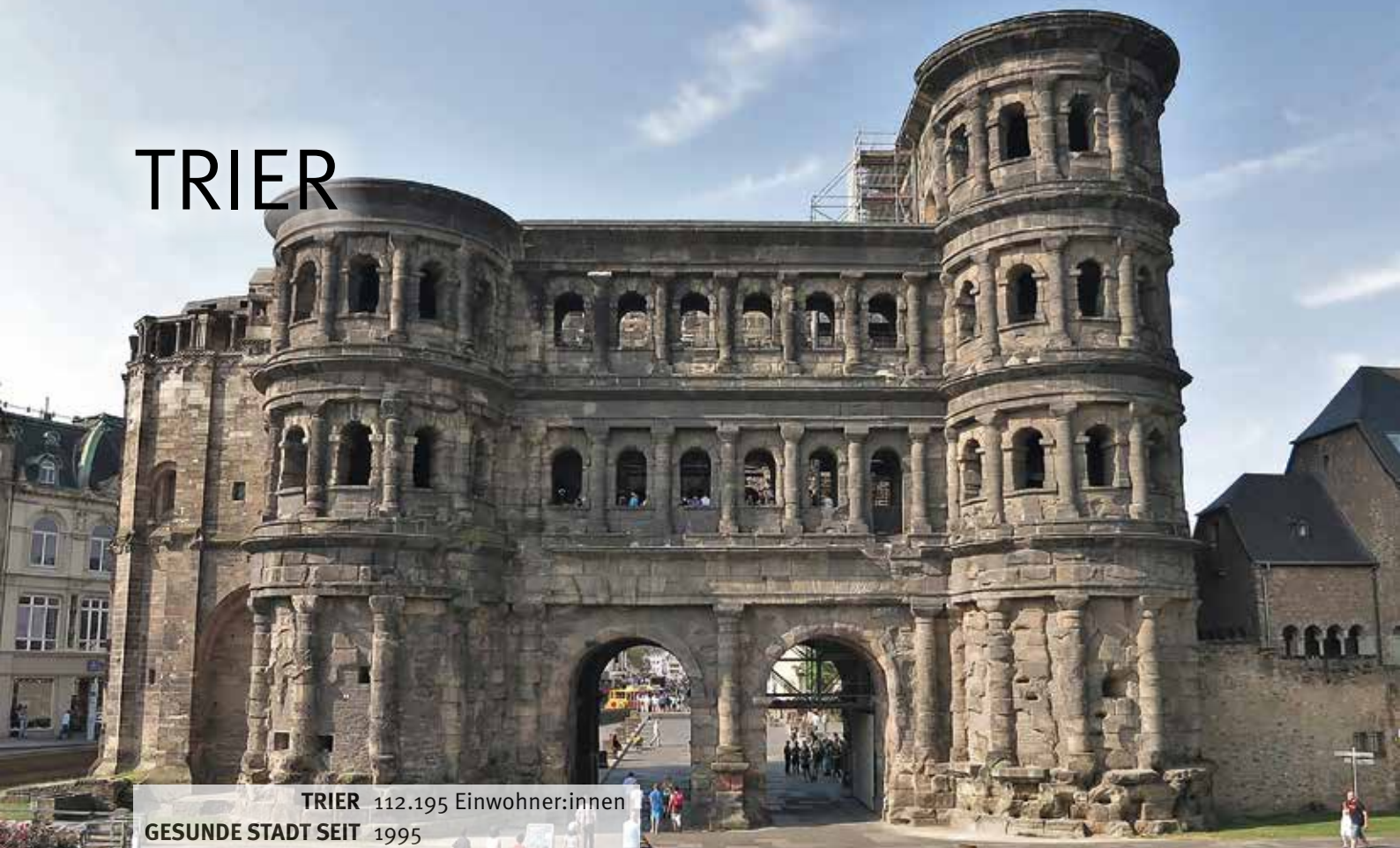
GSR-GP-STG2

stg2.gsr@muenchen.de

089 233-47929



TRIER



TRIER 112.195 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 1995

© Bild: pixabay, estrella-ontour

Impuls Trier – Stadt und Quartier in Bewegung

Bewegung ist gesund – das wissen die meisten Menschen, und trotzdem spielt Bewegung in Alltag und Freizeit vieler eine immer geringere Rolle. So auch in Trier, in einer Stadt, die im Stadtgebiet und im Umfeld sehr schöne Möglichkeiten bietet, sich in Naturräumen zu bewegen.

Wie kann es auf kommunaler Ebene gelingen, Menschen in Bewegung zu bringen? Welche Angebote wünschen sich die Menschen in den Quartieren? Was kann motivieren, sich in Bewegung zu setzen?

Mit diesen Fragen haben sich 2017 die Gesundheitsförderung der Stadt Trier, das Haus der Gesundheit Trier/Trier-Saargurg e.V. und die Europäische Akademie des rheinlandpfälzischen Sports e.V. beschäftigt und das Projekt Impuls Trier – Stadt in Bewegung auf den Weg gebracht.

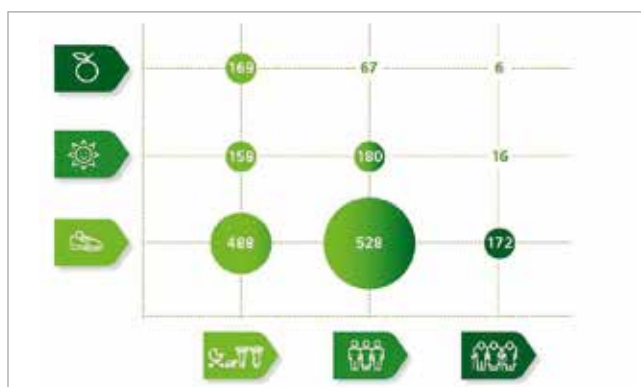
Möglich war dies, da das Gesunde Städte-Netzwerk eine Kooperation mit der Techniker Krankenkasse initiiert hatte, in deren Rahmen ein Programm zur Förderung und inhaltlichen Begleitung von kommunalen Präventionsprojekten aufgelegt wurde. Die Stadt Trier beantragte eine Förderung innerhalb dieses Programms und nachdem der Antrag positiv beschieden worden war, konnte es losgehen.

Für die Projektgruppe war es sehr wichtig, zu einem frühen Projektzeitpunkt **konkrete Maßnahmen** anbieten zu können, das heißt, Menschen direkt in Bewegung zu bringen und die Bewegungsförderung unmittelbar sichtbar und erlebbar zu machen. Die Planung dieser Angebote wurde kleinteilig vor Ort organisiert, zum Beispiel gemeinsam mit der Gemeinwesenarbeit oder den Kinder- und Jugendzentren. Bei sämtlichen Angeboten wurde

auf Niedrigschwelligkeit geachtet, sie erfüllen die folgenden Kriterien: für alle, frei zugänglich, ohne Anmeldung, ohne Gebühren, Einstieg jederzeit möglich, mit qualifizierter Begleitung.

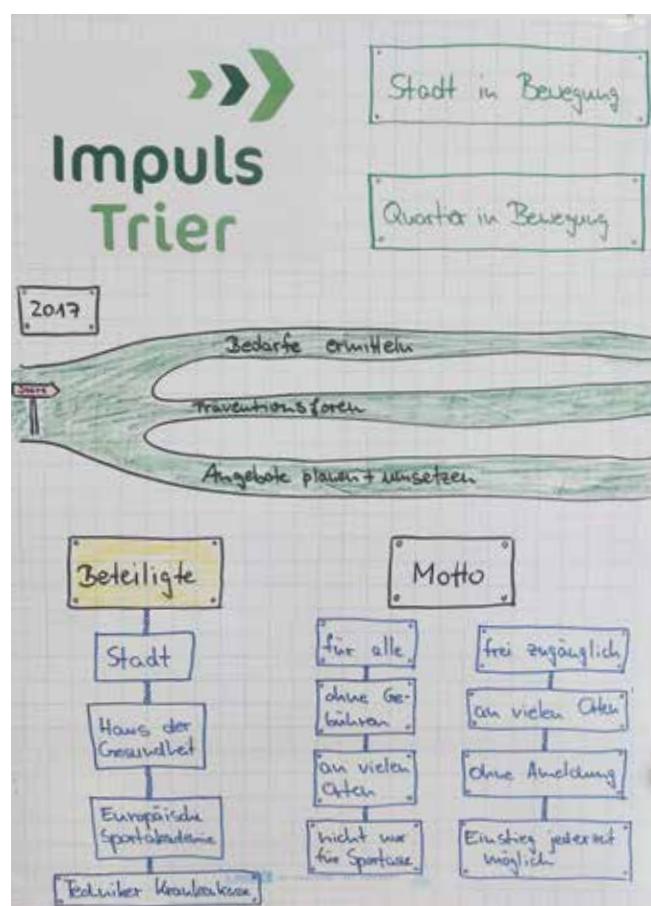
Um gleichzeitig gezielt das anzubieten, was am meisten in der Stadt fehlt, wurde neben der partizipativen Maßnahmenentwicklung eine **Bedarfsabfrage und Analyse** gemacht. Hierbei wurden die Handlungsfelder Ernährung, Bewegung und psychisches Wohlbefinden betrachtet und auf die Lebensphasen Kindheit/Jugend, mittleres Erwachsenenalter und hohes Erwachsenenalter bezogen.

Mit Hilfe der Auswertung von Homepages und Interviews mit verschiedenen Einrichtungen konnte ein umfassendes Bild der Angebotsstruktur in der Gesamtstadt sowie in den einzelnen Stadtteilen gezeichnet werden und es gab damit – neben der Zielgruppenbefragung vor Ort – weitere Anhaltspunkte, an welcher Stelle welche Gesundheitsförderungsangebote sinnvoll wären.



Anzahl der Angebote je Handlungsfeld

Außer der kontinuierlichen Entwicklung weiterer Bewegungsangebote wurde mit der Durchführung von **Präventionsforen** zu den Handlungsfeldern Ernährung, Bewegung und psychisches Wohlbefinden versucht, sowohl einen fachlichen Dialog zu Gesundheitsthemen als auch einen politischen Diskurs zur kommunalen Gesundheitsförderung zu initiieren. Während der Projektlaufzeit bis 2022 wurden drei Präventionsforen organisiert und über 20 Bewegungsangebote in den Stadtteilen aufgelegt.



Ausstellungsplakat zum kommunalen Bewegungsgipfel am 29.6.2023 in Trier

Die Angebote werden mittels Printflyer und über digitale Medien beworben und durch die Nutzenden selbst, die für das Angebot, das sie selbst mit entwickelt haben, in ihrem Bekanntenkreis werben. Auf der Homepage zum Projekt impuls.hdg-trier.de gibt es einen Veranstaltungskalender mit den Impulsangeboten und Angeboten der Vereine. An den Angeboten nehmen meist 5-8 Personen teil, halbjährlich werden die Teilnehmenden zu ihrem Bewegungsverhalten befragt. Der weit überwiegende Teil der Befragten teilt hierbei mit, dass er oder sie sich seit der Teilnahme an Impulsangeboten im Alltag häufiger als vorher bewegt. Zum Ende der Projektlaufzeit 2022 stellte sich die Frage, wie es gelingen kann, die mit Impuls Trier – Stadt in Bewegung aufgebauten Strukturen beim Wegfall der Förderung durch die Techniker Krankenkasse aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Obwohl es durch das Projekt gelungen ist, zusätzliche Ressourcen für die Bewegungsförderung zu mobilisieren, z. B. durch das Engagement von Sportvereinen, war klar, dass die Angebote ohne eine Folgeförderung nicht aufrechtzuerhalten waren, da die Kommune aufgrund ihrer prekären Haushaltslage die Finanzierung nicht übernehmen konnte. An dieser Stelle



© Bilder: Stadt Trier

ergab sich die Chance, sich als Modellkommune beim Forschungs-Projekt VERBUND zu bewerben und in diesem Zusammenhang eine weitere Förderung durch das GKV Bündnis¹ zu erhalten.

Beide Anträge der Stadt wurden positiv beschieden, so dass das Bewegungsprojekt mit neuem Schwerpunkt weitergeführt werden kann und gleichzeitig wissenschaftlich begleitet wird. Mit der Fortführung des Projektes wurden die Planungs- und Steuerungsstrukturen entsprechend dem KOMBINE-Ansatz auf eine breitere Basis gestellt. Mit Begleitung der Universität Nürnberg-Erlangen kümmern sich nun – neben dem Kernteam – eine Kooperative Planungsgruppe mit Unterarbeitsgruppen und eine ämterübergreifende Steuerungsgruppe um den Fortgang des Projektes.

Die **partizipative Angebotsplanung** spielt hierbei eine noch größere Rolle als zu Anfang des Projektes. Hierzu wird in den Schwerpunktquartieren gemeinsam mit den Menschen vor Ort ein kontinuierlicher Planungs- und Umsetzungsprozess organisiert. Mit den dargestellten und weiteren Maßnahmen gelingt es Schritt für Schritt die Kommune bewegungsfreundlicher zu gestalten. Wesentliche Faktoren für die erfolgreiche Bewegungsförderung sind hierbei die Einbindung aller Bevölkerungsgruppen, ein quartiersbezogener Ansatz und die Verankerung auf politischer Ebene, zum Beispiel in den Ortsbeiräten.

Sichtbare Bewegungsförderung hat Strahlkraft und führt zusammen mit guter Vernetzungsarbeit und der Möglichkeit, Ressourcen zur Verfügung zu stellen, zu Ideen, die über das ursprüngliche Bewegungsförderungskonzept hinausgehen. So konnte in Trier beispielsweise durch Impuls Trier die Einführung Temporärer Spielstraßen durch die Sozialplanung unterstützt werden, indem an diesen Veranstaltungen Impuls-Bewegungsangebote gemacht wurden.

Für die Stadt Trier war der Ansatz, bei der Bewegungsförderung mit kleinen Maßnahmen zu beginnen, ein guter Weg. Auch wenn die Forderung nach Verantwortungsübernahme im Bereich Gesundheitsförderung auf hoher politischer Ebene richtig ist, geraten verschuldete Kommunen schnell an ihre Grenzen. Dennoch zeigt sich, dass mit der Nutzung bestehender Strukturen und der Einwerbung von Projektmitteln gemeinsam mit bürgerschaftlichem Engagement eine Menge zu bewegen ist, im besten Sinne des Wortes. ■

KONTAKT

Bettina Mann, Abteilungsleitung, Jugendamt Trier
bettina.mann@trier.de

¹ Projekt im Rahmen des Kommunalen Förderprogramms: Zielgruppenspezifische Interventionen; gefördert von den Krankenkassen/Krankenkassenverbänden des Landes Rheinland-Pfalz nach § 20a SGB V im Rahmen ihrer Aufgaben zur Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten.

KREIS LIPPE



© Bild: pixabay, AnnaER

Lotsenprojekt für Kinder- und
Jugendarztpraxen, gynäkologische Arztpraxen und Zahnarztpraxen –

„Beratungs- und Informations- Dienst“ (BID) im Kreis Lippe

Im Rahmen des Landesprogrammes „Kinderstark – NRW schafft Chancen“ ist das Projekt „Beratungs- und InformationsDienst“ (BID) in Kinder- und Jugendarztpraxen, gynäkologischen Arztpraxen und Zahnarztpraxen im Jahre 2021 erfolgreich in vier Arztpraxen mit vier Lotsinnen an den Start gegangen.

Vorrangiges Ziel des Angebotes ist es, frühzeitig und niederschwellig Familien zu erreichen, bei denen aus der Sicht der Ärztinnen und Ärzte ein Beratungsbedarf besteht, der über unmittelbare medizinische Belange hinausgeht und nicht selbst von ihnen weiterverfolgt werden

kann. Damit soll auch den Zielsetzungen der kommunalen Präventionsketten und dem Zukunftskonzept 2025 des Kreises Lippe Rechnung getragen werden, um ein gelingendes Aufwachsen nach Fähigkeiten, Neigungen und Interessen der Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen.

Hierbei werden besonders Kommunen des Kreises Lippe berücksichtigt, in denen überdurchschnittlich viele Kinder aus Familien mit Sozialleistungsbezug leben. Im Jahr 2022 sind zu dem Angebot weitere zwei Arztpraxen und zwei Lotsinnen dazu gekommen, eine weitere Ausweitung ist im Jahr 2023 vorgesehen. Außerdem wurde im Jahr

2022 mit den Planungen für den Einsatz der Lotsinnen im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen begonnen. Ab dem Jahr 2023 sollen die Eltern der angehenden Schulkinder von den Lotsinnen bei Bedarf intensiv mit der Zielsetzung beraten werden, den Kindern einen bestmöglichen Start ins Schulleben zu ermöglichen.

Der „Beratungs- und InformationsDienst“ (BID) in Arztpraxen ist ein niederschwelliges präventives Angebot, das unterstützende Hilfen in unterschiedlichen Lebenslagen für Familien bietet.

Wie läuft eine Beratung ab?

Geschulte Diplom-Sozialarbeiterinnen, Sozialarbeiter oder medizinische Fachangestellte ermitteln als Lotsinnen im persönlichen Gespräch mit den Eltern den Bedarf. Anschließend vermitteln die Lotsinnen den Eltern einen Kontakt zu der richtigen Anlaufstelle oder dem passenden Angebot im Kreis Lippe. Zu jedem Themenbereich gibt es eine Vielzahl von Einrichtungen und Angeboten für Familien: Schwangerschaft und Geburt, medizinische Vorsorge und Gesundheitsförderung, Frühe Hilfen, Familienbildung, Kinderbetreuung, Elternberatungsstellen und finanzielle Hilfen, um nur einige Beispiele zu benennen.

Voraussetzung für den Einsatz einer Lotsin ist es, einen Beratungsraum direkt in der Praxis, für ein- bis zweimal im Monat, für zwei Stunden, zur Verfügung zu stellen. Die Ärztin oder der Arzt empfiehlt bei Bedarf ihren bzw. seinen Patienten*innen eine weiterführende Beratung bei der Lotsin. Die medizinische Fachangestellte vereinbart dann einen Termin bei der Lotsin. Bei den Lotsinnen handelt es sich um Honorarkräfte. Das Honorar wird aus dem Förderprogramm „Kinderstark – NRW schafft Chancen“ und dem Kreis Lippe finanziert. Die Honorarkräfte sind eingebunden in das Netzwerk „Familienfreundlicher Kreis – Frühe Hilfen“ Fachgebiet Kinderschutz, Beratung und Prävention unter der Leitung von Fachgebietsleitung Ute Küstermann im Jugendamt des Kreises Lippe. Für die Lotsinnen und für die medizinischen Fachangestellten der Arztpraxen werden regelmäßig Fortbildungen angeboten. Ebenso erfolgt eine Kollegiale Beratung der Lotsinnen. Die Gesamtkoordination des Projektes und der



Bild von Links: Ute Küstermann (Teamleitung Familienfreundlicher Kreis – Kinderschutz), Margit Monika Hahn (Koordinierungsstelle „kommunale Präventionsketten“ des Kreises Lippe), Petra Wichert (Lotsin), Angelika Wünnkerke (Lotsin), Ina Klein (Lotsin), Ulrike Quakernack-Dielitzsch (Lotsin), © Bild: Kreis Lippe

Schulungen erfolgt durch die Projektkoordination Margit Monika Hahn Koordinierungsstelle kommunale Präventionsketten des Kreises Lippe.

Durch die erfolgreiche und innovative Zusammenarbeit von Kreisjugendamt, Gesundheitsamt und Arztpraxen im Kreis Lippe wurde ein neuartiges Angebot konzipiert, das Familien frühzeitig erreicht und gemeinsam eine passgenaue Beratung im Sinne der Kinder nach ihren individuellen Bedürfnissen erzielt. Damit wird eine Lücke in den kommunalen Präventionsketten geschlossen und Familien und deren Kindern werden nachhaltig und dauerhaft gestärkt. ■

KONTAKT

Margit Monika Hahn,
Koordinierungsstelle „Kommunale Präventionsketten“
Kreis Lippe und „Kinderstark – NRW schafft Chancen“,
Fachgebiet Kinderschutz, Beratung und Prävention,
Team „Familienfreundlicher Kreis – Frühe Hilfen“
Jugendamt Kreis Lippe
05231 62 4280
m.hahn@kreis-lippe.de

Homepage
Kreis Lippe



Homepage „Kinderstark –
NRW schafft Chancen“



HÖCHSTADT A.D. AISCH



© Bild: Sina Ettmer Photography/Shutterstock.com

„Flinke Liese“ macht Senioren mobil

Unser Höchststadt ist eine Kleinstadt im fränkischen Aischgrund. Einschließlich der Bevölkerung in den 23 Ortsteilen zählt die Kommune knapp 13.600 Einwohner*innen. Den entferntesten Ortsteil trennen 12,3 km vom Ortskern Höchststadt, während der am nächsten gelegene Stadtteil bereits mit Höchststadt verwachsen ist. Fast alle Ortsteile haben eines gemeinsam: Die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel ist schlecht oder gar nicht vorhanden.

Damit die älteren Bürger*innen aus den Ortsteilen und von Höchststadt selbst, die nicht mehr mit dem eigenen Fahrzeug mobil sind, die Möglichkeit haben, an der Infrastruktur und am öffentlichen Leben in Höchststadt teilzunehmen, machte sich die Stadtführung schon vor Jahren Gedanken über diese Problematik. Aus diesem Grund

sollte für die Beförderung von Senioren*innen und in ihrer Mobilität eingeschränkten Bürger*innen eine Art Shuttlebus angeschafft werden, der von Ehrenamtlichen gelenkt werden kann.

Die Anforderungen an dieses Fahrzeug waren hoch. Es sollte mehreren Personen Platz bieten, auch für den Transport von Rollstuhlnutzern geeignet sein, einen Elektroantrieb haben und mit einer „normalen“ Fahrerlaubnis gefahren werden können. Nach längerer Suche hat sich die Stadtführung Ende 2017 für einen Elektrobus mit 7 Sitzen und extra niedrigem Einstieg entschieden, der nach Anschaffung dann noch mit einer Rampe für Rollstühle versehen wurde. Sowohl die Anschaffung, als auch die laufende Unterhaltung wurde/werden aus Geldern zweier

unterschiedlicher Stiftungen finanziert. Die Reichweite des Elektrobusses ist nach Wetterlage unterschiedlich und liegt mit einer Ladung bei maximal 130 Kilometern im Sommer.

Die Fahrten sind mindestens einen Tag im Voraus telefonisch anzumelden und **kostenfrei**.

Ein Pool von Ehrenamtlichen, die bereit waren den Kleinbus für den Zweck der Seniorenbeförderung zu lenken, fand sich auch. Diese Fahrer erhielten damals vom Leiter des hiesigen BRK-Wohn- und Pflegeheimes eine Grundeinweisung für den Transport von Rollstuhlnutzern. Hierzu werden nämlich die zwei Sitze in der letzten Reihe zur Seite geklappt und eine Rampe ausgefahren, über die der Rollstuhlfahrer ins Auto geschoben wird. Sowohl der Rollstuhl als auch dessen Fahrer werden mit extra verbauten Gurten fixiert. Die „Flinke Liese“, wie das Fahrzeug getauft wurde, ist seitdem im Dauereinsatz.



© Bild: Stadt Höchstadt

Anfangs wurde das Angebot nur mäßig angenommen und mit ein bis zwei Fahrten pro Tag, maximal zehn Fahrten pro Woche, war noch viel Luft nach oben. Aber die Bewerbung in jeder Ausgabe des Amtsblattes der Stadt und nicht zuletzt die Mund-zu-Mund-Propaganda haben dazu beigetragen, dass das Fahrzeug jetzt an der Belastungsgrenze der möglichen Fahrten liegt. Im Sommer können mit einer Akku-Ladung, je nach Fahrtlänge bis zu 13/14 Personen

transportiert werden, die nicht nur zum Ziel gebracht werden wollen, sondern auch wieder zurück. Die Klientel besteht größtenteils aus der Personengruppe 60+ und die gewünschten Ziele sind überwiegend Arzt- und Physiotherapie-Praxen, Apotheken, Fußpflege, Frisör und Einkaufsmärkte. Seit Corona ist man dazu übergegangen, nur noch eine Person, gegebenenfalls mit erforderlicher Begleitperson oder mehrere Personen aus demselben Haushalt, zu transportieren. Die Fahrten sind mindestens einen Tag im Voraus telefonisch anzumelden und **kostenfrei**.

Seit Start der „Flinken Liese“ haben ca. 250 verschiedene Personen den Service genutzt und es kommen immer mehr neue Fahrgäste hinzu. Mittlerweile ist die Nachfrage sogar oft größer als das mögliche Angebot. Die „Flinke Liese“ wurde ein Erfolgsmodell, auf das die Stadtführung von Höchstadt sehr stolz ist. ■

KONTAKT

Andrea Schütz
Netzwerk für Sport und Gesundheit
andrea.schuetz@hoechstadt.de

BAD HONNEF



BAD HONNEF 26.061 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 2019

© Bild: pixabay, 5443882

Impfen und Krebs – Interaktive Ausstellung mit Impfen gegen Krebs

Interaktive Ausstellung im Rathausfoyer

Bürgermeister Otto Neuhoﬀ und Gleichstellungsbeauftragte Iris Schwarz eröffneten die Ausstellung „Impfen gegen Krebs“ im Rathausfoyer. Seit Montag, den 9. Januar und noch bis einschließlich Dienstag, den 31. Januar 2023 zeigen die Stiftung Deutsche Krebshilfe und die Stadt Bad Honnef im Foyer des Rathauses Bad Honnef ein interaktives Ausstellungsmodul zum Thema „Impfen gegen Krebs“. Das Modul wurde von der Deutschen Krebshilfe anlässlich der Krebspräventionswoche 2021 mit weiteren Partnern entwickelt und seither tourt es durch Deutschland.

„Impfen schützt“, fasst Bürgermeister Otto Neuhoﬀ die Kernbotschaft der Ausstellung zusammen:

„Viele von uns haben sich im Zusammenhang mit der Coronapandemie erstmals bewusst mit der Wirkung und der Wichtigkeit von Schutzimpfungen auseinandergesetzt. Was für das Coronavirus gilt, gilt auch für viele andere Infektionskrankheiten, die über ganz unterschiedliche Viren übertragen werden. Impfungen schützen vor Infektionen und deren Folgen. Und die Folgen einer Infektion mit humanen Papillomaviren (HPV) können gravierend sein. Während die eigentliche Infektion oft sogar symptomlos verläuft, können als Spätfolge verschiedene Tumorarten entstehen. So wird das Zervixkarzinom bei Frauen in nahezu 100 Prozent der Fälle durch humane Papillomaviren verursacht.“

Jährlich erkranken nach Informationen des Robert-Koch-Instituts (RKI) etwa 6.250 Frauen und 1.600 Männer an Karzinomen, die durch humane Papillomaviren bedingt sind. Von den Neuerkrankungen bei Frauen entfallen etwa 4.600 Fälle auf das Zervixkarzinom (Gebärmutterhalskrebs). Pro Jahr versterben etwa 1.500 bis 1.600 Frauen daran. Daher empfiehlt das Robert-Koch-Institut (RKI) eine Impfung ab dem Alter von 9 Jahren und idealerweise bis zum 14. Lebensjahr durchzuführen oder bis zum 17. Lebensjahr nachzuholen.

DIE DEUTSCHE KREBSHILFE VERLEIHT DIE AUSSTELLUNG MIETFREI.

Anhand von Modellen, Schaubildern und spielerischen Aufgaben informiert die interaktive Ausstellung über die Gefahren einer Infektion mit humanen Papillomaviren. „Themen der Infektionskrankheiten und der Sexualität sind den Menschen oft unangenehm, dafür in der Prävention umso wichtiger. So verbinden die meisten Men-

schen eine Impfung gegen HPV nur mit einer Prävention gegen Gebärmutterhalskrebs. Dass aber die Genitalbereiche beider Geschlechter betroffen sein können und die Impfung deshalb auch für Jungen wichtig ist, ist Vielen nicht bewusst“, betont Iris Schwarz, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bad Honnef. Sie hat die interaktive Ausstellung nach Bad Honnef geholt und ermuntert Eltern, Jugendliche und pädagogisches Personal, das kostenlose Informationsangebot zu nutzen: Die vier Spielflächen informieren interaktiv, wie Impfungen funktionieren, was humane Papillomaviren (HPV) sind und wer sich gegen HPV impfen lassen sollte. Zudem gibt es Informationsbroschüren zum Mitnehmen.

Wichtig zu wissen:

Die Deutsche Krebshilfe verleiht die Ausstellung mietfrei. Es fallen aber Kosten für den Transport und den Aufbau an. ■

KONTAKT

Iris Schwarz

Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bad Honnef
iris.schwarz@bad-honnef.de



Gleichstellungsbeauftragte Iris Schwarz und Bürgermeister Otto Neuhoof vor dem interaktiven Ausstellungsmodul der Deutschen Krebshilfe © Bild: Stadt Bad Honnef

DARMSTADT

DARMSTADT 162.243 Einwohner:innen
GESUNDE STADT SEIT 2009

© Bild: pixabay, lapping

Bewegungsförderung im Quartier

Einführung von Bewegungstonnen

„**Alles ist Bewegung, Bewegung ist Leben**“ so lautet ein Zitat von Leonardo da Vinci aus dem Jahre 1805. Denn schon damals wusste man die Bedeutung der Bewegung einzuschätzen. Als zentrales Handlungsfeld stellt sie einen der Grundpfeiler im Bereich Gesundheitsförderung dar.

Um die Bewegungsförderung in den Quartieren zu unterstützen und leichte Zugänge zu Bewegung zu ermöglichen, hat die Wissenschaftsstadt Darmstadt sogenannte „Bewegungstonnen“ in Anlehnung an das Projekt Gut geht's (Frankfurt) konzipiert. Das Projekt entstand vor dem Hintergrund der anhaltenden pandemischen Lage

und dem daraus resultierenden Bewegungsmangel in allen Altersgruppen. Die Bewegungstonnen beinhalten eine bunte Mischung an Equipment, beispielsweise Tischtennissets, Bälle, Springseile oder auch Ausrüstung für Trendsportarten, die kostenfrei von Bürger*innen genutzt werden können. Aus Mitteln des kommunalen Corona-Aufholfonds der Wissenschaftsstadt Darmstadt konnte das Projekt 2022 durch die Koordination Gesunde Stadt angestoßen und realisiert werden.

„Durch das Projekt wird in Stadtteilen und Quartieren die Voraussetzung geschaffen, niedrigschwellige, kostenfreie und zielgruppenübergreifende Bewegungsangebote dezentral anzubieten. Unser Ziel ist es, das Interesse an Bewegung bei den Bürger*innen zu wecken und zugleich das soziale Miteinander in den Quartieren durch gemein-



schaftliche Bewegungsanreize zu fördern. Dieses Ziel konnten wir schlussendlich auch erreichen.“, so Bürgermeisterin und Sozialdezernentin Barbara Akdeniz. Die gesamte Projektlaufzeit erstreckte sich von Januar 2022 – April 2023. In dieser Zeit haben insgesamt 8 Bewegungstonnen ihren Weg in die Quartiere gefunden. Seither erfreuen sich die Bürger*innen sowie die Akteur*innen vor Ort an den individuell abgestimmten Tonneninhalten.

„Durch die Heterogenität jedes Standortes habe ich mich dazu entschieden, die Tonnen individuell auf die Bedürfnisse und Bedarfe, gemeinsam mit den Ansprechpartner*innen vor Ort, abzustimmen. Dieses Vorgehen hat zwar einige Zeit in Anspruch genommen, so haben wir jedoch die unterschiedlichsten Tonnen zusammenstellen können, welche die Vielfalt der Stadtteile noch einmal abbilden. Der persönliche „Bringservice“ der Bewegungstonnen an die Standorte wurde ebenso sehr positiv aufgefasst“, so Judith Windmüller (Koordination Gesunde Stadt).

Die Einführung der Bewegungstonnen fand ein breites Interesse im Stadtgebiet als auch über die Grenzen Darmstadts hinaus. Durch ihre flexiblen und vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten können die Standorte diese in



v.l.n.r. Judith Windmüller (Koordination Gesunde Stadt); Barbara Akdeniz (Bürgermeisterin und Sozialdezernentin); Hanna Ledwon (Gemeinwesenarbeit Arheilgen); Mitarbeitende Muckerhaus Arheilgen
© Bilder: Wissenschaftsstadt Darmstadt

O-Töne von den Standorten

„Beim Wettziehen mit der Spieltonne um den Platz vorm Caritaszentrum werden alle Anwohner*innen auf unser Angebot aufmerksam.“

„Die Spieltonne mit ihren außergewöhnlichen Dingen lockt sogar zusätzlich einige ältere Kinder auf die Wiese, die sonst gerne die Zeit eher mit ihrem Handy verbringen.“

„Ich finde die Tonne gut. Weil da so viele Sachen drin sind, die man sonst nicht so oft hat.“

ihre Planungen einbinden, sei es bei Quartiers-/Stadtteilstellen oder auch in deren Regelanbot.

„Die Bereitstellung der Bewegungstonnen in Kooperation mit der Gemeinwesenarbeit sowie weiteren Vereinen der Senioren-, Kinder- und Jugendarbeit in den Quartieren unterstreicht nochmal unsere Bestrebung, Gesundheitsförderung insbesondere auch in Quartieren zu fördern, in denen Menschen mit geringeren Einkommen leben. Wir wissen, dass es eine Korrelation von Gesundheit und Armut gibt, hier förderlich einzuwirken hat daher mehrere positive Aspekte. Durch die erfolgreiche Umsetzung dieses Projekts blicken wir weiter optimistisch in Richtung der Entwicklung zu einer Gesunden Stadt“, so abschließend Barbara Akdeniz. ■

KONTAKT

Judith Windmüller / Koordination Gesunde Stadt /
Wissenschaftsstadt Darmstadt
Judith.Windmoeller@darmstadt.de

Aus dem Netzwerk



Der Sprecher*innenrat

– ein Update

Der im Herbst 2021 gewählte Sprecher*innenrat hat sich mittlerweile gut eingespielt und seit der Wahl diverse Male im digitalen Raum sowie in Präsenz getroffen. Vieles wurde seitdem besprochen, diskutiert, entschieden, ...

Seit August 2022 hat das Gesunde Städte-Netzwerk zwei neue Bundeskoordinatorinnen gewonnen, Jana Bauer und Anette Christ. „Wir haben uns schnell mit den neuen Bundeskoordinatorinnen als gemeinsam funktionierendes Team zusammengefunden.“ Am 09. November 2022 stand gleich die digitale Mitgliederversammlung in der neuen Konstellation an, die wir gut gemeistert haben. Zuletzt haben wir vom 21.–23.06.2023 eine tolle Mitgliederversammlung mit Bundessymposium das erste Mal seit Beginn der Pandemie in Präsenz in Wiesbaden durchgeführt. Das Zusammenkommen und der intensive Austausch mit allen GSN-Kommunen war bereichernd und hat neue Ideenimpulse für die zukünftige Arbeit des Gesunde Städte-Netzwerkes gesetzt. Die Planung für

die Mitgliederversammlung, sowie das Kompetenzforum 2024, stehen nun an.

Seit unserer Wahl im Herbst 2021 haben wir uns von drei Kolleginnen verabschieden müssen: Renate Binder vom Gesundheitsreferat der Landeshauptstadt München, Heike Trapphoff aus der Selbsthilfe-Kontaktstelle Rhein-Sieg-Kreis und Dr. Freya Trautmann vom Gesundheitsamt der Stadt Dresden. Frau Binder wird zukünftig durch Julia Lenders vom Gesundheitsreferat der Stadt München ersetzt werden. Aus Dresden dürfen wir zukünftig Frau Dr. Paula Aleksandrowicz im Sprecher*innen-Rat begrüßen. Wir freuen uns auf die gute Zusammenarbeit mit den beiden neuen Kolleginnen! ■

KONTAKT

www.gesunde-staedte-netzwerk.de/das-netzwerk/sprecherinnenrat

Sprecherinnen und Sprecher

Dr. Paula Aleksandrowicz	Dresden, Gesundheitsamt
Elisabeth Benzing	Nürnberg, Kiss Mittelfranken
Dr. Beate Bokhof	Hamm, Gesundheitsreferat
Ilka Borr	Saarbrücken, Amt für Gesundheit, Prävention und Soziales
Nikolas Hattenhauer	Hamm, Selbsthilfe-Kontaktstelle
Holger Kairies	Mannheim, Fachbereich Jugendamt und Gesundheitsamt
Irmtraud Lechner	München, Münchener Aktionswerkstatt Gesundheit
Julia Lenders	München, Gesundheitsreferat Bereich Gesundheitsplanung
Heidi Marona	Rhein-Kreis Neuss, Alzheimer Gesellschaft Rhein-Kreis Neuss
Reiner Stock	Frankfurt am Main, Selbsthilfekontaktstelle
Yvonne Vedder	Berlin – Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Soziales Stadtzentrum MOSAIK
Dr. Ina Zimmermann	Nürnberg, Gesundheitsamt



Vorankündigung

6. Kompetenzforum des Gesunde Städte-Netzwerks zum Thema

„Soziale Ungleichheit als Herausforderung in der Gesundheitsförderung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes“

Das Gesunde Städte-Netzwerk verfügt mit seinen Mitgliedskommunen über einen gewaltigen Fundus an theoretischem Wissen und praktischer Erfahrung in der Gesundheitsförderung. Zusätzlich zu den alljährlichen Mitgliederversammlungen und Fachsymposien bieten die seit 2015 jährlich im Netzwerk durchgeführten Kompetenzforen die Gelegenheit zum Austausch und der fachlichen Auseinandersetzung, der wechselseitigen Anregung und Bereicherung und der gemeinsamen Entwicklung. Themen der vergangenen Foren waren z. B. „Macht Planung gesünder? – Planungsinstrumente für die Gesunde Stadt“, „Interkulturelle Gesundheitsförderung in den Städten und Gemeinden unter Bedingungen globaler Migration und Flucht“ oder „Wie gesund ist das Land? Gesundheitsförderung im ländlichen und städtischen Raum“

Nach einer mehrjährigen, durch die Corona-Pandemie erzwungenen Unterbrechung wird nun am **19. und 20. Februar 2024 an der Hochschule für Gesundheit in Bochum das 6. Kompetenzforum des Gesunde Städte-Netzwerks zum Thema „Soziale Ungleichheit als Herausforderung in der Gesundheitsförderung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes“** stattfinden. Sowohl die WHO als auch das Gesunde Städte-Netzwerk haben sich Prävention und Gesundheitsförderung als konstituierende Elemente ihrer Arbeit auf die eigenen Fahnen geschrieben. Voraussetzungen für Gesundheit sind – lt. Ottawa-Charta der WHO – „... Frieden, angemessene Wohnbedingungen,

Bildung, Ernährung, ein stabiles Öko-System, eine sorgfältige Verwendung vorhandener Naturressourcen, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit“. Daraus abzuleiten ist auf das Gesunde Städte-Netzwerk bezogen der Selbstanspruch und das Ziel, durch kommunale Maßnahmen wirksame Gesundheitsförderung für ALLE Menschen in den Kommunen sicherzustellen. Im Fokus der Bemühungen stehen dabei die sog. vulnerablen Gruppen bzw. Menschen in prekären Lebensverhältnissen (z. B. Bewohner*innen aus sozialen Brennpunkten, aus Flüchtlingseinrichtungen, isoliert lebende ältere und/oder kranke Menschen, Obdachlose, etc.) und die (Wieder-)Herstellung gesundheitsförderlicher Umweltbedingungen. Wie kann es der Gesundheitsförderung des ÖGD unter Einbeziehung der Potenziale der Zivilgesellschaft (Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen) gelingen, die angestrebten Ziele beharrlich zu verfolgen und sich ihrer Realisierung anzunähern, auch wenn die gesellschaftliche Entwicklung in vielerlei Hinsicht in die gegenläufige Richtung zu weisen scheint?

In einem Dreiklang aus Vorstellung von (erfolgreichen) Praxis-Projekten, fachlichen Inputs aus Wissenschaft und Verwaltung und kollegialem Austausch im dialogischen „Miteinander Denken“ kann dieses 6. Kompetenzforum den Teilnehmer*innen konkrete Unterstützung für ihre Arbeit in der Gesundheitsförderung vor Ort, bei der Findung kreativer Problemlösungen und im Hinblick auf die Stärkung und Ermutigung zum Weitermachen unter herausfordernden Bedingungen bieten. Die Hochschule für Gesundheit in Bochum stellt dafür sowohl aufgrund ihrer inhaltlichen Ausrichtung als auch aufgrund ihrer Lage mitten in einem Ballungsraum im wirtschaftlichen und sozialen Umbruch einen ausgezeichneten Rahmen zur Verfügung. ■

KONTAKT

Wolfgang Klier

wolfgang.klier@mail.de, 0173/8700786

Von 2002 bis 2012 wiss. Mitarbeiter beim Kölner Gesundheitsamt, Geschäftsführer der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln und örtlicher Koordinator des Gesunde Städte-Netzwerkes

Vorstellung der Kompetenzzentren

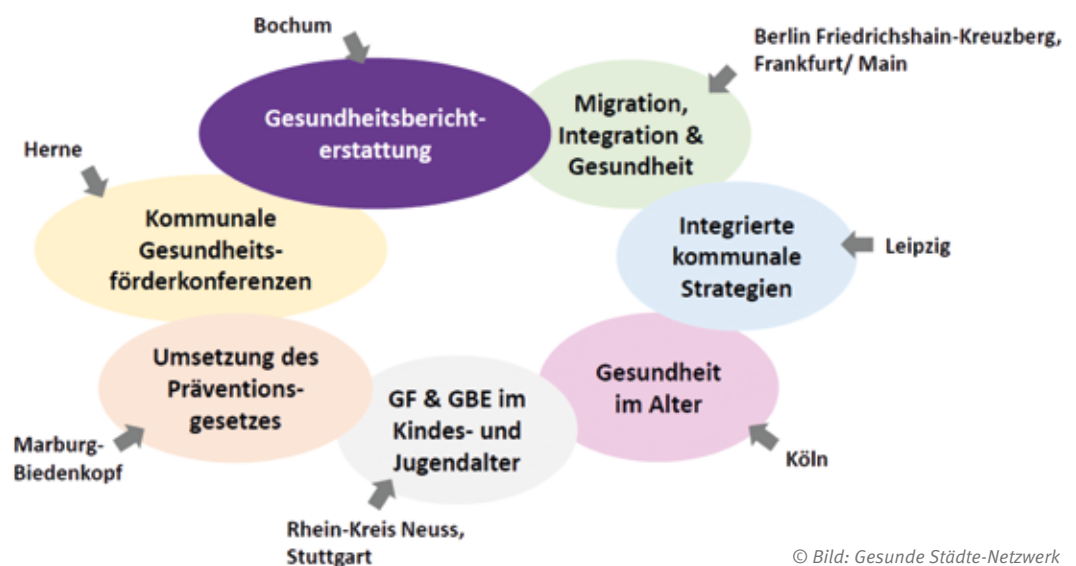
Aktuell sind neun Kommunen des Gesunde Städte-Netzwerks Kompetenzzentren. Sie setzen besondere Schwerpunkte der Gesundheitsförderung in die Praxis um und orientieren sich dabei gezielt an den Intentionen der Ottawa-Charta und des 9 Punkte-Programms des Gesunde Städte-Netzwerkes (gesunde-staedte-netzwerk.de/das-netzwerk/kompetenzzentren). Ziel ist es, dass ein Kompetenzzentrum seine Erfahrungen anderen Mitgliedern zur Verfügung stellt und somit sein Wissen und seine Ressourcen im Netzwerk einbringt, u. a.

bei Symposien, den Kompetenzforen und der jährlichen Mitgliederversammlung.

Aktuell werden durch die Kompetenzzentren folgende Themen abgedeckt ...

- Bürgerbeteiligung
- Vernetzung der lokalen Akteure*innen
- Verknüpfung der Instrumente der Gesundheitsförderung innerhalb der Kommune
- Neuorientierung der Gesundheitsdienste

Wer sind die neun Kompetenzzentren?



© Bild: Gesunde Städte-Netzwerk

Herne stellt sich vor ...

Themenschwerpunkt

„Kommunale Gesundheitsförderkonferenzen“

Planung und Umsetzung kommunaler Gesundheitskonferenzen ...

- zur Vernetzung lokaler Akteure des Gesundheitswesens, Verknüpfung von Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitskonferenz, intensive Bürgerbeteiligung, gezielte Begleitforschung/Evaluation



Herne

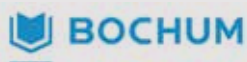
Mit Grün. Mit Wasser. Mittendrin.

Themen, u. a.

- Planung eines Projektes zur Adipositasprävention im Quartier Herne-Horsthausen
- Hitze und Gesundheit: Infos für ältere (alleinstehende) Menschen und Menschen in Pflegeeinrichtungen
- Projekt „Sportgutscheine“
- CHiPS –Corona-Hilfen integriert psychosozial (Beratungsangebot für Kinder und Jugendliche in Krisen- und Belastungssituationen)

Kontakt: malina.schaefer-koenig@herne.de

Bochum stellt sich vor ...



Themenschwerpunkt „Gesundheitsberichterstattung“

Das Bochumer Kompetenzzentrum bietet interessierten Kommunen Unterstützung bei folgenden Themen:

- Konzepte für die Entwicklung eines Berichtserstattungssystems
- Erarbeitung von partizipativen Indikatoren-sätzen für die GBE
- Organisation partizipativer Kommunikationsprozesse

Kontakt: mspruenken@bochum.de

Berlin Friedrichshain-Kreuzberg stellt sich vor ...



Themenschwerpunkt
„Migration und Gesundheit“

Mitmach-Aktionen und Beratung in Kooperation mit Yesil Cember

- Elterncafes mit niedrigschwelliger Beratung durch u. a. Ernährungsbotschafter*innen
- Mitmach-Aktionen für Eltern und Kinder u. a. mit Migrationshintergrund

Psychosoziale Beratung, Begleitung & Vermittlung am Mehringplatz

- Mentale Gesundheitsförderung bei Mädchen und jungen Frauen mit Migrationsgeschichte (Förderung von psychischen Ressourcen & Selbstfürsorge)

Empowerment zur gesunden Lebensweise bei Kindern im Quartier Wassertorplatz

- Integration gesundheitsförderlicher Ansätze im Kinder- und Jugendbereich des MGH Wasertor in Vereinbarkeit mit dem interkulturellen Rahmen des MGH

Kontakt: kilian.eren@ba-fk.berlin.de

Frankfurt am Main stellt sich vor ...



Themenschwerpunkt „Zugang zu Gesundheitsversorgung“

Clearingstelle – Wege ins Gesundheitssystem

- Fachliche Beratung und Unterstützung von Menschen ohne Krankenversicherungsschutz

Humanitäre Sprechstunden

- Ärztliche Sprechstunden für Erwachsene und Kinder mit parallelem Angebot zur Sozialberatung durch Maisha e. V.

Kommunale Gesundheitsinitiativen interkulturell (KoGi)

- Konzeption und Durchführung von Schulungen zu den Themen „deutsches Gesundheitssystem“ und „strukturelle Diskriminierung“

AccessIn-Projekt

- Diskriminierungssensible Trainingsmodule für Gesundheitspersonal

Kontakt: sarah.lang@stadt-frankfurt.de

Köln stellt sich vor ...



Stadt Köln

Themenschwerpunkt „Gesundheit im Alter“ –

Aktionstag „Gesund & Mobil im Alter“ in Kooperation mit dem 13. Kölner Vorsorge-Tag

- Jährliche Messe mit Markt der Möglichkeiten zur Stärkung der Gesundheitskompetenz

Rundgang mit Tiefgang

- Stadtteilbezogener Rundgang mit vor Ort-Akteuren*innen

Caring Community Köln

- Stärkung und Kompetenzförderung der Kölner Stadtgesellschaft im Umgang mit Sterben, Tod und Trauer

Kompetenzstärkung pflegender Angehöriger mit internationaler Biographie

Kontakt: Anne.Kreische@stadt-koeln.de

Stuttgart stellt sich vor ...

STUTTGART



Themenschwerpunkt

„Kinder- und Jugendgesundheit“

Kinder- und Jugendärztliche gesundheitliche Versorgung (Runde Tische)

Schulgesundheitsfachkräfte

- Strukturveränderung/-gestaltung in der Schule

Adipositas bei Kindern und Jugendlichen

- Beratungsstelle im Gesundheitsamt zur familiären Unterstützung (vermittelnde/beratende Funktion)

Kontakt: heinz-peter.ohm@stuttgart.de

Leipzig stellt sich vor ...



Themenschwerpunkt

„Integrierte kommunale Strategien“

Beratung von Kommunen zum kommunalen Strukturaufbau

- Projekt Familie+ (PEB) & der AG Kommune im Rahmen der sächs. LRV
- Umsetzung des HiaP-Ansatzes

Vortragstätigkeit

- u. a. in Nürnberg (Gesundheit für Alle im Stadtteil), an der Uni Leipzig, HTWK Leipzig, FH Zwickau, Amtsarzturse Sachsen/ Düsseldorf

Kontakt: karoline.schubert@leipzig.de

Marburg-Biedenkopf stellt sich vor ...



Themenschwerpunkt

„Umsetzung des Präventionsgesetzes nach § 20a des SGBV“

Sensibilisierung für den Nutzen integrierter Strategien in Kommunen

- Verbesserung der Nachhaltigkeit durch einzeln geförderte Maßnahmen

Implementierung einer interdisziplinären und multisektoralen Projektgruppe für geplante Maßnahmen Vorbereitung & Entwicklung von gesundheitsfördernden Maßnahmen

- Umsetzung eines förderfähigen Konzeptes

Leitfaden Prävention der GKV als

Argumentationshilfe für eingeplante Maßnahmen nach § 20a SGBV

Kontakt: reulr@marburg-biedenkopf.de

Rhein-Kreis Neuss stellt sich vor ...



Themenschwerpunkt

„Gesundheitsförderung und Gesundheitsberichterstattung im Kindes- und Jugendalter“

- Verankerung von gesundheitsförderlichen Strukturen (Organisationsentwicklung) durch Beratung, Fortbildungen, Fachtagungen, Gesundheitsteams, ...
- Vermittlung eines gesunden Lebensstils (Kursprogramm): Ernährung, Bewegung, Elternkompetenz
- Förderung der Elternarbeit im Bereich Bewegung/Senkung motorischer Auffälligkeiten
- Frühe Förderung der 4-jährigen in Kitas (Reduzierung entwicklungsauffälliger Kinder)
- Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Kindern u. Jugendlichen mit sozialer Benachteiligung
- Optimierung der Gesundheits- und Bildungschancen

Kontakt: katharina.esser@rhein-kreis-neuss.de

30 Jahre „Netzwerk Gesunde Städte Österreich“

Seit 1992 besteht das „Netzwerk Gesunde Städte Österreich“ – also seit 30 Jahren tauschen die Mitgliederstädte im Netzwerk Erfahrungen aus, lernen voneinander und arbeiten in Projekten zusammen. Rund um das Jubiläum wurde aber nicht nur zurückgeblickt, sondern auch an wichtigen Zukunftsthemen gearbeitet. Besonders gefreut haben wir uns darüber, dass die beiden bundesweiten Koordinatorinnen unseres deutschen Partnernetzwerks den weiten Weg auf sich genommen haben.

Der Festakt, der am 15. November 2022 in den Bambergssälen in Villach stattfand, stand ganz im Zeichen des 30-Jahr-Jubiläums des Netzwerks Gesunde Städte Österreich. Die Gäste blickten nicht nur gemeinsam auf 30 Jahre erfolgreiche Arbeit zurück, sondern konnten auch gleich die druckfrische Jubiläumsbroschüre „30 Jahre Netzwerk Gesunde Städte Österreich“ durchblättern. Die Städtevertreterinnen und -vertreter bestätigten bei der feierlichen Zusammenkunft nicht nur die Bedeutung der Arbeit des Netzwerks und den Stellenwert internationaler Vernetzung, sondern bekräftigten auch ihre weitere Zusammenarbeit am Zukunftsthema Gesundheitsförderung.

Der Blick zurück und die Arbeit an Gegenwart und Zukunft

Die Zusammenkunft in Villach wurde aber nicht nur für die Jubiläumsfeier, sondern gleich auch für eine Ausschusssitzung und eine Fachtagung genutzt. Bei der Ausschusssitzung wurde unter anderem der Status-quo des Netzwerk-Projekts „Alter(n) in unserer Mitte“ präsentiert und diskutiert. „Alter(n) in unserer Mitte“ widmet sich dem demografischen Wandel und der verbesserten Teilhabe älterer Menschen in der Stadt und wird in Graz, Linz, Tulln und Wörgl umgesetzt. Über Transferworkshops sollen die Ergebnisse aus dem Projekt auch andere Städte erreichen. Danach folgte ein Input über die „sozialen Fak-

toren der Pandemie“. Marion Weigl von der Gesundheit Österreich präsentierte die Ergebnisse der gleichnamigen Studie und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sprachen über Erfahrungen aus der und Empfehlungen für die kommunale Praxis.

Am 16. November schließlich fand die Fachtagung mit dem Titel „Gesundheitsförderung in Krisenzeiten – Chancen für die Zukunft?“ statt. Jana Bauer und Anette Christ vom Gesunde Städte-Netzwerk Deutschland präsentierten nicht nur das deutsche Pendant zum österreichischen Netzwerk, sondern sprachen auch über den „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD)“, der eine nachhaltige Stärkung des ÖGD in den deutschen Städten bedeutet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten in diesem Zusammenhang auch angeregt über das deutsche Modell „Gesundheitskiosk“, das eine neue, besonders niederschwellige Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten in sozial benachteiligten Regionen darstellt.

Im Anschluss daran stellte Gerlinde Rohrauer-Näf, die Leiterin des Kompetenzzentrums Zukunft Gesundheitsförderung des Fonds Gesundes Österreich (agenda-gesundheitsfoerderung.at/kozug), den Strategieprozess Agenda Gesundheitsförderung 2022 vor, der die Gesundheitsförderung in Österreich inhaltlich mitgestalten und stärken soll. Dabei waren nicht nur die Ergebnisse dieses Prozesses Thema, sondern auch der Prozess selbst, der von einer breiten Beteiligung – von Expertinnen und Experten, Stakeholdern und der Bevölkerung – gekennzeichnet war.

Die Sozialwissenschaftlerin Andrea Reiter schließlich sprach über Nachhaltigkeit in der Gesundheitsförderung und präsentierte die wichtigsten Lernerfahrungen aus der Initiative „Auf gesunde Nachbarschaft!“ (gesunde-nachbarschaft.at) des Fonds Gesundes Österreich. Dabei wurde auch das Modell „Caring Community“ als Ansatz



Vertreter:innen der Mitgliedsstädte des Netzwerk Gesunde Städte Österreich feiern gemeinsam mit Jana Bauer und Anette Christ ihr 30-jähriges Bestehen im Bambergsaal der Stadt Villach. Gerda Sandriesser, Vorsitzende des Netzwerks Gesunde Städte Österreich, präsentiert die Jubiläums-Publikation „Zukunftsraum Stadt gemeinsam gestalten“ © Bild: Karin Werni

für den Aufbau eines kommunalen sorgenden Netzwerks diskutiert.

20 Netzwerk-Städte – 3 Millionen Menschen

Das Netzwerk wurde 1992 als ein Ausschuss des Österreichischen Städtebunds gegründet und hat derzeit 20 Mitglieder in allen neun Bundesländern. Rund drei Millionen Menschen leben in den 20 Netzwerk-Städten. Als Gesunde Städte sind die Mitglieder bestrebt, ihre Politik und Verwaltung möglichst gesundheitsfördernd auszurichten, um die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner zu steigern, Ressourcen bestmöglich zu nutzen und ein gutes Leben in der Stadt für alle zu ermöglichen. Die Menschen sollen dadurch eine positive und verantwortungsvolle Bindung an ihren Lebensraum entwickeln und alle Akteurinnen und Akteure – von der Zivilgesellschaft über die Wirtschaft bis hin zu den städtischen Institutionen – gemeinsam für die Gesundheit der Stadtbewohnerinnen und -bewohner Sorge tragen.

Erfahrungsaustausch und gemeinsame Projekte

Die Mitgliedsstädte nehmen im Netzwerk aktiv am Informations- und Erfahrungsaustausch sowie an gemeinsamen Vorhaben im Netzwerk teil. Gerda Sandriesser, Vizebürgermeisterin der Stadt Villach und Vorsitzende des Netzwerks, sieht gerade im Austausch enormes Potenzial: „Denn wir alle können voneinander lernen, unsere Informationen teilen und gemeinsam Strategien

erarbeiten, die den Menschen nutzen. Genau das macht dieses Netzwerk zu einer wertvollen Plattform.“

Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebunds, betont die großen Fortschritte, die die Städte in den vergangenen Jahren in der Gesundheitsförderung gemacht haben und sieht viele wichtige Aufgaben für die Zukunft, wie zum Beispiel: „Gesundheitliche Chancengerechtigkeit, das heißt der gleiche Zugang zu Gesundheitsangeboten für alle Menschen, oder auch die Gesundheitskompetenz von Anfang an – das sind Themen, die uns noch weiter beschäftigen werden.“

Gernot Antes, er ist seit 2014 Koordinator des Netzwerks Gesunde Städte, setzt seit einigen Jahren zusätzlich auf gemeinsame Projekte der Städte: „Nach einem Projekt zur Aktiven Mobilität von Jugendlichen widmen wir uns aktuell der drängenden Frage, wie Menschen in Städten gut alt werden können.“

Weitere Informationen:

Alle Informationen zum Netzwerk, zum Projekt „Alter(n) in unserer Mitte“ und die Jubiläumsschrift „30 Jahre Netzwerk Gesunde Städte Österreich“ als Download finden Sie unter: www.staedtebund.gv.at/ausschuesse/ngs/ueber-uns ■

KONTAKT

Für Ihre Rückfragen steht Ihnen der Koordinator des Netzwerks gerne zur Verfügung:

Gernot Antes

office@ngsoe.at, +43 660 6691405



BERLINER
GESUNDHEITSPREIS



Berliner Gesundheitspreis 2023, Berlins Ärztekammerpräsident Dr. Peter Bobbert (2. v. l.) und Jens Martin Hoyer, stellvertretende Vorstandschef des AOK-Bundesverbandes (5. v. l.) © Bilder: AOK/Stefan Melchior

Berliner Gesundheitspreis 2023

„Gesundheit gerecht gestalten“ – unter diesem Motto lief die Verleihung des Berliner Gesundheitspreises im Juni 2023. Initiiert wird dieser Preis seit mehr als 25 Jahren vom AOK-Bundesverband und der Ärztekammer Berlin.

Die diesjährigen Bewerber:innen haben nachhaltige Ansätze entwickelt, damit sich soziale und gesundheitliche Akteure besser vernetzen. Es wurden aus allen Einsendungen vier richtungsweisende Projekte ausgewählt und zwei erste Preise sowie zwei Sonderpreise vergeben. Auch das Gesunde Städte-Netzwerk, vertreten durch die Bundeskoordinatorin Frau Jana Bauer, war als Jurymitglied und Laudatorin eingeladen.

Gewonnen haben u. a. zwei Initiativenvertretungen des Gesunde Städte-Netzwerkes:

- Gesundheitskollektiv Berlin e. V., Poliklinik Veddel, Gruppe für Stadtteilgesundheit und Verhältnisprävention u. a. (Mitglied im GSN)
- Arztpraxisinterne Sozialberatung – „soziale Gesundheit“, Berlin-Lichtenberg (Mitglied im GSN)

Neuköllner Stadtteilgesundheitszentrum gewinnt den Berliner Gesundheitspreis

Am 21.6.2023 hat das Stadtteilgesundheitszentrum Neukölln den Berliner Gesundheitspreis des AOK-Bundesverbandes und der Berliner Ärztekammer erhalten. Dieser bundesweite Innovationspreis wird seit 1995 alle zwei Jahre an herausragende Projekte vergeben (www.berliner-gesundheitspreis.de).

Das Motto dieses Jahres war: „Gesundheit gerecht gestalten“. Das Stadtteilgesundheitszentrum Neukölln erhält den 1. Preis in Höhe von 20.000 € gemeinsam mit der Poliklinik Veddel. Beide Projekte sind multiprofessionelle Einrichtungen zur integrierten Versorgung benachteiligter und strukturschwacher Stadtteile und ihrer Anwohner*innen, die gleichermaßen gesundheitliche, psychische und soziale Ursachen von Gesundheit in den Blick nehmen.

Das Gesundheitszentrum Neukölln arbeitet seit 2021 im Neuköllner Rollberg- und Flughafenkiez. Hier zeigen sich die Probleme einer ungerechten Gesundheitsversorgung besonders deutlich. Menschen in Armut, mit unsicheren Wohnverhältnissen, prekären finanziellen Bedingungen, mit Diskriminierungserfahrungen und sprachlichen und sozialen Zugangsbarrieren zur Sozial- und Gesundheitsversorgung haben eine schlechtere Gesundheit und eine geringere Lebenserwartung.

Dr. Patricia Hänel, Projektmanagerin im Stadtteilgesundheitszentrum: „Gesundheit gerecht gestalten heißt für uns, die individuellen Bedarfe zu beantworten. Menschen mit erhöhten Bedarfen, die im komplizierten Gesundheits- und Sozialsystem durch die Maschen des Systems fallen, erhalten bei uns leicht zugängliche medizinische, soziale und psychologische Angebote unter einem Dach. Die Vermittlungswege sind kurz, die Menschen kommen an.“

Das Stadtteilgesundheitszentrum bietet eine umfassende Versorgung durch verschiedene Fachkräfte, die eng zusammenarbeiten: Es umfasst eine Allgemeinarztpraxis, eine Kinderarztpraxis, Therapieangebote für Kinder und Jugendliche sowie soziale, familiäre und psychologische Beratungsangebote. Zusätzlich beinhaltet es ein innovatives Zugangskonzept, die Café-Praxis, die dazu beiträgt, Barrieren abzubauen, Orientierung im Zentrum und im Kiez liefert, Ehrenamtliche aus dem Stadtteil integriert und einen Raum bereitstellt für Selbsthilfe und Selbstorganisation. Das Zentrum ist viel mehr als eine gute Versorgung für Menschen in prekären Lebenslagen – es ist ein Ort, an dem Menschen, die die krankmachenden gesellschaftlichen Verhältnisse besonders zu spüren bekommen, Gemeinschaft, Sinn und Selbstwirksamkeit erleben können.

Und das Zentrum geht zu den Menschen: Shao-Xi Lu, Referentin für Gemeinwesenarbeit, dazu: „Das Konzept der interprofessionellen und integrierten Versorgung haben wir erfolgreich ergänzt durch eine innovative Gemeinwesenarbeit: Hier senken wir Barrieren, schaffen einfache Zugänge zu unseren Versorgungsangeboten, vernetzen uns mit anderen Akteur*innen und Gruppen im



Dr. Patricia Hänel (Berlin), Milli Schröder (Hamburg), Sabine Dittmer, parlamentarische Staatssekretärin im BMG

Das Stadtteilgesundheitszentrum Neukölln wird gefördert durch: Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, QM Rollberg und QM Flughafenstraße, Bezirksamt Neukölln, Robert Bosch Stiftung, Berliner Lotto Stiftung

Stadtteil und entwickeln Ansätze der Verhältnisprävention, in denen wir Ungleichheits- und Diskriminierungsstrukturen adressieren.“

Eine progressive Gesundheitsförderung muss Verhaltens- mit Verhältnisprävention verknüpfen. Das heißt, wenn in der primärmedizinischen Versorgung über Tabak und Alkoholkonsum geredet wird, müssen wir in diesem Zuge auch über Arbeits- und Einkommensverhältnisse reden. Wenn über Bewegungsarmut und Fehlernährung gesprochen wird, muss auch über Bildungschancen, gebaute Umwelt oder Zugang zu Grünflächen gesprochen werden. Und wenn über Stress gesprochen wird, muss man auch über Wohnverhältnisse, gesellschaftliche Hierarchien und strukturelle Diskriminierung sprechen.

Getragen, begleitet, kritisch weiterentwickelt wird unsere Arbeit in den Stadtteilgesundheitszentren durch regionale und bundesweite Netzwerke von Ehrenamtlichen und Aktivist*innen verschiedener Professionen sowie durch zahlreiche Förderer (s.u.). Die Stadtteilgesundheitszentren sind das Ergebnis der jahrelangen Arbeit einer bundesweiten Gesundheitsbewegung, die für mehr Chancengleichheit und Gerechtigkeit im Bereich Gesundheit kämpft. Das Ziel ist, Stadtteilgesundheitszentren flächendeckend in Deutschland zu etablieren.

Daher begrüßen wir auch das Vorhaben der Bundesregierung, niedrigschwellige Primärversorgungsstrukturen aufzubauen, die einen diskriminierungsfreien Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für alle in Deutschland lebenden Menschen schaffen. Der Referentenentwurf für ein Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG) reicht allerdings nicht weit genug, um den gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden und Antworten auf die bestehenden gesundheitlichen Ungleichheiten zu liefern. Wir fordern ein Umdenken in der Primärversorgung weg von Ärztezentrierung hin zu einer multi-

professionellen Versorgung, die im Sinne eines Public-Health-Ansatzes auch über die individuelle Ebene hinaus blickt und die Lebensbedingungen adressiert.

KONTAKT

Dr. Patricia Hänel

0179 6629992

p.haenel@geko-berlin.de

www.geko-berlin.de

Sozialberatung in der Arztpraxis gewinnt den Berliner Gesundheitspreis 2023 Soziale Beratung e. V.

Ein bemerkenswertes Beispiel für die Anerkennung des Berliner Gesundheitspreises ist das Projekt „Sozialberatung in Arztpraxen“. Dieses Projekt verdient besondere Aufmerksamkeit, da es den Bedarf an ganzheitlicher Gesundheitsversorgung in den Fokus rückt. Durch die Integration von Sozialberatung in Arztpraxen wird nicht nur die medizinische Betreuung sichergestellt, sondern auch eine Unterstützung in sozialen Angelegenheiten angeboten. Solche Ansätze tragen dazu bei, die Gesundheit der Patienten umfassender anzugehen und sozial bedingte Gesundheitsdisparitäten zu verringern. Die Einführung solcher Initiativen zeigt das Bestreben der Stadt Berlin, innovative Wege zu finden, um die Gesundheitsversorgung und das Wohlbefinden ihrer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Dies ist ein Paradebeispiel dafür, wie der Berliner Gesundheitspreis Projekte würdigt, die über herkömmliche medizinische Ansätze hinausgehen, um eine ganzheitliche Gesundheitsförderung zu ermöglichen. ■



Jana Bauer, Bundeskoordinatorin Gesunde Städte-Netzwerk, Dr. Martyna Voß, Geschäftsführerin Soziale Gesundheit e. V. bei der Verleihung des Berliner Gesundheitspreises in Berlin 2023
© Bild: AOK-Bundesverband, Stefan Melchior

KONTAKT

Dr. Martyna Voß

kontakt@sozialegesundheit.de

www.sozialegesundheit.de



© Bild: Anna Timoshenko/Shutterstock.com

Unser neues Mitglied

Bielefeld



Bielefeld auf dem Weg zu einer Gesunden Stadt

Die kreisfreie Stadt Bielefeld liegt im Nordosten von Nordrhein-Westfalen und stellt das Oberzentrum für die sonst von Landkreisen geprägte Region Ostwestfalen-Lippe dar. Bielefeld hat knapp 340.000 Einwohnende. Geologisch gliedert sich das Stadtgebiet in die eiszeitlich geprägte Senne als Teil der Westfälischen Bucht, den mitten durch die Stadt führenden Teutoburger Wald und das nordöstlich gelegene Ravensberger Hügelland. Bielefeld liegt an einer wichtigen Ost-West-Verkehrsachse. Im Osten der Stadt, heute noch baulich geprägt durch ehemalige Arbeiterviertel, fließen die Weser-Lutter und der Johannesbach als Teil des Grünen Netzes, das bereits vor hundert Jahren von Seiten des Gartenbauamtes systematisch aus dem Stadtgebiet heraus entwickelt wurde. Das sind öffentliche Räume, in denen Menschen sich begegnen und körperlich aktiv sein können und auch Ruhe vor dem Lärm des Straßenverkehrs finden. Leider gibt es derzeit in Bielefeld so viele Kraftfahrzeuge wie noch nie (61 pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner 2022, in konkreter Zahl: 203.665), was Maßnahmen zur Lärmbekämpfung erschwert. Die sind jedoch als verhältnispräventive

Maßnahmen u. a. zur weiteren Eindämmung von Herz-Kreislaufkrankungen und -sterbefällen auch relevant. Bielefeld hat eine Mobilitätsstrategie verabschiedet, um den Umweltverbund zu stärken. Die Folgen des Klimawandels sind auch in Bielefeld spürbar (Jahresmitteltemperatur 1881–1910: 8,4 °C, 1991–2020: 9,9 °C). Deswegen werden in Bielefeld auch kühle Orte, die als Maßnahmen gegen Hitzewellen im Rahmen des Hitzeaktionsplans ausfindig gemacht werden, zusammengestellt.

Integrierte Strategien

In breiten Beteiligungsverfahren wurden in vier Stadtgebieten integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte etabliert (Nördliche Innenstadt, im Osten der Stadt in „Sieker“ und in „Baumheide“, sowie im Südwesten in der „Sennestadt“ inkl. angrenzender Südstadt). Eine kleinräumige Auswertung der Schuleingangsdaten und der Bevölkerungs- und Sozialstatistik mündete in eine erfolgreiche Antragstellung für ein kassenübergreifendes Quartiersprojekt nach § 20a SGB V (Gesund in Baumheide), im Rahmen dessen, neben vielen konkreten Maßnahmen für

das Quartier und ergänzend zu den INSEK-Prozessen, der strukturbildende Fachplan Gesundheit aufgestellt wurde. Verschiedene städtische Ämter kooperieren bereits bei Themen der Gesundheitsförderung und Prävention. Hier sind das Büro für Sozialplanung und das Bildungsbüro zu nennen, aber auch das Umweltamt. Bei der Erstellung des Klimaanpassungskonzeptes war das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt beteiligt, auch beim Handlungsprogramm Klimaschutz und der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt. Im Rahmen der auch vom Rat der Stadt Bielefeld verabschiedeten Bielefelder Gesundheitsziele 2017 bis 2022 wurde das Stichwort „Masterplan Gehen“ eingebracht, welches in eine Fußverkehrsstrategie mündete, bei deren Entwicklung und Umsetzungen die vom Gesundheitsladen Bielefeld e. V. im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz gegründete Initiative „gesund unterwegs“ beteiligt ist. Hintergrund sind die Co-Benefits, die mit der vom Rat beschlossenen Mobilitätsstrategie angegangen werden können (Befähigung und Stärkung der körperlichen Aktivität im Alltag, weniger Lärm- und Schadstoffemissionen, geringerer CO₂-Ausstoß).

Wirtschaft und Wissenschaft

Der Branchenmix mit einigen Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie, des Handels und der Dienstleistungen, der Druck- und Bekleidungsindustrie und des Maschinenbaus, zeigt einige wirtschaftliche Stärken Bielefelds. Er ist auch geprägt durch große Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens. Bielefeld wird wegen der Größe dieser Einrichtungen auch „Hauptstadt der Diakonie“ genannt. Sie haben einen größeren Anteil an der Bruttowertschöpfung der Stadt und entsprechend ist auch der Beschäftigtenanteil im Sozial- und Gesundheitswesen in Bielefeld diesbezüglich überdurchschnittlich hoch. Zudem existiert in Bielefeld ein größerer alternativer Gesundheitsmarkt. Durch die Gründung einer Reformuniversität Ende der sechziger Jahre (mit einer Fakultät für Gesundheitswissenschaften seit den neunziger Jahren und einer Fakultät für Medizin seit 2021) und mehreren Fachhochschulen (auch mit Schwerpunkten im Bereich Gesundheit und Pflege) weist Bielefeld gute Bildungsmöglichkeiten auf.

Gesundheitliche Versorgung

Drei allgemeine Krankenhäuser sowie weitere spezialisierte Krankenhäuser, die derzeit eine grundlegende Reform der Krankenhausplanung durchlaufen, ein deutlicher Grad der Überversorgung in der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung (medizinisch und psychologisch zusammengerechnet) und eine ansonsten überwiegend mit normalen Versorgungsgraden gekennzeichnete fachärztliche Versorgung, stehen einer durch Fachkräftemangel derzeit geschwächten Primärversorgung gegenüber. Letzteres wird regelmäßig in den öffentlichen Diskussionen vor Ort thematisiert, zumal sich die Versorgung in diesem Bereich in den kommenden Jahren aufgrund der Altersstruktur und des Nachwuchsmangels weiter zuspitzen wird (ein Grund für die Gründung der allgemeinärztlich ausgerichteten Fakultät für Medizin). In der Notfallversorgung gibt es bundesweit Reformbedarfe, da seit Jahren die Einsatzfahrten der Rettungswagen kontinuierlich steigen. Der Öffentliche Gesundheitsdienst, u. a. mit der Geschäftsführung der im Dezember 2000 konstituierten Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK) betraut, befindet sich mit Mitteln des Paktes für den ÖGD im Prozess einer Neuorientierung vor dem Hintergrund der Pandemie. Nichtregierungsorganisationen, wie die Psychologische Frauenberatung e. V., man-o-mann Männerberatung e. V., die Selbsthilfekontaktstelle und nicht zuletzt der Gesundheitsladen Bielefeld e. V. und viele mehr, setzen sich für die Gesundheit der Bielefelder Bevölkerung ein.

Partnerprozess Gesunde Stadt

Die Mitgliedschaft im Gesunde Städte-Netzwerk seit März 2023 soll die kommunale Gesundheitsförderung auch strukturbildend voranbringen. Der Gesundheitsladen Bielefeld e. V. und das Gesundheits-, Veterinär- & Lebensmittelüberwachungsamt sind Partner und fokussieren in nächster Zeit thematisch auf

- eine gesunde Stadt Bielefeld besonders für jüngere und ältere Menschen
- eine gesundheitsförderliche, nachhaltige und klimagerechte Stadt Bielefeld

Zum ersten Schwerpunkt gibt es bereits etliche Aktivitäten im Bereich der Gesundheitsförderung für Kinder



*Neue Mitgliedskommunen seit 2020 Hamm, Weimar, Witten, Rhein-Sieg-Kreis, Bezirk Steglitz-Zehlendorf von Berlin, Höchststadt a.d. Aisch, Landeshauptstadt Schwe-
rin, Rheingau-Taunus-Kreis auf der 1. Präsenzveranstaltung des GSN seit 2019. Neues GSN Mitglied 2023 – Stadt Bielefeld mit der kommunalen Vertretung Herr Drik
Cremer (4. von rechts) und der Initiativvertretung Andrea Dietrich (5. von rechts), © Bild: Gesunde Städte-Netzwerk*

und Jugendliche, die vom Gesundheitsamt der Stadt moderiert oder durchgeführt werden. Diese Aktivitäten des „gesund Aufwachsens“ werden fortgeführt und ausgebaut und in das GSN mit eingebracht. Darüber hinaus wird ein partizipatives und vernetztes Projekt entwickelt für ältere Menschen, die gesund in der Stadt alt werden und dazu individuelle und infrastrukturelle Angebote nutzen wollen. Dieses Projekt des „gesund Alterns“ soll mit Unterstützung des Seniorenrates, Gesundheitsladens und Gesundheitsamts sowie weiteren Akteuren und Bürger*innen entwickelt und umgesetzt werden. Zum zweiten Schwerpunkt gibt es bereits Aktivitäten im Bereich der Bewegung und Mobilität, die vernetzt von der KGK und dem Gesundheitsladen Bielefeld e. V. als Moderator umgesetzt werden. Die Initiative „gesund unterwegs“ hat das gesundheitsförderliche, klimaschonende und nachhaltige zu Fuß-Gehen in den Focus gesetzt. Auch dies wird fortgesetzt und ausgebaut und in das GSN mit eingebracht. Darüber hinaus wird das Thema „gesund ernähren“ aufgegriffen mit dem Focus auf eine gesunde, klimagerechte und nachhaltige Ernährung in den Gemeinschaftsverpflegungen vor allem in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Gesundheitsladen, Ernährungsrat, Krankenkassen, Kliniken sollen eine biologische, saisonale, regionale und gesunde Gemeinschaftsverpflegung anstoßen.

Zum Handlungsrahmen verständigten sich die Partner Gesundheitsamt und Gesundheitsladen e.V. darauf, die vielfältigen bereits bestehenden Ziel- und Strategiekonzepte in Bielefeld zu nutzen und sich verstärkt mit der Umsetzung vor Ort zu befassen im Sinne einer gesunden Stadt Bielefeld, zu den Ziel- und Strategiekonzepten in diesem Zusammenhang gehören u. a. die Gesundheits-

ziele, Nachhaltigkeitsstrategie, Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategie, die Fußverkehrsstrategie etc. Die ausgewählten Handlungsbereiche können bei Bedarf und Ressourcen ergänzt werden. Wichtig ist immer ein partizipativer Prozess mit Einbindung der zivilgesellschaftlichen Akteure, der Verwaltung, der Politik und der Bürger*innen selbst. Das Gesunde Städte-Netzwerk kann als Austausch- und Unterstützungs-Netzwerk wichtige Impulse vermitteln und den wechselseitigen Lernprozess fördern.

Gesundheitsergebnisse – wo stehen wir?

Die Gesundheit der Bielefelder Bevölkerung zeichnet sich durch eine Vielzahl guter, stabiler Gesundheitsergebnisse in Nordrhein-Westfalen aus. Die standardisierte Mortalitätsrate ist wiederkehrend signifikant niedrig, die mittlere Lebenserwartung bei Geburt meist überdurchschnittlich groß. Jetzt geht es darum, die gesunde Lebenserwartung bei Geburt weiter zu steigern. Die Entwicklung einer neuen Gesundheitsstrategie steht aktuell auf der Agenda. ■

KONTAKT

Dirk Cremer
Gesundheitsberichterstattung,
Kommunale Gesundheitskonferenz
gesundheitsamt@bielefeld.de
www.bielefeld.de

Andrea Dietrich
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Institut für Pflegewissenschaft an der
Universität Bielefeld

Jahressymposium 2023

des Gesunden Städte-Netzwerks Deutschland in Wiesbaden

„Alles hängt mit allem zusammen“ – Kommunen auf der Suche nach konkreten Auswegen aus der Gesundheits- und Klimakrise

Es war das lang ersehnte Wiedersehen, auf das die 92 Mitgliedskommunen des bundesweiten Gesunde Städte-Netzwerkes (GSN) seit 2019 warten mussten. Corona-bedingt war seitdem kein Bundessymposium und keine Mitgliederversammlung vor Ort mehr möglich gewesen. Dementsprechend hoch waren dann auch die Erwartungen, die sowohl an das GSN wie auch an die ausrichtende Stadt Wiesbaden gestellt wurden. Um es vorwegzunehmen: Die hohen Erwartungen konnten in voller Weise erfüllt werden – inhaltlich, organisatorisch, atmosphärisch und auch – wie Wiesbadens Bürgermeister Dr. Oliver Franz mehrfach herausstellte – touristisch.

Dabei war das Bundessymposium 2023 alles andere als ein Selbstläufer. Die Veranstaltung, die bereits 2020 in Wiesbaden fertig vorbereitet war, musste dann sehr kurzfristig nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie urplötzlich abgesagt werden. Drei Jahre später konnte sie nun doch stattfinden. Dafür musste aber wieder alles neu geplant, koordiniert und kommuniziert werden. Eine Meisterleistung des Wiesbadener Organisationsteams unter Leitung von Johanna Stiller, bei dem sich auch an dieser Stelle noch einmal alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer nachdrücklich bedanken. Einen ähnlichen Kraftakt mussten aber auch die beiden erst seit August 2022 in ihrem neuen Amt tätigen Bundeskoordinatorinnen Dr. Anette Christ und Jana Bauer stemmen, da sie zum ersten Mal für das Gelingen des Bundessymposiums – unter diesen

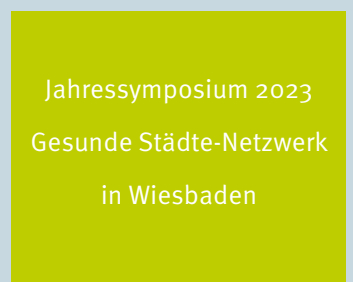
ganz besonderen Bedingungen – verantwortlich waren. Doch auch sie meisterten die große Herausforderung mit Bravour und ernteten dafür auch verdientermaßen mehrfach langanhaltenden Applaus.

Sie versäumten es dabei auch nicht, erste inhaltliche Impulse für die Zukunft des GSN zu setzen: Unter dem Oberbegriff „Health in all policies“ wollen sie künftig insbesondere den Strukturaufbau für Gesundheitsförderung und Prävention in den Kommunen vorantreiben, an zeitgemäßen Klimaanpassungs-Strategien feilen, soziale Ungleichheiten durch mehr gesundheitliche Chancengleichheit insbesondere für vulnerable Gruppen abbauen und sich politisch aktuellen wie brisanten Themen (zum Beispiel der Aufbau von Gesundheitskiosken) stellen. Schließlich kündigten sie in Wiesbaden an, die Öffentlichkeitsarbeit des GSN – mit intensivierter Pressearbeit und politischer Lobbyarbeit – ausbauen zu wollen.

Starke Stellung der Initiativen

Inhaltlich war allein die Mitgliederversammlung am ersten Tag schon die Reise nach Wiesbaden wert, weil dort viele interessante Entwicklungen vorgestellt wurden, die an dieser Stelle nur vereinzelt und in groben Zügen wiedergegeben werden können. So zum Beispiel der Ratsschlag von Ele Herschelmann und Tim Streit aus der





173.000 Einwohner umfassenden Mitgliedsstadt Oldenburg, das „Zusammenspiel von Kommune und Zivilgesellschaft“ – ein ganz besonderes Markenzeichen des Gesunde Städte-Netzwerks – immer wieder neu zu justieren und an aktuelle Entwicklungen anzupassen. In Oldenburg jedenfalls werde „Selbsthilfe von der Kommune stets komplett mitgedacht“. Dies sei für die Repräsentanten aus der Selbsthilfe nicht immer einfach, weil deren Tätigkeit häufig über eine Teilzeitstelle oder über rein ehrenamtliche Strukturen erfolge und daher allein schon zeitlich mit den professionellen Strukturen in der Kommunalverwaltung nicht mithalten könne.

Zu besonderen Markenzeichen des GSN sind inzwischen neun Städte und Kreise in Gestalt von „Kompetenzzentren“ geworden, wie in Wiesbaden deutlich wurde. So zum Beispiel die Stadt Frankfurt am Main, die mit innovativen Modellen denjenigen Menschen den Zugang zur Gesundheitsversorgung erleichtert oder sogar erst ermöglicht, die aus dem System herausgefallen sind. Zum Beispiel mit einer eigenen Clearingstelle „Wege ins Gesundheitssystem“, in der eine fachliche Beratung und Unterstützung für Menschen ohne Krankenversicherungskostenfrei erfolgt. Zudem werden im Rahmen des Konzeptes „Kommunale Gesundheitsinitiativen interkulturelle“ (KoGi) Schulungen zu den Themen „deutsches Gesundheitssystem“ sowie „strukturelle Diskriminierung“ angeboten.

Kompetenzzentren preschen vor

Die Stadt Köln legt einen Schwerpunkt auf „Gesundheit im Alter“ und bietet dabei einen alterskonformen stadtteilbezogenen „Rundgang mit Tiefgang“ an. Zudem steht in der Rheinmetropole die Stärkung der Stadtgesellschaft im Umgang mit Sterben, Tod und Trauer im Fokus. Einen anderen Schwerpunkt für gesundes Altern setzt die Stadt Herne, die im Rahmen von kommunalen Gesundheitskonferenzen gezielte und praktikable Materialien für ältere (alleinstehende) Menschen und Bewohner in Pflegeeinrichtungen in Hitzeperioden aufbereitet. Nach den Erfahrungen von GSN-Bundeskoordinatorin

Dr. Anette Christ suchen viele Kommunen derzeit nach praktikablen und rasch umsetzbaren Konzepten, wie sie der Thematik „Hitze und Gesundheit“ künftig gerecht werden können. Der Rhein-Kreis Neuss und die Stadt Stuttgart haben in ihren Kommunen hingegen Kompetenzzentren zum Thema „Gesundheit im Kindes- und Jugendalter“ etabliert. Der Kreis Neuss etwa mit dem Modell „PrEventmobil Schulische Suchtprävention“ und die Stadt Stuttgart mit dem vorbildhaften Einsatz von Schulgesundheitskräften, um Schüler bereits in jungen Jahren für ihre eigene Gesundheit zu sensibilisieren.

Um rechtzeitige Interventionen ging es auch beim zweitägigen Bundessymposium des GSN, das am nächsten Tag unmittelbar auf die Mitgliederversammlung folgte. Vielfach stand dabei die Klimakrise im Fokus. Einigkeit herrschte darüber, dass es heute längst nicht mehr ausreicht, rein auf das Klima zu schauen, um der Klimakrise noch entgegenwirken zu können. Jedoch mangelt es bis heute an tragfähigen Konzepten, im Rahmen einer nachhaltigen und gesundheitsfördernden Stadtentwicklung gemeinsam sektoren-übergreifend und interdisziplinär zu denken und zu handeln, mahnte Dr. Ina Zimmermann vom Gesundheitsamt Nürnberg an.

Beispielhaft hierfür sei der häufig unzureichende Blick der Stadtplanungsämter auf die gesundheitlichen Belange, unterstrich Prof Dr. Heike Köckler. Dies bekräftigte Dr. Oliver Franz, Bürgermeister und Gesundheitsdezernent der Stadt Wiesbaden: „Alles hängt mit allem zusammen“, der Klimahype dürfe aber andererseits auch nicht dazu führen, andere drängend zu lösende Gesundheitsbelange aus dem Blick zu verlieren. Als Beispiel nannte Franz die häufig unzureichende Gesundheitsversorgung von benachteiligten Bevölkerungsschichten in prekären Stadtteilen.

Gesundheitsrisiken differieren stark

Dies unterfütterte Köckler beim GSN-Bundestreffen mit Studienergebnissen aus der Stadt Herne. Dort habe man in einer der am stärksten verdichteten Städte in Deutsch-

land herausgefunden, dass in einer Kommune die Gesundheitsrisiken wie Hitze- oder Lärmbelastungen oder der entsprechende Grünflächenanteil höchst unterschiedlich verteilt sind. Wenig überraschend dabei, dass in den stark belasteten Stadtteilen auch die besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen wohnen.

Auch die Münchner Ärztin Dr. Katrin Geffert von der LMU München plädierte in Wiesbaden dafür, bei der Klimadebatte vom reinen Gesundheitsbegriff wegzukommen. Zudem sollten viel stärker die Co-Benefits von lebensstilverändernden Maßnahmen herausgestellt werden. Wer beispielsweise seine Ernährung zumindest partiell hin zu einer regionalen, frischen und eher pflanzenbasierten Kost umstelle, handelt nicht nur umweltgerecht. Diese Umstellung ziehe auch gesundheitliche Effekte nach, weil dann zum Beispiel weniger kardiovaskuläre Ereignisse auftreten. Geffert sprach den Teilnehmenden des GSN-Bundessymposiums am Ende Mut zu: „Nutzen Sie das politische Momentum, das sich Ihnen derzeit bietet.“

PD. Dr. Peter Tinnermann, Leiter des Gesundheitsamts Frankfurt, wurde noch deutlicher, weil auf den Kommunen klima- und gesundheitspolitisch enormer Druck lastet: „Wir müssen jetzt was tun, weil wir keine Alternative haben“, warnte er bei der Diskussionsrunde „Klima und Gesundheit in der Kommune“.

Das „Gesundheitsvirus infizieren“

Bei einer weiteren Podiumsrunde stand der Ausbau der kommunalen Gesundheitsarbeit im Fokus. Auch von dort gab es eine klare politische Botschaft: Die Mitgliedskommunen sollten ihre politische Arbeit in der Kommune forcieren und die dortigen Verantwortlichen mit dem „Gesundheitsvirus infizieren“. Dazu rief Dr. Karoline Schubert vom Gesundheitsamt Leipzig auf. Am besten sei dies möglich, indem man „prekäre Gesundheitsdaten“ einer Kommune zu Tage fördere und kommunale Gesundheitspolitiker bis hin zum (Ober)-Bürgermeister damit konfrontiere, empfahl Dr. Ulrike Horacek, Expertin für den öffentlichen Gesundheitsdienst und Vorstandsmitglied

der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin (DGSPJ).

Fazit: Insbesondere die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die zum ersten Mal an einem Jahres-symposium des GSN teilnahmen, konnten aus Wiesbaden inklusive Stadtrundgang und Stadtrundfahrt eine Menge an Eindrücken und konkreten Ideen mitnehmen. Dafür sorgte allein schon das bis zur letzten Minute spannende und vollgepackte Programm.

Two Take-Home-Messages

Dies galt in gleicher Weise auch für die 5 Fachforen. Als Take-Home-Message nahmen dabei die Kommunalvertreter*innen mit nach Hause, sich frühzeitig neuen Optionen (Gesundheitskioske, Community Health-Nurse, Stärkung des kommunalen ÖGD) für die kommunale Gesundheitsarbeit zu öffnen. Und die Initiativen-Vertreter*innen die Botschaft, dass auch für die kommunal verankerte Selbsthilfearbeit durchaus finanzielle Töpfe – etwa bei den Krankenkassen – bereitstehen, die aber auch abgerufen werden müssen.

Mindestens genauso wichtig waren aber die vielen Gespräche zwischendurch, während der Pausen, am Abend oder auch bei der An- und Abreise. Man merkte den meisten an, wie sehr sie diesen persönlichen Austausch vor Ort über Jahre vermisst hatten. Für das Motto des Jahres-symposiums des GSN „Gesundheitsverantwortung im Heute und Morgen – Kommunen mittendrin“ und daraus resultierende Handlungsstrategien und mögliche konkrete Auswege aus der Gesundheits- und Klimakrise auf der kommunalen Ebene dürfte gerade diese persönliche Netzwerkarbeit in Wiesbaden nachhaltig wirken und daher von unschätzbarem Wert sein! ■

KONTAKT

Raimund Schmid
medien@raimundschmid.de
 Stadt Aschaffenburg

Feedback hilft!

Mitgliederversammlung & Bundessymposium Wiesbaden 2023

Auf der Mitgliederversammlung & Bundessymposium des Gesunde Städte-Netzwerkes in Wiesbaden gab es die Möglichkeit mittels Fragebögen an einer Umfrage zur Veranstaltung teilzunehmen. Diese Möglichkeit wurde nur zum Teil genutzt, so dass sich keine gültige Aussage treffen lässt. Also wer noch Lust hat, sich zur Ausrichtung, Organisation und Inhalt der Veranstaltung zu äußern, ist herzlich willkommen. Jedes Feedback ist wichtig und hilft.

Zusammenfassend lässt sich aus den abgegebenen Stimmen eine durchweg positive Resonanz der Anwesenden feststellen. Positiv hervorgehoben wurden die Organisation, der Veranstaltungsort, die Vorträge, die guten Austauschmöglichkeiten, die Moderation, das Rahmenprogramm, die Beteiligung und der Humor.

Für kleinere Kommunen und die Initiativen gab es den Wunsch nach mehr Input, sowie die Diskrepanz zwischen freien und institutionalisierten Initiativenvertretungen zu sehen. An dieser Stelle wäre es sehr hilfreich, wenn sich

Initiativenvertretungen und kleinere Kommunen melden würden und man gemeinsam in den Austausch für die nächste Veranstaltung gehen könnte.

Es wurde zudem angeregt, mehr Zeit für die einzelnen Erfahrungsberichte und generell für Rückfragen zu planen sowie die Kompetenzzentren und deren Arbeit expliziter vorzustellen.

Darüber hinaus wurde das inhaltliche Programm des Symposiums als ansprechend und relevant empfunden, wobei die gebotenen Informationen und Diskussionen einen Mehrwert für die Mitglieder darstellten. Es gibt eine sehr gute und detaillierte Auswertung in Form von Grafiken und Tabellen, die sehr gern bei Bedarf angefordert werden kann.

Vielen Dank an alle, die an der Umfrage teilgenommen haben. Ergänzungen herzlich willkommen. ■

Jana Bauer

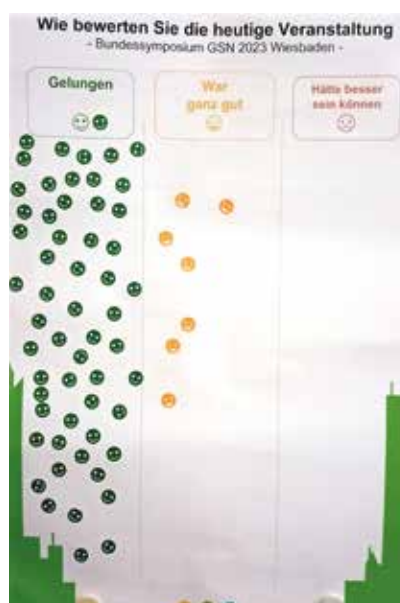
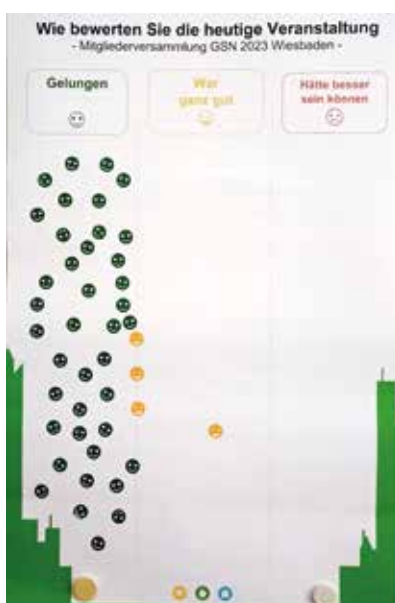


Abbildung links: Evaluationsposter der Mitgliederversammlung des Gesunde Städte-Netzwerks am 21.06.2023 (n = 44)

Abbildung rechts: Evaluationsposter des Symposiums des Gesunde Städte-Netzwerks am 22. & 23.06.2023 (n = 64)

© Bilder: Gesunde Städte-Netzwerk



Zugang zu verlässlichen Gesundheitsinformationen erleichtern und persönliche Entscheidungen unterstützen

Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (kurz: IQWiG) setzt sich für die Bereitstellung zuverlässiger Gesundheitsinformationen ein. Es ist Teil des gesetzlichen Auftrags des Instituts, für alle Bürgerinnen und Bürger verständliche Gesundheitsinformationen bereitzustellen. Die Website www.gesundheitsinformation.de richtet sich seit 2006 mit einem breiten Themenspektrum sowohl an gesunde als auch an erkrankte Bürgerinnen und Bürger. Sie informiert in einfacher Sprache insbesondere über häufige Krankheiten, Untersuchungen und Behandlungen und soll helfen, Vor- und Nachteile der Angebote der Gesundheitsversorgung und wichtiger Behandlungsmöglichkeiten zu verstehen, für sich selbst einzuschätzen und zu nutzen.

Die Inhalte von www.gesundheitsinformation.de stützen sich auf den aktuellen Stand des Wissens

Grundlage unserer Texte ist eine umfassende Literaturrecherche und Evidenzbewertung. Alle Inhalte werden regelmäßig geprüft und aktualisiert. Die Inhalte der Website sind auch auf Englisch verfügbar und über www.informedhealth.org aufrufbar.

Alle Textentwürfe durchlaufen vor der Veröffentlichung eine mehrstufige Qualitätssicherung. Weitere Einzelheiten zu unseren Methoden und Prozessen finden Sie unter www.gesundheitsinformation.de/ueber-uns/wie-wir-arbeiten

Gesundheitsinformationen für alle – auch über die Website hinaus

Eine Website mit Gesundheitsinformation erreicht jedoch nicht alle Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere Menschen mit einer geringeren Gesundheitskompetenz suchen seltener im Internet nach Gesundheitsinformationen. Doch gerade sie haben häufiger als andere gesundheitliche Probleme und damit einen besonderen Bedarf.

Um diese Personengruppen zu unterstützen, sind andere Zugangswege, andere Formate und mitunter auch eine andere Ansprache erforderlich. Zudem müssen die Informationen in einem besonderen Maße verständlich und alltagsrelevant sein.

Vor diesem Hintergrund hat sich das IQWiG zweierlei zum Ziel gesetzt. Es will

- **auf individueller Ebene** die Gesundheitskompetenz unterstützen: Das heißt unter anderem verständliche Informationen auf weiteren Informationskanälen zur Verfügung zu stellen; die Informationen so aufzubereiten, dass sie zum Beispiel bei Kontakt mit Gesundheitsämtern leicht genutzt werden können und den Zugang zum Gesundheitssystem zu erleichtern und

Gesundheitsinformation.de

- **auf institutioneller Ebene** Fachleute des Gesundheitswesens mit Gesundheitsinformationen bei ihrer Arbeit noch besser unterstützen, das heißt, Informationen etwa zur eigenen Fortbildung, zur Unterstützung eines Gesprächs mit Klientinnen und Klienten und zur Weitergabe anzubieten

und damit einen Beitrag zur gesundheitlichen Chancengleichheit leisten.

Fachlich unabhängige Gesundheitsinformationen: Die Finanzierung des IQWiG

Das IQWiG ist eine fachlich unabhängige wissenschaftliche Einrichtung der gemeinnützigen Stiftung für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen.

Finanziert wird das IQWiG alleine aus den Beiträgen der Mitglieder aller Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV). Das IQWiG akzeptiert keine Sponsoring- oder Werbeangebote. Ausführliche Informationen zu Aufbau, Aufgaben, Arbeitsweise und Ergebnissen des Instituts finden Sie auf der Website www.IQWiG.de.

Neugierig geworden?

Dann schauen Sie sich auf unserer Website www.gesundheits-information.de um.

Gedruckte Informationsmaterialien und Broschüren zum Bestellen sowie zum Herunterladen und Ausdrucken: www.gesundheitsinformation.de/service/infomaterial/ ■

KONTAKT

Dr. Klaus Koch
Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im
Gesundheitswesen (IQWiG) in Köln
Leiter des Ressorts Gesundheitsinformation

Beate Wiegard
Redakteurin im Ressort Gesundheitsinformation
beate.wiegard@iqwig.de

www.gesundheitsinformation.de
www.iqwig.de

Aktivitäten des Gesunde Städte-Netzwerks in 2022/23



**Kommunales
Sprachrohr
Richtung Bundesebene**

**Mitgliedschaft in
bundesweiten Organisationen
und Expertenbeiräten z. B. im
Beirat Pakt für den ÖGD**

1. Start der „Digitalen Sprechstunde“ etwa alle 8 Wochen zum informellen Austausch (Teilnahme freiwillig)

- aufkommende Fragen, Probleme, Diskussionspunkte, aber auch Themen die interessieren, können direkt an das Sekretariat gerichtet werden
- je nach Themenschwerpunkt gibt es ein – zwei Impulsvorträge mit anschließender Diskussion
- das Sekretariat berichtet über Aktuelles aus dem Netz
- Termine werden per Rundmail bekannt gegeben
- Themenvorschläge gerne per Mail an das GSN Sekretariat

2. Aktive Teilnahme an diversen Kongressen, Konferenzen, Tagungen und Preisverleihungen, u. a.

- Teilnahme des GSN an der Nationalen Präventionskonferenz im September 2022 in Berlin
- Teilnahme des GSN am BVÖGD-Kongress im April 2023 in Potsdam
- das GSN war Podiumsgast auf der Jahrestagung der KGC Hessen im Juni 2023 in Frankfurt
- Jurymitglied bei der Verleihung des Berliner Gesundheitspreises vom AOK-Bundesverband/Ärzttekammer Berlin

3. Dozententätigkeit, u. a.

- das GSN unterstützt das Modul „Prävention & Gesundheitsförderung“ in der Amtsarztfortbildung der AÖGW durch Vorträge im internationalen Arbeitskreis „Urban Planning for Health Equity“, Leibniz Gemeinschaft für städtische Raumentwicklung

4. Fertiggestellte Stellungnahmen zu folgenden Themen (s. Homepage)

- zum Präventionsgesetz
- zum geplanten Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit (BIÖG)
- zum Eckpunktepapier „Gesundheitskiosk“

5. Beratende Tätigkeiten auf Landes- und Bundesebene

- Sitz im Beirat für den Pakt ÖGD (1. und 2. Runde)
- Sitz im beratenden Arbeitskreis des Kooperationsverbundes gesundheitliche

Chancengleichheit (KGC-Bundesebene), seit Mai 2023

- beratende Tätigkeit in der Arbeitsgruppe „kommunaler Strukturaufbau/Präventionsketten“ der KGC-Bundesebene
- beratende Tätigkeit bei der Gestaltung des geplanten BIÖG, Juli 2023
- Vernetzung mit den Landesvereinigungen der KGC, Juli 2023
- beratende Tätigkeit einer UNECE-Arbeitsgruppe zum Thema „Faith and Public Health Leadership to strengthen resilience at municipality level“, seit April 2023

6. Planung des Kompetenzforums im Februar 2024 in Bochum, gemeinsam mit der Stadt Bochum und der Hochschule für Gesundheit Bochum

7. Planung und Umsetzung der jährlichen Mitgliederversammlung mit Bundessymposium im Juni 2023 in Wiesbaden

8. Sonstiges

- Das GSN-Sekretariat war beim Vernetzungstreffen „30 Jahre GSN Österreich“ im November 2022 in Villach, Österreich eingeladen (s. a. Seite 64)
- Gestaltung eines Artikels für die Zeitschrift des Städtebundes in Österreich

Jana Bauer und Dr. Anette Christ

Gesunde Städte-Netzwerk Deutschland



Gute Gründe für Ihren Beitritt

„Stärkung auf Bundesebene: Die Rolle des Gesunde Städte- Netzwerks bei der Förderung kommunaler Interessen“

Das Gesunde Städte-Netzwerk spielt eine bedeutende Rolle bei der Stärkung und Vertretung der Interessen von Kommunen auf Bundesebene. Das Netzwerk trägt dazu bei, die gemeinsame Stimme der Kommunen zu verstärken und ihre Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen und Entwicklungen auf Bundesebene zu erhöhen. Hervorzuheben ist, dass sowohl auf Bundesebene, als auch vor Ort kommunale Verwaltungen und zivilgesellschaftliche, sowie ehrenamtliche Initiativen,

Vereine und Träger aus der Gesundheits- und Selbsthilfearbeit gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Kommunen, insbesondere kleinere und mittlere Städte, aber auch Landkreise stehen oft vor vielfältigen Herausforderungen, darunter begrenzte Ressourcen, sich ändernde demografische Strukturen und komplexe soziale, wirtschaftliche und umweltbezogene Anforderungen. In dieser dynamischen Umgebung ist das Gesunde Städte-Netzwerk zu einem wichtigen Instrument geworden, um Kommunen bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu unterstützen und ihre Interessen zu vertreten.

Im Netzwerk bringt sich jede Kommune nach ihren Möglichkeiten ein. Das GSN als Arbeitskreis mit dem Fokus auf Gesundheitsförderung, Prävention und Health in all Policies kann dieses Thema nur vorantreiben, wenn es auch genügend Kommunen gibt, bei denen dieses Ziel zu großen Teilen erreicht und strukturell verankert ist.

Hier sind einige Wege, wie das Städte-Netzwerk diese Stärkung ermöglicht:

Gemeinsame Interessenvertretung/ Lobbying und politischer Einfluss: Durch den Beitritt zu einem Netzwerk können Kommunen gemeinsame Interessen identifizieren und vertreten. Indem sie sich zusammenschließen, können Kommunen effektiver auf politische Entscheidungsträger zugehen und ihre Anliegen und Bedürfnisse besser



kommunizieren (aktuelle Beispiele GVSG und der Aufbau des neuen Bundesinstitutes für öffentliche Gesundheit).

Bündelung von Ressourcen: Das Gesunde Städte-Netzwerk ermöglicht es Kommunen, ihre Ressourcen zu bündeln und gemeinsam Projekte durchzuführen und Prozesse zur Gesundheitsförderung anzustoßen, die auf Bundesebene sichtbar werden. Dies verstärkt die Wirkung und erhöht die Chancen, dass ihre Anliegen Beachtung finden.

Informationsaustausch und Wissenstransfer: Das Netzwerk bietet eine Plattform für den Austausch von bewährten Praktiken, Erfahrungen und Fachwissen zwischen den Kommunen und Initiativen. Dies ermöglicht es Kommunen, von den Erfolgen und Herausforderungen anderer zu lernen und effektive Strategien zu entwickeln. Es gibt Regionale Netzwerke, die eng zusammenarbeiten und 9 Kompetenzzentren mit unterschiedlichen Schwerpunkten, die kostenlos unterstützen und beraten.

Erhöhte Sichtbarkeit: Die Mitgliedschaft in dem international anerkannten Städte-Netzwerk verleiht Kommunen eine erhöhte Sichtbarkeit auf nationaler und internationaler Ebene. Gesundheitsförderung schafft Gestaltungsräume für die Kommunalpolitik. Das geschieht im Interesse von Lebensqualität und weiteren Standortvorteilen. Das Gesunde Städte-Netzwerk mit seiner Ausrichtung an den einschlägigen WHO-Leitlinien und der Healthy Cities-Bewegung der WHO liefert das dafür notwendige übergreifende Fachkonzept. Mitgliedskommunen gewinnen ein Ansehensplus in den Fachwelten nicht nur des Gesundheits- und Sozialsektors, sondern auch in den Bereichen Umweltpolitik, Städtebau, Stadtentwicklung und Demographie. Sie werden zu Ansprechpartnern u. a. für Krankenkassen, Hochschulen, Stiftungen und politische Programme.

Das Gesunde Städte-Netzwerk arbeitet fachlich unabhängig und ohne Bundes- und Landeszuschüsse. Es finanziert sich ausschließlich aus den Dienstleistungspauschalen seiner Mitgliedskommunen. Es gewinnt seine

Aktionsfähigkeit aus der freiwilligen Bereitstellung personeller Ressourcen durch die Mitgliedskommunen (insbesondere für Koordination vor Ort, bundesweites Sekretariat, kommunale Kompetenzzentren, regionale Netze, Teilnahme an bundesweiten Fachveranstaltungen).

Voraussetzung der Mitgliedschaft ist ein förmlicher Beitrittsbeschluss des Rates der Gemeinde, der Stadtverordnetenversammlung oder des Kreistages.

Gute Gründe für einen Beitritt zum Gesunde Städte-Netzwerk

- Organisation jährlicher Fachveranstaltungen zur kommunalen Gesundheitspolitik und zu guter Praxis der Gesundheitsförderung und Prävention
- Wissenstransfer durch Modellprojekte hinsichtlich Ergebnissen, Evaluation und Finanzierung
- Teilnahme als Netzwerk an bundesweiten Ausschreibungen
- Teilhabe am Internetauftritt der Mitglieder, Multiplizierung der Potenziale und Positionen jeder einzelnen Kommune
- Bezug der „Gesunde Städte-Nachrichten“ mit Praxisberichten aus engagierten Kommunen
- Direkter Fachsupport durch GSN-Kompetenzzentren
- Informelle Beratung auf Netzwerkbasis zur Vermeidung unüberwindlicher Stolpersteine vor Ort
- Verbindung zu Verbänden, Vereinen, Fach- und Dienststellen im Bund; Begleitinformation zu überregionalen Kongressen, Fachtagungen und Fortbildungen
- Fachaustausch im regionalen Verbund (Regionale Gesundheitsförderung)
- Ansehensplus in den gesundheits- und sozialorientierten Fachwelten, Ansprechpartner u. a. für Krankenkassen, Hochschulen und Stiftungen

6. Kompetenzforum

Soziale Ungleichheit als Herausforderung in der Gesundheitsförderung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes



© Bild: StunningArt/Shutterstock.com

Dem Öffentlichen Gesundheitsdienst kommt eine Schlüsselrolle bei der Förderung von gleichberechtigtem Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, Präventionsangeboten und sozialer Integration zu. Er kann Brücken bauen und Ressourcen mobilisieren, um soziale Unterschiede zu überwinden und eine gerechtere Verteilung von Gesundheit und Wohlbefinden zu gewährleisten. Neben theoretischen Inputs zum Tagungsthema aus verschiedenen Perspektiven werden unter dem Titel „Raus in die Wirklichkeit“ Vor-Ort Beispiele guter Praxis vorgestellt (Exkursionen in Bochum und Umgebung). Das Forum bietet zudem die Gelegenheit zum ausführlichen Erfahrungsaustausch, zur Anbahnung von Kooperationen und zur gegenseitigen Unterstützung.

Zu Gast sind u.a. Prof. Dr. Gabriele Bolte, Universität Bremen; Prof. Dr. Heike Köckler, Hochschule für Gesundheit

Bochum; Dr. Johannes Nießen, Errichtungsbeauftragter für das Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM) und Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender Paritätischer Wohlfahrtsverband (s. a. S. 60).

Ort HS Gesundheit Bochum |
Gesundheitscampus 6 – 8 | 44801 Bochum
Datum 19. und 20. Februar 2024
Veranstalter Gesunde Städte-Netzwerk (GSN) und
Hochschule für Gesundheit in Bochum

Die Veranstaltung ist kostenlos und für alle interessierten Personen offen. Das Programm finden Sie unter www.gesunde-staedte-netzwerk.de

Anmeldungen nimmt das GSN-Sekretariat per Mail entgegen:
gesunde.staedte-sekretariat@stadt-frankfurt.de



Gute Gründe für Ihren Beitritt finden Sie auf Seite 82.